

B E R I C H T Z U R L A G E D E R J U G E N D
I N O E S T E R R E I C H

Komprimierte Fassung

Bundesministerium fuer Umwelt, Jugend und Familie

I N H A L T

Vorbemerkungen	2
Berichtsauftrag und Arbeitsweise	4
Mitarbeiter	6
Zeitplan	9
Jugendforschung und Jugendpolitik	10
Inhalt der Expertisen	12
 Textteil	 28
Statistische Kennzahlen	29
Politik	31
Technik	34
Schule	38
Arbeit	43
Sexualitaet-Partnerschaft-Familie	48
Wohnen	50
Gesundheit	56
Behinderung	58
Drogen	60
Weibliche Jugendliche	64
Medien	67
Ethnische Minderheiten	71
Auslaender	73
Kriminalitaet	75
Freizeit-Jugendkultur-Jugendarbeit	78
Jugendorganisationen	86
Oeffentliche Jugendarbeit	88
Perspektiven	97



DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE
DR. MARILIES FLEMMING

1031 WIEN
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 75 56 86

BERICHT ZUR LAGE DER JUGEND IN ÖSTERREICH 1987

Das ehemalige Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz hat im April 1986 den Auftrag gegeben, eine wissenschaftliche und praxisbezogene Aufarbeitung von thematischen Schwerpunkten zur Lebenssituation der österreichischen Jugend vorzunehmen.

46 Autoren aus Wissenschaft und Praxis erstellten 35 Expertisen zu jeweils speziellen Problemfeldern. Der vom ehemaligen Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz als verantwortlicher Autor für den "Bericht zur Lage der Jugend in Österreich" beauftragte Wissenschaftler, Univ. Doz. Dr. Janig, erarbeitete anschließend aus dem umfangreichen Material der Expertisen eine komprimierte Fassung der wichtigsten Inhalte und Aussagen.

Folgende Themenbereiche werden darin behandelt: Statistische Kennzahlen, Politik, Technik, Schule, Arbeit, Sexualität - Partnerschaft - Familie, Wohnen, Gesundheit, Behinderung, Drogen, weibliche Jugendliche, Medien, ethnische Minderheiten, Ausländer, Kriminalität, Freizeit - Jugendkultur - Jugendarbeit - Jugendorganisationen, öffentliche Jugendarbeit, Perspektiven.

Nunmehr liegt erstmalig in der Geschichte der Republik ein "Bericht zur Lage der Jugend in Österreich" zur Behandlung im Nationalrat vor.

Dr. Marlies Flemming
Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie

V O R B E M E R K U N G E N

Die Erstellung eines ministeriellen "Berichts zur Lage der Jugend" ist fuer oesterreichische Verhaeltnisse bis zur gegenstaendlichen Vorlage in jeder Hinsicht neu. Es gibt in Oesterreich - im Gegensatz zu anderen Staaten - keine durch gesetzliche Regelungen oder politische Traditionen gestuetzte Berichtslegung und oeffentliche Diskussion ueber die Lebenssituation der Jugendlichen. So ist z.B. in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesregierung laut Par. 25, Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1967 gehalten, dem Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht ueber die "Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe" vorzulegen. Anders ist hingegen die Situation in der Schweiz, wo die Berichte der "Eidgenoessischen Kommission fuer Jugendfragen" Grundlage fuer jugendpolitische Diskussionen sind.

Bei den Vorarbeiten zum vorliegenden Bericht konnte auf keine einschlaegigen Erfahrungen der Berichtslegung zurueckgegriffen werden, es konnte auch nicht auf einem einmal begonnenen Konzept aufgebaut oder ein solches ergaenzt werden. Es gibt auch kein spezielles Einzelereignis, das die Erstellung eines Jugendberichtes provoziert oder erzwungen haette.

Es gibt jedoch einige, fuer die oesterreichischen Verhaeltnisse wichtige Umstaende, welche die erstmalige Erstellung eines "Berichtes zur Lage der Jugend" erforderlich machen. Seit 1. Jaenner 1984 fuehrt ein Bundesministerium in seiner Benennung den Begriff "Jugend" (1). Offensichtlich soll damit zum Ausdruck gebracht werden, Anliegen oesterreichischer Jugendlicher in einem umfassenderen und spezifischeren Ausmass als bisher wahrzunehmen und in der Oeffentlichkeit zu vertreten. Damit sollen Anliegen einer eigenstaendigen "Jugendpolitik" formuliert und umgesetzt werden. Konkret heisst dies:

- Den bislang in anderem Kontext oder ueberhaupt nicht erfassten durch Kindheit und Erwachsenheit umschlossenen "Zwischenbereich" Jugend ins politische Bewusstsein zu ruecken und Jugend und Jugendliche als politisch veritable Groesse zu definieren;
- Jugendliche zu angemessener gesellschaftlicher Anerkennung in allen Lebensbereichen, ueber Schule, Arbeit, Sozialwesen und Sport hinausreichend, zu verhelfen;
- Gesellschaftliche Veraenderungen durch Foerderung von Entwicklungschancen und Abbau von Entwicklungshemmnnissen fuer junge Menschen einzuleiten und schliesslich
- Ueberall dort Bestehendes in Frage zu stellen, wo Bedingungen fuer und Anforderungen an Jugendliche im Widerspruch zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung augenscheinlich werden.

Als Grundlage zur Erfuellung dieser Aufgaben muessen Ueberlegungen

angestellt werden, wie die Lebens- und Aufwachsbedingungen fuer Jugendliche gestaltet sind, wo sich Hindernisse aufbauen und wo Veraenderungen moeglich sind.

1) Entsprechend dem 617. Bundesgesetz vom 14. Dez. 1983, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geaendert wird sowie damit zusammenhaengende Bestimmungen ueber den Wirkungsbereich des Bundesministeriums fuer Familie, Jugend und Konsumentenschutz, BGBI. Jg. 1983, 238. Stueck, ausgegeben am 19. 12. 1983. Gemaess den Bestimmungen des BM-Gesetzes, BGBI. 1987-78 vom 12.3.1987 ist die Zustaendigkeit ab 1.4.1987 im Bundesministerium fuer Umwelt, Jugend und Familie gegeben.

BERICHTSAUFTAG UND ARBEITSWEISE

Das Bundesministerium fuer Familie, Jugend und Konsumentenschutz hat auf Initiative der damaligen Ressortleiterin Frau Bundesminister Gertrude Froehlich-Sandner im April 1986 den Auftrag gegeben, bis Februar 1987 eine wissenschaftliche und praxisbezogene Aufarbeitung von thematischen Schwerpunkten zur Lebenssituation der oesterreichischen Jugend vorzunehmen.

Der Berichterstatter Univ.Doz. Dr. Herbert Janig hat den Auftrag erhalten, Experten aus Wissenschaft und Praxis einzuladen, Expertisen zu jeweils speziellen Fragestellungen ausarbeiten zu lassen. Auf diese Weise erhielt der Berichterstatter 35 Expertisen von insgesamt 45 Autoren. Neben den vom Berichterstatter eingeladenen Experten hat die damalige Ressortleiterin personell den Auftrag gegeben, das Institut fuer Jugendkunde und Mag. Christian Cap mit Arbeiten zu betrauen.

Fuer diesen Bericht sollten sowohl Lebensbereiche und -umstaende allgemeiner Natur als auch spezielle Problemlagen behandelt werden. Im einzelnen sollten Aussagen zu folgenden Themen getroffen werden: Persoenliche Lebensgestaltung und Lebensplanung; Staat, Politik und Gesellschaft; Jugendliche als Schueler und Arbeitnehmer; Psychische und physische Gesundheit; Die Wirkungen neuer Medien und Technologien; Aspekte der Jugendkultur; Massnahmen der oeffentlichen Jugendarbeit, der Jugendorganisationen und Jugendzentren; Die Situation weiblicher Jugendlicher, auslaendischer Jugendlicher, jugendlicher Angehoeriger ethnischer Minderheiten und institutionell erfasster Jugendlicher.

Den Experten wurde keine normierte Vorstellung, was unter Jugend zu verstehen sei, vorgegeben. Der Heterogenitaet von Jugend und der Vielfalt der moeglichen Beschreibungen wurde mit einem pragmatischen Gesichtspunkt begegnet: Jeder Autor hatte die Freiheit jene Definition von Jugend fuer sich und seine Expertise zu bestimmen, welche seiner wissenschaftsimmanten Logik, seinem praktischen Erfahrungshintergrund und dem ihm vorliegenden Datenmaterial entspricht. Das fuehrt dazu, dass die Kriterien zur Bestimmung der Jugendlichkeit ineinander uebergehen und sich manchmal voneinander unterscheiden und, dass etwa die Altersgrenzen fuer Jugendliche recht unterschiedlich gezogen werden: im grossen und ganzen wird aber der Altersbereich von etwa 14 bis 19 bzw. 25 Jahren beschrieben.

Diese Offenheit ist notwendig, um Lebensumstaende aufzuzeigen, persoenliche Betroffenheit einzelner zu charakterisieren, gesellschaftliche Zusammenhaenge zu analysieren, politische, oekonomische und institutionelle Verbindungen und Abhaengigkeiten zu charakterisieren und nicht zuletzt auch, um wissenschaftliche Anschauungen repraesentativ und relativiert zur Sprache kommen zu lassen. Es gilt: Wer Jugend verstehen will, darf sich nicht damit begnuegen, Jugendliche innerhalb eines engen Begriffshorizonts zu beschreiben, sondern muss jene Umstaende aufzeigen, die Jugendliche zu solchen machen.

Die Arbeiten zur Erstellung der Expertisen fuer den Jugendbericht wurden massgeblich durch die kurze zur Verfuegung stehende Zeit beeinflusst. Fuer die Abfassung des Berichtes von der Konzeptformulierung bis zur fertigen Vorlage stand ein knappes Jahr zur Verfuegung. Das thematische Rahmenkonzept wurde vom Berichterstatter in Kenntnis der Situation der oesterreichischen Forschungsliteratur und den Notwendigkeiten der gegebenen Bedingungen formuliert und mit einzelnen Experten besprochen.

Die insgesamt 35 Gutachten, auf denen die vorliegende komprimierte Fassung des "Berichtes zur Lage der Jugend" beruht, sollten jeweils eine spezifische Problemlage im Ueberblick darstellen und Analysen und Empfehlungen enthalten. Dazu sollten schon vorhandene Materialien, wie Datensaetze, Dokumentationen und Forschungsberichte, verwendet werden. Einige Autoren haben darueber hinausgehend fuer ihren Beitrag eigene Datenerhebungen vorgenommen, da ihnen dies fuer ihre Thematik unbedingt erforderlich schien. Insbesondere sollten die Experten auch Ruecksicht auf die oesterreichische Situation nehmen. Dies deshalb, weil erfahrungsgemaess in den sozialwissenschaftlichen Argumentationen, auch der Jugendforschung, gerne mit angloamerikanischen und bundesrepublikanischen Untersuchungen, Theoriebildungen und Daten gearbeitet wird, welche aber fuer einen oesterreichischen Jugendbericht nicht immer geeignet sind.

Es gibt eine Vielzahl von Forschungsberichten, Dokumentationen, Zeitschriftenartikel u.a., welche nicht unter dem Schlagwort "Jugendforschung" gehandelt werden, aber wertvolle Sachinformationen und Interpretationen zur Lebensweise und zu den Lebensbedingungen Jugendlicher bieten. Auch dies war ein wichtiges Argument zu einer zusammenfassenden und differenzierten Aufarbeitung vorhandener Materialien ueber die Lebenssituation der oesterreichischen Jugend.

Eine Reihe von privaten und oeffentlichen Institutionen, Organisationen und Einrichtungen haben Materialien aus ihrer Arbeit zur Verfuegung gestellt und dafuer gesorgt, dass die Autoren der Expertisen mit neuesten Daten und Erkenntnissen arbeiten konnten. Es darf aber nicht unerwahnt bleiben, dass sich einige Berichte, die fuer diesen Jugendbericht Relevanz besitzen, der leichten Zugaenglichkeit fuer potentielle Interessenten entziehen. Und dies, obwohl sie an oeffentlichen Institutionen oder fuer solche erarbeitet und mit oeffentlichen Geldern finanziert wurden. Manche Autoren und der Koordinator dieses Berichts mussten die leidvolle Erfahrung machen, dass die eine oder andere angeblich zugaengliche und aus oeffentlichen Geldern finanzierte Untersuchung fuer die Autoren des Jugendberichts entweder gar nicht oder nur im Wege des Erwerbes, gleich einem kommerziellen Produkt, zu erhalten war.

Urspruenglich hat der Berichterstatter auch die Absicht verfolgt, die Lebenssituation Jugendlicher anhand von Forschungsmaterialien und Praxisberichten dokumentieren zu lassen, welche die subjektive Perspektive Jugendlicher aufzeigen. Dieser Anspruch musste sehr bald aufgegeben werden: es gibt in Oesterreich gegenwaertig noch

wenige, dem neuen Trend der Jugendforschung entsprechende, Untersuchungen, welche die Jugendlichen selbst zu Wort kommen lassen und wo diese ihre Perspektive darstellen koennen.

Die Expertisen wurden vom Berichterstatter unter Mitarbeit von Autorenvertretern - Univ.Ass. Dr. Bernhard Rathmayr, Dr. Peter C. Hexel - redaktionell bearbeitet und nach Ruecksprache mit Vertretern der Abteilung III/7 des BMFJK - Koaer. Dr. Sigrid Pilz und Dr. Ingrid Latzer - im Februar 1987 als "Bericht zur Lage der Jugend in Oesterreich" an das BMFJK abgeliefert.

Die gegenstaendliche Vorlage stellt eine komprimierte Fassung der 35 Expertengutachten, die einen Umfang von rund 1300 Seiten haben, dar. Diese Gutachten wurden von der Fachabteilung III/7 des BMFJK, unter der Leitung von Koaer. Dr. Sigrid Pilz, koordiniert und gemeinsam mit Univ.Doz. Dr. Herbert Janig, Dr. Peter C. Hexel, Univ.Doz. Dr. Reinhold Popp und Univ.Ass. Dr. Bernhard Rathmayr erarbeitet.

MITARBEITER

Die Mitarbeiter, welche zur Abfassung von Expertisen fuer den Bericht eingeladen wurden, sind ausgewiesene Fachleute auf ihrem jeweiligen Spezialgebiet und sind in oeffentlichen oder privaten Lehr- und Forschungseinrichtungen, als freiberuflische Sozialwissenschaftler, in Wirtschaftsunternehmen oder in Einrichtungen der Jugendarbeit und -betreuung taetig.

Bei der Auswahl der Experten wurde bewusst auf eine breite Streuung hinsichtlich der wissenschaftstheoretischen Standpunkte, der Arbeitsfelder, der regionalen Herkunft und der angesprochenen Institutionen Ruecksicht genommen. Dies aus guten Gruenden: Es sollte dadurch die Moeglichkeit geschaffen werden, ein vielfaeltiges, "buntes" Bild der jugendlichen Lebenssituation in Oesterreich zu gestalten. Es sollte zudem den verschiedenen Perspektiven wissenschaftlicher und praktischer Analysen Rechnung tragen.

Kritiker des "Berichtes zur Lage der Jugend" werden zu bemerken wissen, was denn alles nicht in diesen Bericht aufgenommen wurde, aber ebenso wichtig gewesen waere. Sicher gibt es einige Lebensaspekte von denen Jugendliche betroffen sind und hier nicht besprochen werden. Dazu drei Bemerkungen: Erstens war es weder seitens des Bundesministeriums als Auftraggeber noch seitens des Berichterstatters gedacht, "alle" relevanten Lebensumstaende Jugendlicher zu erfassen (was auch gar nicht moeglich waere); zweitens wurden einige Themen bewusst ausgelassen, da sie in anderem Kontext bearbeitet wurden, z.B. Militaer- und Zivildienst, studentische Fragen und Jugendwohlfahrt; drittens gibt es Themen, die wichtig sind, sich aber in der Kuerze der Zeit und mit den vorhandenen - oder besser: nicht vorhandenen - Grundlagenmaterialien und Informationen nicht bearbeiten liessen. Das

haengt damit zusammen, dass die oesterreichische Jugendforschung, was einzelne konkrete Themenstellungen anbelangt, noch zu wenig elaboriert ist, es gab ja bislang auch wenig oeffentliches Interesse, bestimmte Fragestellungen beantwortet zu wissen.

Im folgenden sind die Autoren der Expertisen in alphabetischer Reihenfolge, samt der Institution, in welcher sie hauptberuflich arbeiten, angefuehrt. Die Angabe dieser Institution bedeutet aber nicht, dass die betreffende Person ihre Expertise im Rahmen dieser Einrichtung erstellt hat.

AICHINGER Alfred, Dr., Freiberuflicher Sozialwissenschaftler,
Salzburg

BERGMANN Christian, Univ.Ass. Dr. Institut fuer Paedagogik
und Psychologie der Universitaet Linz

BRUNMAYR Erich, Dr., fuer das und im Namen des Oester-
reichische Instituts fuer Jugendkunde, Wien

CAP Christian, Mag., Betriebswirtschaftler, Jugendverbands-
funktionaer, Wien

CHRISTL Josef, Dr., Oekonom, Creditanstalt Bankverein, Wien

ECKER Dietmar, Freiberuflicher Soziologe, Wien

EDER Ferdinand, Univ.Ass. Dr., Institut fuer Paedagogik
und Psychologie Universitaet Linz

EICHWALDER Reinhard, Dr., Oesterreichisches Statistisches
Zentralamt, Wien

EISENBACH-STANGL Irmgard, Dr., Ludwig Boltzmann Institut
fuer Suchtforschung, Wien

FILLA Wilhelm, Dr., Verband Oesterreichischer Volkshoch-
schulen, Wien

GEHMACHER Ernst, Dipl.-Ing., Institut fuer Empirische
Sozialforschung, Wien

HAIDER Ernst, Dr., Sozialwissenschaftler, Wien

HEXEL Peter C., Dr., Europaeisches Zentrum
fuer Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet
der sozialen Wohlfahrt, Wien

HOCHGERNER Josef, Univ.Doz. Mag. Dr., Arbeiterkammer Wien

HOETSCHL Wolfgang, Dr., Oesterreichischer Raiffeisen-
verband, Wien

HOFFMANN Dimiter Martin, Dr.,
Europaeisches Zentrum fuer Ausbildung und Forschung
auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt, Wien

HOFSTAETTER Maria, Oesterreichisches Institut fuer Be-
rufsbildungsforschung, Wien

HORAK Roman, Dr., Gesellschaft fuer Jugend-, Subkultur-
und Freizeitforschung, Wien

HOVORKA Hans, Dr., Institut fuer Soziales Design, Wien

HUBER Harald, Mag., Sozialwissenschaftler, Hochschule
fuer Musik und Darstellende Kunst, Wien

JANIG Herbert, Univ.Doz. Dr., Institut fuer Psychologie
der Universitaet Klagenfurt

KARASZ Janos, Mag., Institut fuer Angewandte Soziologie,
Wien

KNAPP Ilan, Mag. Dr., Oesterreichisches Institut fuer
Berufsbildungsforschung, Wien

KOENIG Ilse, Dr., Europaeisches Zentrum fuer Ausbildung
und Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt,
Wien

LUGER Kurt, Univ.Ass. Dr., Institut fuer Publizistik und
Kommunikationswissenschaften der Universitaet Salzburg

MARTIUS-SPITZY,Christine, Diplom-Sozialpaedagogin, Wien

MATUSCHEK, Helga, Univ.Ass. Dr., Institut fuer Soziologie
der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultaet
der Universitaet Wien

PATZOLD Wilhelm, Mag., Arbeiterkammer Wien

PAWLIK Manfred, Dr., Verein Jugendzentren der Stadt Wien

PAZELT Astrid, Mag., Oesterreichisches Institut fuer
Jugendkunde, Wien

PELZ Monika, Dr., Sozialforscherin, Wien

PICHELMANN,Karl, Dr., Institut fuer hoehere Studien, Wien

PILGRAM Arno, Univ.Doz. Dr., Institut fuer Rechts- und
Kriminalsoziologie, Wien

PLEIGER Doris, Europaeisches Zentrum fuer Ausbildung und
Forschung auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt, Wien

POPP Reinhold, Dir. Univ.Doz. Dr., Akademie fuer Sozial-
arbeit, Salzburg

PRIEGL Gerhard, Mag., Jugendleiter und -ausbildner, Linz

RATHMAYR Bernhard, Univ.Ass. Dr., Institut fuer Erziehungswissenschaften der Universitaet Innsbruck

REITER Wolfgang, Dr., Gesellschaft fuer Jugend-, Subkultur- und Freizeitforschung, Wien

ROEGL Heinz, Dr., Institut fuer Angewandte Soziologie, Wien

SCHOFNEGGER Hans, Dr., Institut fuer Psychologie der Universitaet Klagenfurt, Landeskrankenhaus Klagenfurt

STARY Johannes, Univ.Ass. Dr., Institut fuer Psychologie der Universitaet Wien

STOCKER Kurt, Dr., Gesellschaft fuer Jugend-, Subkultur und Freizeitforschung; Projektgruppe Psychotherapeutische Versorgung von Jugendlichen in Oesterreich, Wien

STUMM Gerhard, Dr., Projektgruppe Psychotherapeutische Versorgung von Jugendlichen in Oesterreich, Wien

ULRAM Peter A., Dr., Dr. Fessel u. Co Institut fuer Meinungsforschung, Wien

WAGNER Ina, Univ.Doz.Dr., Institut fuer Festkoerperphysik der Universitaet Wien, Forschungsstelle fuer Arbeit und Technik

ZEITPLAN

FEBRUAR 1986: Literaturrecherchen, Dokumentationsarbeiten, erste Konzeptformulierung

APRIL 1986: Vorgespraech mit potentiellen Mitarbeitern, Konzeptdiskussion

APRIL/MAI 1986: Vergabe von Subauftraegen an Mitarbeiter zur Erstellung von Expertisen

MAI 1986: Vorlage eines Zwischenberichtes an das BMFJK ueber den Stand der Vorarbeiten, die Auswahl der Mitarbeiter; Konkrete inhaltliche Konzeption

MAI 1986: Beginn der Arbeit an den Expertisen

JUNI 1986: Hearing betroffener Institutionen und Organisationen zum Jugendbericht auf Einladung des BMFJK

SEPTEMBER/OKTOBER 1986: Beendigung der Arbeit an den Expertisen

OKTOBER/NOVEMBER 1986: Redaktionelle Ueberarbeitung der Expertisen, Erstellung eines zusammenfassenden Berichts an das BMFJK

DEZEMBER 1986: Abgabe des Rohberichts an das BMFJK

JAENNER 1987: Befassung eines Gremiums mit redaktionellen Fragen; Redaktion des Endberichtes an das Bundesministerium

FEBRUAR 1987: Abgabe des Gesamtberichts an das BMFJK

MAERZ 1987: Aufbereitung der komprimierten Fassung fuer das Parlament durch die Fachabteilung III/7 des BMFJK und durch ein Autorenteam

JUGENDFORSCHUNG UND JUGENDPOLITIK

Jugendpolitische Debatten werden in Oesterreich nicht oder nur bruchstueckhaft, marginal, mit geringer konzeptiver Kraft gefuehrt, kaum von grosszueigigen Perspektiven getragen. Das hat vielerlei Gruende: Die - scheinbar - fehlenden Anlaesse, Kompetenzaufsplitterungen, die trotz grosser Traditionen nur wenig beachtete und geforderte Jugendforschung und anderes mehr.

In der Schweiz - ueber die Eidgenoessische Kommission fuer Jugendfragen - und in der Bundesrepublik Deutschland - vor allem ueber die Jugendberichte der Bundesregierung und die sogenannten Shell-Studien - haben sich breite Diskussionsfelder ueber die Lebenssituation der Jugendlichen und ueber jugendpolitische Massnahmen ergeben und sind zur Tradition geworden.

Der vorliegende Bericht zur Lage der Jugend kann - bei entsprechender weiterer Arbeit - wesentliche Beitraege fuer eine zukuenftige jugendpolitische Auseinandersetzung liefern: Hat doch durch die Initiative, diesen Bericht zu gestalten, die oesterreichische Jugendforschung einen kraeftigen Impuls bekommen, es konnten neue Wege erschlossen und sichtbar gemacht werden, wo es noch viel zu arbeiten gibt. Es entspricht der Logik des vorliegenden Berichtes, die Beitraege, die fuer ihn erarbeitet und gesammelt wurden, auch einer breiteren Oeffentlichkeit zugaenglich zu machen.

Personen, Einrichtungen, Verbaende, Vereine und Institutionen, die mit Jugendlichen zu tun haben, sollen mit den Autoren in eine moeglichst intensive Diskussion eintreten koennen, damit es nicht, wie bei vielen anderen Berichten, dazu kommt, dass mit oeffentlichen Geldern Expertisen angeschafft werden, die nur einem kleinen, auserwaehlten Kreis zugaenglich sind. Ein solches Vorgehen wuerde die Spirale der Entwicklung neuer Ideen und Programme von vornehmerein in einen internen Kreislauf zwischen Bekannten umfunktionieren.

Die meisten der Expertisen fuer den "Bericht zur Lage der Jugend" bedienen sich sozialwissenschaftlicher Argumentation, um die Lebensumstaende junger Menschen zu charakterisieren. Wenn auch viele - lange nicht alle - Expertisen sozialwissenschaftliche Forschungsparadigmen, Erkenntniszugaenge, methodische Instrumente und Argumentationen verwenden, stellt diese wissenschaftliche Tradition nur eine unter mehreren dar, um Kenntnis ueber bestimmte Lebenslagen zu erhalten. Allerdings eine mit grosser oeffentlicher Reputation und der Moeglichkeit neue Informationen in einen wissenschaftlichen, historischen und politischen Zusammenhang unseres Bewusstseins einzubetten.

Es erhebt sich auch die Frage - und sie ist wesentlich - welchen Wert dieser Bericht fuer die Jugendlichen selbst, um die es ja geht, besitzt. Ein derartiger Bericht - gleich welche Themen er behandelt oder welche Darstellungsform er waehlt - kann keine direkte, unmittelbare Wirkung fuer oder auf Jugendliche besitzen. Immer ist eine Umsetzung in und durch verschiedene soziale Prozesse erforderlich. Ein Jugendbericht wie der vorliegende gibt Informationen ueber soziale Tatbestaende, schafft Bewusstsein darueber, richtet unsere Wahrnehmung in bestimmter Weise aus, gibt die Moeglichkeit zu politischem Handeln und beschleunigt guenstigenfalls soziale Prozesse.

Mit der Vorlage dieses Berichtes ist die Forderung nach einer Weiterarbeit verbunden. Die Berichtlegung und Berichtprae-sentation soll nicht die Endstation des Bemuehens um Verstaendnis, Einsicht und Veraenderung jugendlicher Lebensverhaeltnisse sein. Es sind daher alle Vorschlaege zur Weiterarbeit zu beraten und zu ueberlegen und jene auszuwaehlen und zu verfolgen, die erfolgreich zu sein versprechen.

Diese weitere Arbeit hat gleichsam als Kontrast zum vorliegenden Bericht danach zu fragen, wie die Jugendlichen selbst, aus ihrer eigenen Perspektive, mit eigenen Worten und nicht in Worten und Konstruktionen von Wissenschaftlern und anderen Personen ihr Leben wahrnehmen, welche Theorien und Vorstellungen sie von sich selbst und ihrem Lebenszusammenhang haben. Der Perspektivenwechsel, wie er in neueren Jugendstudien erkennbar wird, kann in Oesterreich bislang nur in Ansaetzen mitvollzogen werden. Es muss auch fuer zukuenftige oesterreichische Studien zum Thema Jugend gelten: die gesellschaftliche Wirklichkeit, wie sie sich aus der Perspektive der Lebenswelt Jugendlicher in ihrer Sprache darstellt, ist zu beruecksichtigen, nicht so sehr wie jugendliche Einstellungen und Verhaltensweisen aus der Perspektive von Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu beurteilen sind.

Dass nicht nur die jugendpolitische Diskussion in Oesterreich auf breiter Basis beginnen moege, sondern auch zukuenftige Forschungsperspektiven sich in der angedeuteten Richtung bewegen moegen, ist eine Hoffnung, die sich mit diesem Bericht verbindet.

INHALT DER EXPERTISEN

Der vorliegende "Bericht zur Lage der Jugend in Oesterreich" wurde - wie erwartet - auf der Grundlage von 35 Expertengutachten, die von 45 Autoren erstellt wurden, erarbeitet. Im folgenden ist das Inhaltsverzeichnis aller, der komprimierten Fassung zugrundeliegenden, Expertisen angeführt.

Herbert JANIG ZUR SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN BESTIMMUNG VON "JUGEND"

1. Jugendbegriff
- 1.1 Jugend als Normabweichung
- 1.2 Jugend als Uebergang
- 1.3 Jugend als Problem
- 1.4 Jugend als Hoffnung
2. Beginn der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung
- 2.1 Psychogenese der Eltern-Jugendlichen-Beziehung
- 2.2 Soziale Veraenderungen
- 2.3 Psychologieimmanente Aspekte
- 2.4 Der "klassische" Jugendliche
3. Bedingungen und Umfeld der wissenschaftlichen Jugendforschung
- 3.1 "Der" Forscher und "seine" Wissenschaft
- 3.2 "Die" gesellschaftlichen Bedingungen und "ihre" Wissenschaft
- 3.3 "Die" Wissenschaft und "ihre" Mechanismen
4. Gegenwaertige Entwicklungen
5. Literatur

TEIL A: JUNG SEIN IN OESTERREICH

Peter C. HEXEL und Ilse KOENIG JUNG SEIN IN OESTERREICH

1. Alltag
2. Arbeit als zentraler Lebensinhalt
3. Arbeitslosigkeit
4. Schule und Universitaet
5. Familie
6. Wohnen
7. Freizeit und personliche Beduerfnisse
8. Soziale Netzwerke, Beziehungen, Partnerschaft, Sexualitaet
 - 8.1 Freundschaften
 - 8.2 Partnerschaft
9. Traeume, Utopien, Wunschwelten
10. Umwelt und Oekologie
11. Technik und technologische Entwicklung

11. Technik und technologische Entwicklung
12. Frieden
13. Jugend und Gesellschaft
14. Anmerkungen
15. Literatur

Bernhard RATHMAYR

PARTIZIPATION ALS GRUNDPROBLEM DER SOZIALISATION
JUGENDLICHER

1. Konsum und Freizeit - Jugendliche als passive Konsumanten oder als aktive Buerger
 - 1.1 Konsum und Freizeitindustrie als Partizipationsangebot
 - 1.2 Unbefriedigte Partizipationswunsche als Erfahrung von Ausschliesslichkeit und Ausschliessung
 - 1.3 Erste Folgerungen fuer den gesellschaftlichen Umgang mit Jugendlichen und fuer eine Jugendpolitik
2. Arbeit und Schule - Jugendliche als Objekte von Bildungsgaengen oder als Subjekte ungewisser Zukunftsplanung
 - 2.1 Zunehmende Dauer und Sequenzierung von schulischen und beruflichen Ausbildungsgaengen
 - 2.2 Individualisierung als augenscheinliche Oberflaeche struktureller Tendenzen der Vereinheitlichung
 - 2.3 Weitere Folgerungen fuer den gesellschaftlichen Umgang mit Jugend und Jugendpolitik
3. Anmerkungen
4. Literaturverzeichnis

Johannes STARY

SEXUALITAET UND GENERATIVES VERHALTEN

1. Sexualverhalten
2. Sexualmoral
3. Einstellungen zur Ehe
4. Partnervorstellungen
5. Kinderwunsch, Vorstellungen ueber die Familiengroesse
6. Bild der Geschlechterrollen, Geschlechtsrollenstereotype
7. Partnerschaftsmodelle
8. Jugendliche als Eltern
9. Literaturverzeichnis

Reinhard EICHWALDER

JUGENDLICHE IM DEMOGRAFISCHEN UEBERBLICK

1. Zahl der Jugendlichen
2. Internationaler Vergleich der Anteile der Jugendlichen
3. Im Westen Oesterreichs hoehere Anteile Jugendlicher
4. Soziale Herkunft
5. Geschlechterverhaeltnis
6. Staatsbuergerschaft

7. Familienstand
8. Leben mit Partner oder als alleinstehender Elternteil
9. Leben als Kind im elterlichen Haushalt
10. Leben als Single
11. Lebensformen in den Bundeslaendern
12. Teilnahme am Erwerbsleben
13. Sterblichkeit
14. Ausbildung
15. Berufstaetigkeit
16. Oekonomische Abhaengigkeit, Einkommen
17. Literaturverzeichnis
18. Tabellen

TEIL B: POLITIK UND STAAT

Peter A. ULRAM
JUGEND UND POLITIK IN OESTERREICH 1980 - 1986

1. Einleitung
2. Politische Sozialisation und politisches Interesse
3. Politische Grundorientierungen und Aktivitaeten
4. Traditionelle Politik und neue politische Bewegungen
5. Perspektiven und Probleme
6. Anmerkungen
7. Literaturverzeichnis

Wilhelm PATZOLD
JUGEND UND RECHT

1. Die Rechtsstellung des Jugendlichen
 - 1.1 Die gesetzliche Vertretung Minderjaehriger
 - 1.2 Die Handlungsfaehigkeit
 - 1.3 Die Deliktsfaehigkeit
 - 1.4 Die Heiratsfaehigkeit
2. Das Verhaeltnis zwischen Eltern und ihren Kindern
 - 2.1 Der Unterhalt Minderjaehriger
 - 2.2 Die religioese Erziehung
 - 2.3 Die Vermoegensverwaltung
 - 2.4 Die gerichtliche Vertretung
 - 2.5 Interessenskollision zwischen Minderjaehrigen und ihrem gesetzlichen Vertreter
 - 2.6 Die Sachwalterschaft - Rechtsfuersorge fuer psychisch Kranke
 - 2.7 Sicherstellung des Unterhaltes durch Unterhaltsvorschuesse
3. Die Strafmuendigkeit und Jugendstrafstatuten
4. Reformen in der juengeren Rechtsentwicklung
5. Reformansaetze zur Weiterentwicklung des Jugend- rechtes
6. Beziehung der Jugend zum Recht

- 6.1 Der Zugang zum Recht
- 6.2 Der Protest der Jugend
- 7. Die rechtserheblichen Altersstufen
- 8. Literaturverzeichnis

TEIL C: SCHULE UND ARBEIT

Ferdinand EDER JUGEND UND SCHULE

- 1. Die Bedeutung von Schule im Leben der Jugendlichen
- 2. Schulbezogene Motive und Werthaltungen von Jugendlichen
- 3. Arbeitszeit und Leistung von Jugendlichen in der Schule
- 4. Schule als alltaeglicher Erfahrungsraum
 - 4.1 Das soziale Klima an den Schulen
 - 4.2 Das Unterrichtsklima
 - 4.3 Reaktions- und Bewaeltigungsformen
- 5. Die Wirkungen der Schule
- 6. Die Leistung der Schule bei der Bewaeltigung der Entwicklungsaufgaben des Jugendalters
- 7. Literatur

Christian BERGMANN JUGEND UND BERUFSWAHL

- 1. Vorbemerkungen
- 2. Die Bedeutung der Berufswahl
- 3. Determinanten der Berufswahl
- 4. Soziale und oekonomische Einflussfaktoren
- 5. Individuelle Einflussfaktoren
 - 5.1 Berufs- und Laufbahnpblaene
 - 5.2 Prozessmerkmale der vorberuflichen Entwicklung
 - 5.3 Berufswahlverhalten im engeren Sinne
- 6. Zusammenfassung
- 7. Literatur

Ilan KNAPP und Maria HOFSTAETTER DIE ARBEITSSITUATION DER JUGENDLICHEN IN OESTERREICH

- 1. Die berufliche Bildung im Lehrbetrieb
 - 1.1 Die Bedeutung der Lehre
 - 1.2 Lehrlinge nach Wirtschaftszweig, Betriebsgroesse, Geschlecht
 - 1.3 Lehrlinge nach Beschaeftigungsstruktur
 - 1.4 Facharbeiten, Routinearbeiten, ausbildungsfremde Arbeiten
 - 1.4.1 Ueberstunden, Akkordarbeiten fuer Lehrlinge

- 1.5 Die Zufriedenheit mit dem Lehrberuf und dem Lehrbetrieb
 - 1.5.1 Kritik und Wuensche
 - 1.6 Reformvorstellungen zur betrieblichen Lehre
2. Die Arbeitssituation der Jugendlichen ohne Berufsausbildung
 - 2.1 Jugendliche ohne Berufsbildung - Problemkinder des Bildungssystems
 - 2.2 Jeder dritte Jugendliche stellte sich die Arbeitswelt viel schoener vor als sie ist
 - 2.3 Die Verwendungsstruktur im Betrieb, ganz unten in der betrieblichen Hierarchie, Handlanger und Hilfstaetigkeiten
 - 2.4 Das Einkommen der Jugendlichen ohne Berufsbildung
 - 2.5 Ein durchschnittlicher Arbeitstag
 - 2.5.1 Arbeitszeitbedingungen von Jugendlichen ohne Berufsbildung
 - 2.6 Reformvorschlaege von Jugendlichen ohne Berufsbildung
3. Die Arbeitssituation der Lehrabsolventen
 - 3.1 Was ist ein erlernter Beruf heute noch wert? Ver-aenderungen der Facharbeiterqualifikation
 - 3.2 Das Technisierungsniveau der Arbeitsplaetze
 - 3.3 Taetigkeiten junger Facharbeiter
 - 3.4 Berufsposition nach erlerntem Lehrberuf
 - 3.5 Berufsposition nach Einkommen
 - 3.6 Ein durchschnittlicher Arbeitstag
 - 3.6.1 Ueberstunden, Schichtarbeit, Praemien oder Leistungslohn, der Weg zur Arbeit
 - 3.7 Wie sehen die Jugendlichen ihre berufliche Zukunft
 - 3.7.1 Neue Technologien - wie wird der Arbeitsplatz in 10 Jahren aussehen?
 - 3.7.2 Die neuen Technologien veraendern die Arbeitsinhalte
 - 3.7.3 Ein erlernter Beruf, was ist das heute denn wert?
4. Literatur

**Josef CHRISTL und Karl PICHELMANN
ZUR ARBEITSMARKTLAGE JUGENDLICHER IN OESTERREICH**

1. Einleitung
2. Empirische Befunde zur Jugendarbeitslosigkeit
 - 2.1 Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich
 - 2.2 Die Situation Jugendlicher am oesterreichischen Arbeitsmarkt
 - 2.3 Die Struktur steigender Jugendarbeitslosigkeit
 3. Mechanismen der Mengenrationierung: Selektion und Verdraengung
 - 3.1 Vom Bildungssystem ins Beschaeftigungssystem
 - 3.2 Jugendliche im Beschaeftigungssystem
 4. Arbeitsmarktpolitische Massnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit
 - 4.1 Qualifikationsfoerdernde Massnahmen
 - 4.2 Vermittlungsfoerdernde Massnahmen
 - 4.3 Arbeitsbeschaffende Massnahmen
 5. Abschliessende Bemerkungen
 6. Anmerkungen
 7. Literaturverzeichnis

Dimitter Martin HOFFMANN und Doris PLEIGER
MAEDCHEN UND BURSCHEN LERNEN UND ARBEITEN GEMEINSAM IN EINEM
RENOVIERUNGSPROJEKT

1. Die Situation der Jugendlichen, die ohne arbeitsmarktpolitische Massnahmen keine Chancen auf Ausbildungs- und Arbeitsplaetze haben
 - 1.1 Einfuehrende Ueberlegungen
 - 1.2 Kurze Charakterisierung des arbeitsmarktpraktischen Massnahmenkataloges
2. Beispielhafte Darstellung des WUK-Renovierungsprojektes
 - 2.1 Zielsetzungen und Struktur der Massnahme
 - 2.2 Charakterisierung der teilnehmenden Jugendlichen
 - 2.3 Fallstudien - 2 Lebensgeschichten
 - 2.4 Betreuungs- und Bildungsansatz in der Projektarbeit
 - 2.5 Tagebuchaufzeichnungen zum Prozessverlauf, Gruppen- und Einzelarbeit
3. Kritische Analyse der Massnahmen und ihrer Reichweite
 - 3.1 Veraenderungen in der Zielsetzung von "Sozialprojekten"
 - 3.2 Welche Aussichten haben die Jugendlichen nach Absolvierung dieser Massnahmen?
4. Literatur

TEIL D: WOHNEN UND RAEUMLICHE UMWELT

Ernst HAIDER
WOHN- UND UMWELTBEDINGUNGEN JUGENDLICHER IN OESTERREICH

1. Vorbemerkungen
2. Die Wohnsituation der Jugendlichen in Oesterreich:
Tendenz zum Verbleiben im Elternhaus
3. Die Verinselung der Umwelt: "Heimat" ist wieder gefragt
4. Wohnen bei den Eltern: Im Nest der Familie
5. Heime und Wohngemeinschaften: Freiraum oder Familienersatz?
6. Die eigene Wohnung: Endlich erwachsen?
7. Moeglichkeiten zur Verbesserung der Wohnsituation von Jugendlichen
8. Kritik an den Jugendstudien und wahrgenommene Forschungsdefizite
9. Literatur

Janos KARASZ und Heinz ROEGL
JUGENDLICHE IN LANDGEMEINDEN

1. Jugendforschung im laendlichen Raum - eine Bestandsaufnahme
 - 1.1 Allgemeine Ueberlegungen zur Lage der Landjugend
 - 1.2 Empirische Untersuchungen zur Landjugend - eine kritische Bestandsaufnahme
 - 1.3 Veraenderung der Lebensbedingungen der Landjugend
 - 1.4 Ausbildung und Beruf
 - 1.5 Pendeln, Auswandern und regionale Identitaet
 - 1.6 Zwischen Vereinsleben und Diskofieber - Gesellschaftsformen im Wandel
 - 1.7 Landjugend und Politik
2. Forschungsdefizite und sinnvolle Forschungsspektiven
3. Anmerkungen
4. Literatur

TEIL E: TECHNOLOGIE UND MEDIEN

Josef HOCHGERNER
TECHNISIERUNG IN DER JUGENDLICHEN ERLEBNISWELT

1. Technisierung statt Sozialisierung?
2. Tendenzen der Technisierung
3. Die gesellschaftspolitische Thematisierung von Technik
4. Technikdistanz und Gestaltungswille bei Jugendlichen
 - 4.1 Technik als Lernfeld
 - 4.2 Technik als Allmachtsmittel
5. Zusammenfassung und Empfehlungen
6. Anmerkungen
7. Literatur

Kurt LUGER
DIE ROLLE DER MEDIEN IM ALLTAG VON JUGENDLICHEN

1. Der neue Entwicklungstyp: Multi-Media Jugendliche
2. Das Medien- und Freizeitverhalten von Jugendlichen
 - 2.1 Zeitung und Buch - Die Vererbung des Bildungsdefizits
 - 2.2 Musik als Ausdruck jugendlichen Lebensstils
 - 2.3 Fernsehen als Freizeitnotnagel
 - 2.4 Film - Fenster zur Welt fuer die Jugendlichen
 - 2.5 Die Computerisierung der Jugend
3. Dominante Interpretationsmuster jugendlichen Medienverhaltens
 - 3.1 Die Medien als Mittel zur Alltagsbewaeltigung
 - 3.2 Alltaegliche Gewohnheiten und individuelle Nutzenerwartungen als Beduerfnishintergrund der Mediennutzung

- 3.3 Medienverhalten als Ausdruck jugendkultureller Stilbildung
- 4. Jugendliche als Konsumenten der Kulturindustrie
- 5. Anmerkung
- 6. Literatur

TEIL F: WEIBLICHE JUGENDLICHE

Astrid PAZELT DIE SOZIALE LAGE WEIBLICHER JUGENDLICHER IN OESTERREICH

- 1. Einleitung
- 2. Beginnt die Diskriminierung bei der Geburt?
- 3. Familie und Freizeit
- 4. Maedchen in der Jugendarbeit
- 5. Zur gesundheitlichen Situation von Maedchen
- 6. Weltanschauung und Politik
- 7. Sexualitaet und Partnerschaft
- 8. Maedchenbildung
- 9. Lebensorientierungen und Zukunftserwartungen
- 10. Zusammenfassung
- 11. Anmerkungen
- 12. Literaturverzeichnis

Christine MARTIUS-SPITZY, Monika PELZ und Ina WAGNER BERUFLICHE SOZIALISATION WEIBLICHER JUGENDLICHER

- 1. Berufsfindung auf dem segmentierten Arbeitsmarkt
- 1.1 Diskriminierung
- 1.2 Foerderungsprogramme
- 1.3 Lehrstellensuche
- 1.4 "Frauenberufe" - "Maennerberufe"
- 2. Startpositionen beim Eintritt ins Berufsleben
- 2.1 Ausbildungserfahrungen, ihr Stellenwert fuer die Berufsplanung
- 2.2 Einsatzbereiche nach Abschluss der Lehre
- 2.3 Folgen fuer die Berufsmotivation
- 2.4 Einstellungen zum beruflichen Aufstieg - Aufstiegschancen
- 2.5 Unterschiede zwischen Gewerbetreibenden und Industrieunternehmen
- 2.6 Ungeloeste Probleme
- 3. Lebensplanung und Berufsperspektiven am Beginn des Berufslebens
- 3.1 Rollenbilder
- 3.2 Lebensplaene
- 4. Empfehlungen
- 5. Literatur

TEIL G: FREIZEIT - JUGENDARBEIT - JUGENDKULTUR

Reinhold POPP

JUGEND UND FREIZEITPAEDAGOGISCHE INFRASTRUKTUR: BEDIENUNGEN, PLANUNG, PERSONALVERSORGUNG

1. "Freizeitpaedagogische Infrastruktur" - ein komplexes System
2. Bedingungen
 - 2.1 Ueberblick: Bedingungen paedagogischen Handelns im freizeitkulturellen Bereich
 - 2.2 Freizeitpaedagogik als Subsystem von Sozialpaedagogik
3. Planung
 - 3.1 Freizeitpaedagogische Infrastruktur - ein Subsystem der gesamten kommunalen Infrastruktur
 - 3.2 Einige Prinzipien partizipativer Infrastrukturplanung
 - 3.3 Einige konkrete Empfehlungen fuer freizeitpaedagogische Infrastrukturplanung
4. Personalversorgung
 - 4.1 Die Rollenfunktion des Paedagogen im Rahmen freizeitpaedagogischer Infrastrukturplanung
 - 4.2 Handlungskompetenzen
 - 4.3 Ausbildungsstrukturen im Spannungsfeld zwischen Generalisierung und Spezialisierung
5. Anmerkungen
6. Literatur

Gerhard PRIELER

KIRCHLICHE JUGENDZENTREN IN OESTERREICH

1. Einleitung
2. Entstehungsgeschichte kirchlicher Jugendzentren
 - 2.1 Entstehungsbedingungen
 - 2.2 Urspruengliches Konzept
 - 2.3 Anzahl kirchlicher Jugendzentren und hauptsaechliche Zielgruppen
 3. Wandlungen in der Jugendzentrumsarbeit
 - 3.1 Soziale Umbrueche der 70er, Anfang der 80er Jahre
 - 3.2 Auswirkungen auf die Jugendzentrumsarbeit
 4. Ausblick
 5. Anmerkungen
 6. Literaturverzeichnis

Alfred AICHINGER

JUGENDKULTUR - SUBKULTUR - GEGENKULTUR

1. Einleitung
2. Jugendkultur und sozialwissenschaftliches Vorgehen
3. Was ist Jugendkultur?
 - 3.1 Eingrenzung des Phaenomens

- 3.2 Relation Mehrheit - Minderheit
- 3.3 Mythos Jugendkultur
- 4. Merkmale und Faktoren des gesellschaftlichen Phänomens Jugendkultur
 - 4.1 Jugendkultur und Alter
 - 4.2 Jugendkultur und Sozialisationsbedingungen
 - 4.3 Jugendkultur und "Sozialisationstyp"
 - 4.4 Jugendkultur und soziale Schicht
 - 4.5 Jugendkultur und Kulturindustrie
- 5. Jugendkulturelle Stile
 - 5.1 Stilbegriff - Stilelemente
 - 5.2 Stiltypen
 - 5.3 Beispiele
 - 5.3.1 Alternativer Stil
 - 5.3.2 Punk-Stil
 - 5.3.3 Rocker-Stil
 - 5.3.4 Popper-Stil/Prolo-Stil
 - 5.3.5 Fun-Stil
- 6. Resümee
- 7. Literatur

Harald HUBER
ZUR BEDEUTUNG VON MUSIK IM LEBEN VON JUGENDLICHEN

- 1. Empirische Befunde
- 2. Theoretische Ansätze und Perspektiven
- 3. Tendenzen der Musik der 80er Jahre
- 4. Befragung österreichischer Jugendlicher zur biographischen Bedeutung von Musikstückchen
 - 4.1 Art der Musikstücke
 - 4.2 Situationen (Szenarios)
 - 4.3 Bedeutungen
- 5. Anmerkungen zum historischen Wandel der Beziehung von Jugend zu Musik
- 6. Konsequenzen für jugendpolitische Massnahmen
- 7. Anmerkungen
- 8. Literatur

Roman HORAK, Wolfgang REITER und Kurt STOCKER
PSYCHOPATHEN, ROWDIES, FANS? ZUR WISSENSCHAFTLICHEN EINSCHÄTZUNG JUGENDLICHER FUSSBALLSUBKULTUREN IN ÖSTERREICH

- 1. Ausschreitungen jugendlicher Fußballfans aus der Perspektive psychologischer Studien
- 2. Fußballgewalt als soziokulturelles Phänomen
 - 2.1 Zu einigen Ergebnissen der Studie
 - 2.2 Subkulturformation und soziale Gesellschaftsformen der Fußballfans
 - 2.3 Subkulturelle Normen und körperliche Gewalt
 - 2.4 Vorurteile als Konfliktpotential
 - 2.5 Fußballwissen und Vereinsbindung im Prozess subkultureller Sozialisation
- 3. Zusammenfassung

4. Anmerkungen
5. Literaturverzeichnis

TEIL H: PSYCHISCHE UND PHYSISCHE GESUNDHEIT

Hans SCHOFNEGGER

PSYCHISCHE UND PHYSISCHE GESUNDHEITSSITUATION JUGENDLICHER

1. Einleitung
- 1.1 Problemfeld und wissenschaftstheoretische Aspekte
- 1.2 Zielsetzung des Artikels
2. Grundlegende Gesundheits- bzw. Krankheitskonzepte
- 2.1 Dimensionen des Gesundheitsbegriffs
- 2.2 Naturwissenschaftlich-medizinisches Krankheitsmodell und Alternativkonzepte
- 2.3 Das Paradigma der Sozialepidemiologie
- 2.4 Das Lebensweisenkonzept
- 2.5 Das Risikofaktoren-Konzept
3. Dateneueberblick ueber den Gesundheitszustand
- 3.1 Allgemeine Vorbemerkungen
- 3.2 Relevantes Datenmaterial
- 3.2.1 Erkrankungshaeufigkeit und -art
- 3.2.2 Beschwerden und subjektiv beurteilter Gesundheitszustand
- 3.2.3 Medikamentenkonsum, Arztbesuche, Verletzungen
- 3.2.4 Verhaltensstoerungen
4. Gesundheitszustand der Schuljugend
- 4.1 Aerztliche Betreuung der Schuljugend
- 4.2 Ergebnisse schulaerztlicher Gesundenuntersuchungen
- 4.3 Unfallgefaehrdung sowie Kinder- und Jugendsterblichkeit
- 4.4 Gesundheitliche Belastungen bei Volksschulkindern durch Luftverunreinigungen
- 4.5 Misshandlung von Kindern
- 4.5.1 Phaenomene und theoretische Implikationen der Gewalt
- 4.5.2 Relevantes empirisches Datenmaterial
- 4.6 Gesundheitswirksame Konsequenzen der Ernaehrung und des Rauchens bei Jugendlichen
- 4.6.1 Ernaehrungsverhalten und Ernaehrungszustand schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher
- 4.6.2 Rauchverhalten Jugendlicher, gesundheitliche Auswirkungen und Interventionsmoeglichkeiten
- 4.6.2.2 Gesundheitliche Auswirkungen des Tabakkonsums
- 4.6.2.3 Interventionsmoeglichkeiten
- 4.7 Gesundheitsbezogene Anschauungen Jugendlicher und die Bedeutung der Gesundheitserziehung
- 4.7.1 Gesundheitswissen von Jugendlichen
- 4.7.2 Schlussfolgerungen fuer die Gesundheitserziehung von Jugendlichen

- 4.7.2.1 Ziele, Moeglichkeiten und Organe der Gesundheits-erziehung
- 4.7.2.2 Jugendliche als praeventive Zielgruppe
- 5. Gesundheitssituation jugendlicher Arbeitnehmer und Stellungspflichtiger
 - 5.1 Untersuchungsergebnisse junger Arbeitnehmer
 - 5.2 Gesundheitszustand der oesterreichischen Stellungs-pflichtigen
- 6. Gesundheitszustand jungendlicher Arbeitsloser
 - 6.1 Arbeit und Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen
 - 6.2 Gesundheitliche Folgen der Jugendarbeitslosigkeit
- 7. Verhaltensstoerungen bzw. psychische Stoerungen bei Kindern und Jugendlichen
 - 7.1 Allgemeines
 - 7.2 Einige wichtige Ergebnistrends
 - 7.3 Oesterreichisches Datenmaterial
- 8. Zusammenfassung
- 9. Literatur

Hans HOVORKA
DIE SOZIALE LAGE BEHINDERTER JUGENDLICHER

- 1. Vorbemerkung
- 2. Behinderung als soziale Benachteiligung
 - 2.1 Definition und Groesse der Population
 - 2.2 Die soziale Dimension von Behinderung
 - 2.3 Das oeffentliche Interesse an behinderten Ju-gendlichen
 - 3. Erschwernisse in wichtigen Lebensbereichen
 - 3.1 Anmerkungen zur jugendspezifischen Rehabilitations-forschung
 - 3.2 Schulische und berufliche Integration, Benachteili-gungen in der Arbeitswelt
 - 3.3 Probleme im Wohn- und Freizeitbereich, Partnerschaft und Sexualitaet
 - 4. Resuemee und Ausblick
 - 5. Anmerkungen
 - 6. Literatur

TEIL I: SPEZIFISCHE LEBENSSITUATIONEN

Arno PILGRAM
DIE JUGENDKRIMINALITAET IN OESTRREICH. ZUR JUENEREN GESCHICHTE UND GEGENWART STRAFRECHTLICHER JUGENDKONTROLLE

- 1. Zum Gegenstand dieses Berichts
- 2. Die Geschichte der Kriminalisierung Jugendlicher im Spiegel der Kriminalstatistiken
- 3. Veraenderungen der Arbeitsmoral, der Disziplinaran-

- forderungen und der Kriminalisierungsbereitschaft
4. Perspektiven des Umgangs mit Jugendkriminalitaet
 5. Fussnoten
 6. Literatur

Wilhelm FILLA

DIE JUGENDLICHEN DER IN OESTERREICH LEBENDEN VOLKSGRUPPEN UND NATIONALEN MINDERHEITEN - INSBESEONDRE KROATEN, SLOWENEN UND UNGARN

1. Maengel und Probleme der Forschung
 - 1.1 Die Slowenen
 - 1.2 Die Kroaten
 - 1.3 Die Ungarn
 - 1.4 Die Tschechen und Slowaken
 - 1.5 Die Roma
2. Zur Geschichte und Sozialkultur
3. Rechtliche Grundlagen
4. Die Jugend der Minderheiten im Burgenland und Kaernten - eine zahlenmaessige Beschreibung
 - 4.1 Die Bedeutung des slowenischen Gymnasiums
 - 4.2 Ausserschulische Angebote und Moeglichkeiten fuer slowenische Jugendliche
 - 4.3 Die Schulsituation kroatischer Jugendlicher im Burgenland
 - 4.4 Ausserschulische Moeglichkeiten
5. Jugendliche Ungarn in Oesterreich
6. Die Jugend der Wiener Tschechen und Slowaken
7. Roma Jugendliche
8. Die Assimilationspolitik
9. Massnahmen und Bedingungen fuer die Entfaltung der Minderheiten
10. Anmerkungen
11. Literatur

Irmgard EISENBACH-STANGL

EINUEBUNG IN DROGENGEBRAUCH. Legaler und illegaler Drogenkonsum und drogenbezogene Probleme von Jugendlichen in Oesterreich

1. Trinken
 - 1.1 Trinkmuster von Jugendlichen
 - 1.1.1 Trinkmengen und Konsumfrequenz
 - 1.1.2 Anlaesse und Kontexte des Alkoholkonsums
 - 1.1.3 Einstellungen und Motive
 - 1.2 Der "Einstieg" in Trinkgewohnheiten der Erwachsenen
 - 1.2.1 Altersabhaengige Veraenderungen
 - 1.2.2 Geschlechtsspezifische Trinkmuster
 - 1.2.3 Trend oder Alterseffekt
 - 1.3 Trinkmuster im sozialen Kontext
 - 1.3.1 Die Herkunfts familie
 - 1.3.2 Die Freunde
 - 1.3.3 Die soziale Schicht

- 1.4 Alkoholbezogene Probleme
 - 1.4.1 Probleme mit Eltern, Freunden und in der Schule
 - 1.4.2 Alkoholbezogene Verkehrsunfälle
 - 1.4.3 Alkoholbezogene Delikte
2. Rauchen
 - 2.1 Die Entwicklung des Tabakkonsums Jugendlicher und junger Erwachsener in den letzten 15 Jahren
 - 2.2 Der Einstieg in die Rauchgewohnheiten der Erwachsenen
 - 2.3 Die soziale Position
 - 2.4 Die Bedeutung des Rauchens
 - 2.5 Rauchprobleme
3. Psychopharmaka-Konsum
4. Der Konsum verbotener Drogen
 - 4.1 Die Entwicklung und das Ausmass des Cannabiskonsums
 - 4.2 Die soziale Position der Cannabiskonsumenten
 - 4.3 Einstiegsdroge und Konsummotive
 - 4.4 Opiate
 - 4.5 Drogenbezogene Probleme
5. Der Zusammenhang zwischen dem Alkohol-, Tabak-, Psychopharmaka- und illegalen Drogengebrauch
6. Zusammenfassung und einige Anmerkungen zur Drogenpolitik
7. Literatur

**Johannes STARY
ZUKUNFTSVORSTELLUNGEN UND LEBENSERWARTUNGEN**

1. Der Aspekt des Zukuenftigen fuer den Adoleszenten
2. Beschaeftigung mit "Zukunft"
3. Relevanz der Untersuchungen zu den Zukunftsvorstellungen
4. Ergebnisse zu den Zukunftserwartungen Jugendlicher
5. Abschlussbemerkung
6. Literaturverzeichnis

AUF SPEZIELLEN WUNSCH DES BMFJK ANGEFERTIGTE EXPERTISEN

**Erich BRUNMAYR
OEFFENTLICHE JUGENDARBEIT IN OESTERREICH**

1. Jugendarbeit der Laender
 - 1.1 Foerderung der Vereine und der Initiativen
 - 1.2 Jugendleiterausbildung - Jugendleiterversicherung
 - 1.3 Jugend(leiter)-Zeitung
 - 1.4 Jugend in der Gemeinde
 - 1.5 Raeumlichkeiten - Treffpunkte - Jugendzentren
 - 1.6 Jugendheime - Jugendherbergen
 - 1.7 Jugendservicestellen - soziale Prophylaxe
 - 1.8 Medienerziehung
 - 1.9 Spiel-, Theater-, musische Erziehung
 - 1.10 Jugendfreundliche Dienstleistungsbetriebe

- 1.11 Internationale Kontakte - Volksgruppenintegration
- 1.12 Sonstige Jugendaktionen
2. Die Jugendbudgets der Laender
3. Die Arbeit der Kommunen
4. Literaturverzeichnis

Christian CAP und Dietmar ECKER
DER VERTRETUNGSANSPRUCH VERBANDLICHER JUGENDARBEIT

1. Einleitung
2. Statistisches Material
3. Eigenbewertung des Vertretungsanspruches
4. Die gesellschaftliche Funktion von Jugendorganisationen
5. Das Bild von den Jugendlichen
6. Die Zielsetzungen der Jugendorganisationen
7. Die groessten Erfolge in den achtziger Jahren
8. Die groessten Enttaeuschungen der achtziger Jahre
9. Schwierigkeiten in der praktischen Arbeit
10. Perspektive des Vertretungsanspruches
11. Zusammenfassung

WEITERE EXPERTISEN

Ernst GEHMACHER
JUGEND IN BEZIEHUNG ZU STAAT UND GESELLSCHAFT

1. Effizienz-Verlust
2. Leistung oder Selbstentfaltung
3. Wieviel "Gegenkultur" haelt eine Gesellschaft aus?
4. Wozu Parteitreue?
5. Schlussfolgerung mit Wertung
6. Integration junger Menschen: Rezente Studien

Wolfgang HOETSCHL
JUGENDARBEIT VON GELDINSTITUTEN

1. Einleitung
- 1.1 Allgemeines
- 1.2 Rechtliche Grundlagen
2. Wie die Banken auf die Jugend kamen
- 2.1 Allgemeiner Ueberblick
- 2.2 Die Zielsetzung der Banken
- 2.2.1 Gesaettigte Maerkte
- 2.2.2 Angewandte Wirtschaftserziehung
3. Das Angebot der Geldinstitute
- 3.1 Das Girokonto fuer die Jugend

- 3.2 Die Kontoverwendungs möglichkeiten
- 3.3 Der Zusatznutzen zum Konto
- 3.4 Die Jugendclubs der Banken
 - 3.4.1 Die Konzeption
 - 3.4.2 Das Programmangebot
 - 3.4.3 Die Kommunikation
- 3.5 Aktivitäten außerhalb der Jugendclubs
 - 3.5.1 Aktivitäten zum Thema "Arbeitsplatz"
 - 3.5.2 Aktivitäten für Studienbeginner
 - 3.5.3 Innovations- und Kreativitätswettbewerbe
- 4. Zusammenfassung

Manfred PAWLIK
JUGENDZENTREN IN ÖSTERREICH

- 1. Jugendzentren und Jugendarbeit. Zur historischen Bedeutung der Jugendzentrumsarbeit
- 2. Jugendzentren und Jugendzentrumsarbeit. Ziele, Aufgaben, Methoden
- 3. Jugendzentren in Österreich. Erscheinungsformen
- 4. Arbeitsgemeinschaft österreichischer Jugendzentren und Initiativgruppen
- 5. Jugendzentren aus der Sicht der Jugendlichen. Eine Collage
- 6. Jugendzentren in Österreich. Darstellung und Selbstdarstellung
- 7. Massnahmenkatalog, Vorstellungen
- 8. Anmerkungen
- 9. Literatur

Kurt STOCKER und Gerhard STUMM
ZUR PSYCHOTHERAPEUTISCHEN/PSYCHOLOGISCHEM BERATENDEN VERSORGUNG JUGENDLICHER IN ÖSTERREICH

- 1. Einleitung
- 2. Aufbau des Gesamtprojekts
- 3. Zur Definition von Psychotherapie bzw. psychologischer Beratung
- 4. Anteil von Psychotherapie/psychologischer Beratung für Jugendliche an der Gesamtversorgung
- 5. Umfang des gesamten Versorgungspotentials für Jugendliche in Österreich
- 6. Regionale Verteilung der psychotherapeutisch/psychologisch beratenden Versorgung für Jugendliche in Österreich
- 7. Inhaltliche Kategorien der psychotherapeutischen/psychologisch beratenden Versorgung von Jugendlichen in Österreich
- 8. Verhältnis von stationärer bzw. ambulanter Behandlung
- 9. Angewandte Verfahren
- 10. Literaturverzeichnis

TEXTTEIL

Im folgenden werden zuerst einige statistische Kennzahlen, und daran anschliessend Ergebnisse und jugendpolitische Forderungen zu bestimmten Themen aufgezeigt. Dabei werden die einzelnen Probleme knapp zusammengefasst, wie es den Erfordernissen einer komprimierten Ausgabe entspricht. Fuer eine eingehendere Auseinandersetzung wird der partielle Rueckgriff auf die (insgesamt fast 1300 Seiten) Expertisen, die dieser Zusammenfassung zugrunde liegen, unumgaenglich sein.

Die einzelnen Autoren haben der Anforderung, fuer ihren Bereich auch konkrete Empfehlungen und Vorschlaege fuer Massnahmen zu erarbeiten in unterschiedlichem Ausmass entsprochen. Je nach dem Gegenstand der Analyse und der Kompetenz der Autoren kamen in einzelnen Bereichen sehr detaillierte, in anderen aber allgemeine Anregungen zustande. Insgesamt wird man aber sagen koennen, dass die Summe dieser Empfehlungen der jugendpolitischen Debatte einen enormen Auftrieb geben koennte, und dass die Realisierung auch nur eines geringen Teils von ihnen die Lage der Jugendlichen in diesem Land nachhaltig verbessern koennte.

STATISTISCHE KENNZAHLEN

1985 gab es in Oesterreich 1.278.000 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, davon 619.000 im Alter von 15 bis 19 und 659.000 im Alter von 20 bis 24 Jahren. Es ist dies der bisher hoechste Stand an Jugendlichen in Oesterreich. Oesterreich weist - verglichen mit seinen Nachbarstaaten - prozentuell mehr Jugendliche auf als diese. Entsprechend der Bevoelkerungsprognose wird aber die Zahl der Jugendlichen in den naechsten Jahren deutlich abnehmen.

Noch nie so
viele
Jugendliche

Vergleicht man die Bundeslaender nach ihrem prozentuellen Jugendlichenanteil wird ein West-Ost-Gefaelle sichtbar. Im Westen Oesterreichs gibt es mehr Jugendliche als im Osten. Tirol hat derzeit den hoechsten Anteil an 15- bis 24jaehrigen (19 %), Wien den niedrigsten (14,1 %).

West-Ost-
Gefaelle

15jaehrige maennliche Jugendliche sind im Vergleich zu den gleichaltrigen weiblichen Jugendlichen mit 104,5 zu 100,0 ueberrepraesentiert. Aufgrund der hoeheren Sterblichkeit maennlicher Jugendlicher ist bei den 24jaehrigen das zahlenmaessige Verhaeltnis ausgeglichen (99,8 zu 100,0).

Verhaeltnis
maennliche-
weibliche
Jugendliche

3,1 % der Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren haben eine nicht oesterreichische Staatsbuergerschaft.

99,5 % der maennlichen und 95,5 % der weiblichen 15- bis 19jaehrigen Jugendlichen sind ledig, hingegen nur mehr 81,7 % der maennlichen und 59,4 % der weiblichen 20 bis 24jaehrigen. Die Ledigenquote in dieser Altersgruppe steigt wieder an, deklarierte Lebensgemeinschaften nehmen zu.

Ledige -
Verheiratete

Fast alle 15- bis 19jaehrigen und ein grosser Teil der 20- bis 24jaehrigen lebt noch im elterlichen Haushalt: Es sind dies 51,6 %. Dieser Anteil hat sich - auch aber nicht nur - als Folge verlaengerter Schulbildung deutlich erhoeht.

Wohnen bei
Eltern

22.000 maennliche und 25.200 weibliche Personen im Alter von 20 bis 24 Jahren leben als Single in einem Haushalt.

Singles

Maennliche Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren haben eine deutlich hoehere Sterblichkeit: 1984 starben 1.018 maennliche und 274 weibliche Personen dieses Alters. Diese deutlich hoehere Sterblichkeit der maennlichen Jugendlichen ist vor allem eine Folge der groesseren Zahl toedlicher Unfaelle.

Sterblich-
keit

Gemaess den Volkszaehlungsergebnissen von 1981 sind von den 15- bis 19jaehrigen 260.300 (oder 39,6 %) Schueler und Studenten und 382.200 (oder 58,1 %) Berufstaetige. Von den Schuelern und Studenten sind 121.300 maennliche Jugendliche (36,3 % der Altersgruppe) und 139.100 weibliche Jugendliche (42,9 % der Altersgruppe). Es gibt 207.900 maennliche Berufstaetige (62,3 % der Altersgruppe) und 174.200 weibliche Berufstaetige (53,7 % der Altersgruppe).

Erwerbsquote
sinkt

Bei den 20- bis 24jaehrigen sind 59.100 (oder 9,7 %) Schueler und Studenten und 484.900 (oder 79,9 %) Berufstaetige. Von den Schuelern und Studenten sind 32.600 oder 10.7 % der Altersgruppe maennliche und 26.600 oder 8,8 % der Bevoelkerungsgruppe weibliche Personen. Von den Berufstaetigen sind 261.700 oder 85,8 % der Altersgruppe maennliche und 223.100 oder 74,0 % der Altersgruppe weibliche Personen.

In den Volkszaehlungsdaten werden Studierende, die einer Beschaeftigung nachgehen, als Berufstaetige gezaehlt. Die Schul- und Hochschulstatistik erfasst aber auch diese Studierenden und weist fuer 1985 etwa 95.000 Schueler und Studenten im Alter von 20 bis 24 Jahren aus. 1984 waren bereits 24 % der 18- bis 19jaehrigen Maturanten.

Durch den vermehrten Besuch weiterfuehrender Schulen sinkt die Erwerbsquote; waren 1961 noch 80 % der Burschen und 75 % der Maedchen dieses Alters berufstaetig, so waren es 1981 nur mehr 57 % der maennlichen und weniger als die Haelfte (49 %) der weiblichen Jugendlichen.

POLITIK

Obwohl das politische Engagement im Vergleich zu anderen Lebensinteressen eine eher untergeordnete Rolle spielt - worin sich die jüngeren Menschen kaum von den älteren unterscheiden - ist doch ein deutlicher Anstieg an politischem Interesse seit den beginnenden achtziger Jahren zu bemerken.

Die Wirksamkeit familiaerer Politiktradierung hat jedoch stark abgenommen. So stimmen 1984 68 % der 14- bis 24-jährigen selten oder nie mit dem politischen Ansichten ihrer Eltern überein. 1980 waren dies erst 46 % gewesen. Der Anstieg des politischen Interesses ist mit einer Abnahme traditioneller Parteibindungen und einer damit einhergehenden Mobilität verbunden und bei der Jugend besonders ausgeprägt: Nur rund die Hälfte der unter 30-jährigen zeigt eine gewisse Neigung zu irgendeiner politischen Partei; nur mehr rund ein Viertel fühlt sich im Wahlverhalten einer politischen Partei verpflichtet. Dessen ungeachtet bleibt jedoch ein nicht unbeträchtliches Potential an politischer Apathie und Entfremdung bestehen (vorzugsweise in den unteren Bildungs- und Sozialschichten), das auch eine gewisse Anfälligkeit für autoritäre Politikmuster aufweist.

Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer generell veränderten politischen Landschaft in Österreich, die hier nur schlagwortartig mit den Begriffen politische Saekularisierung/Flexibilisierung, politischer Themenwandel, Parteien- und Verbaendekritik und dem Wirkswandern neuer politischer Kräfte umrissen werden kann. Faktoren, die in der jungen Generation besonders ausgeprägt zum Tragen kommen, ohne dass sie aber als deren spezifische Charakteristika gefasst werden könnten.

Die Ausweitung politischen Interesses und die verstärkte Intensität politischer Aktivitäten läuft dabei zu einem Gutteil an den traditionellen politischen Akteuren vorbei, oft richtet sie sich sogar gegen diese. Kontakte mit und Interesse an traditionellen politischen Betätigungsfeldern gehen eher zurück - werden vielfach auch als negativ empfunden; dafür nimmt die Bekanntschaft mit und der Wunsch nach neuen, eher unkonventionellen Formen politischer Beteiligungen zu.

Das Bild der Politiker und der Traditionsparteien hat sich deutlich verschlechtert, die lauter werdende Kritik richtet sich nicht nur gegen stilistisch-moralische Defizite, sie trifft auch die Leistungsfähigkeit und den perzipierten Leistungswillen einer (erstmal als solcher und zwar negativ gesehenen) "politischen Klasse". Dementsprechend steigt die Bereitschaft zu politischer Sanktionierung der Parlamentsparteien und die Suche nach politischen Alternativen. Letztere werden zum Teil in der grünen-alternativen Bewegung gesehen, welche auch in ihrer parteipolitischen Ausprägung (als wahlwerbende Gruppen) beträchtliche Sympathien besitzen und es fertigbringen, zumindest einen Teil dieses Potentials auch in Wählerstimmen umzusetzen. Die hier ge-

Politisches Interesse

Übereinstimmung mit Eltern

Veränderte politische Landschaft

Kritik an traditioneller Politik

Unkonventionelle Beteiligung

Bild der Politiker

schilderten Tendenzen sind in der oberen Bildungsschicht besonders ausgepraegt, gehen aber ueber diese hinaus und reichen auch in die Anhaenger- mitunter auch in die Mitgliederschaft der Traditionsparteien hinein.

Auf Feststellungen wie: "Politiker sprechen oft die Unwahrheit, vor allem in Wahlzeiten" antworteten 1980 noch 74 % der 14- bis 24jaehrigen mit Zustimmung, 1984 waren es bereits 88 %; "Politiker denken in erster Linie an den eigenen Vorteil": stimmten 1980 55 % zu, 1984 waren es 72 %; "Politiker sind korrupt und bestechlich": 1980 32 % Zustimmungen, 1984 60 %; aber auch "Politiker machen ihre Sache im grossen und ganzen recht gut": 1980 22 % Zustimmung, 1984 58 % Zustimmung.

Zugleich waere es aber verfehlt, aus dem Befund einer spuerbaren Politiker- und Parteienverdrossenheit auch den einer allgemeinen Demokratieverdrossenheit oder gar Demokratiekrise abzuleiten. Zum einen stellt die Kritik meistens nicht die Legitimitaet oder Notwendigkeit zentraler politisch-demokratischer (inklusive der Parteien) und oekonomisch-sozialer Institutionen in Frage, wohl aber deren konkrete Funktionsweise. Damit steht auch in Zusammenhang, dass die Mehrheit der oesterreichischen Gruen-Alternativen nicht als Fundamentalopposition angesehen werden kann. Zum anderen ist nicht nur das tatsaechliche Ausmass, sondern auch die Bereitschaft zu politischer Gewaltanwendung verhaeltnismaessig gering ausgepraegt, sowohl auf seiten der "politiserten Jugend" wie auf jener der Staatsmacht. In diesem Sinne waren die Anfang der achtziger Jahre im Wiener Raum sporadisch aufflackernden, eher anomischen, Protestaktivitaeten, nicht fuer den Mainstream der derzeitigen Entwicklung charaktersitisch. Etwa die juengsten Ereignisse vor der Wiener Oper zeigen aber, wie schnell ein derartiger Konsens zu gewaltlosen Konfliktloesungen verspielt werden kann.

Dennoch ist die Kluft zwischen einem traditionellen Parteiensystem, das an Integrationsfaehigkeit, Attraktivitaet und Vertrauenswuerdigkeit verloren hat, und den politisch aktiven Teilen der Jugend unuebersehbar. Dazu kommt, dass auch die neuen politischen Bewegungen, die in erster Linie von einer anti-establishment- und umweltorientierten Grundstroemung getragen werden, in den meisten anderen Politikbereichen ihrerseits ein betruechtliches Glaubwuerdigkeitsdefizit aufweisen. Die durchaus noch vorhandene "Gespraechsbasis" zwischen aktiver Jugend und traditioneller Politik ist duenn geworden; zumindest auf der Ebene bundesweiter Politikformulierung hat sich ein Vakuum gebildet, das - sollten die Traditionsparteien nicht zu einem Wandel ihrer Strukturen, Verhaltensweisen und Politikinhalte imstande sein und/oder die neuen politischen Gruppen sich nicht als kompetente und verhandlungsfaehige politische Kraefte stabilisieren koennen - mittelfristig auch zu einer Ausbreitung politischer Anomie und zu verstaeerten Konflikten bis hin zu verstaeerten neofaschistischen Tendenzen fuehren kann.

Erste Handlungsmaxime fuer die in diesen Dialog involvierten Politiker muss das Ernstnehmen und bewusste Aufgreifen von Jugend-

Keine allgemeine Demokratieverdrossenheit

Geringe Bereitschaft zu politischer Gewaltanwendung

Gefahr eines politischen Vakuums

fragen sein. Dabei kommt alternativen zeitintensiven Herangehensweisen und fuer Politiker meist unkonventionellen Formen der Kommunikation eine zentrale Bedeutung zu. Wenn Politiker die Ausdrucksformen und verschiedenen Sprachen der Jugend nicht verstehen, kann Jugendpolitik nicht als Dialog, sondern als von der sozialen Realitaet abgehobene Massnahmenpolitik aufgefasst werden. Es kann daher nicht genuegen, dass sich verantwortliche Politiker von Sekretaeren und Experten informieren lassen und ab und zu Sprechstunden fuer Jugendliche abhalten, sondern sie sollten sich an den von Jugendlichen frequentierten sozialen Orten ueber den konkreten Alltag von Jugendlichen informieren. Dabei darf freilich nicht uebersehen werden, dass eine solche Auffassung von politischem Dialog, den derzeitigen Auffassungen vieler politisch Verantwortlicher noch kaum entsprechen duerfte. Jugendpolitik wird deshalb in der Zukunft auch verstaeckt eine Politik der Erfuellung der fuer Jugendliche und immer mehr auch von Jugendlichen artikulierten Interessen sein muessen, deren Berechtigung nicht gaenzlich von der Uebereinstimmung mit den Ansichten einer Politikergeneration abhaengig gemacht werden darf, deren Verstaendnis fuer die Beduerfnisse Jugendlicher sehr unterschiedlich entwickelt ist.

Auf Papier geschriebene sozialwissenschaftliche Daten sind fuer politisches Handeln nur dann sinnvoll, wenn der politisch Handelnde auch Zeit und Energie fuer die beschriebene soziale Realitaet aufbringt, um so Loesungsmoeglichkeiten fuer die abstrakt dargestellte soziale Realitaet sinnlich nachvollziehen zu koennen. Nur so kann jenes Stueck Fremdheit und Andersartigkeit verstanden werden, dass sich in jugendkulturellen Stilen ausdrueckt. Ein solcherart alternativer politischer Stil beinhaltet daher auch die Moeglichkeit, einmal etwas nicht zu begreifen, oder mit politischen Massnahmen abzudecken, sondern einfach staunend mitzuverfolgen. Nur eine radikal offene und empathische Annaeherung an Jugendliche birgt die Chance in sich, von der sozialen Realitaet Jugendlicher ueberrascht zu werden und in direkter Auseinandersetzung mit ihnen behutsam adaequate politische Schritte einzuleiten.

Jugendpolitik
als Dialog
und
Interessens-
politik

TECHNIK

Die gegenwaertig zunehmende Technisierung nicht nur der jugendlichen Erlebniswelt betrifft zweierlei: Erstens den steigenden Einsatz von Maschinen und technischen Hilfsmitteln zur Organisation von Arbeit und zweitens die Beeinflussung des psychischen Erlebens, der Wahrnehmung, des sozialen Selbstverstaendnisses und der zwischenmenschlichen Kommunikation u.a..

Was die Auswirkungen der Einfuehrung neuer Technologien angeht, sind fast alle davon betroffenen jungen Arbeitnehmer der Ansicht (87,1 %), dass die Arbeit dadurch eintoeniger geworden ist, die Haelfte von ihnen meint jeweils, dass Umschulungen notwendig werden, eine hoehere Qualifikation erforderlich ist, das Arbeits-tempo zugenommen hat, aber auch dass manches an der Arbeit leichter geworden sei. Was die zukuenftigen Auswirkungen von Technisierung betrifft, meinen mehr als drei Viertel von ihnen, dass die technischen Neuerungen die koerperlichen Anforderungen verringert und die geistigen steigert, mehr Leistungskontrolle moeglich ist, das Arbeitstempo noch steigen wird und Arbeitsplaetze weniger werden. Mehr als die Haelfte der jungen Arbeitnehmer sind der Ansicht, dass die Arbeitsanforderungen erhoeht werden, jedoch eine kuerzere Arbeitszeit moeglich sein und sich mehr Lebensqualitaet ergeben wird.

Technisierung erscheint als ein Mittel neben anderen, soziale Hierarchien zu gestalten, die Vergegenstaendlichung von menschlichen Umwelten und Sozialverhaeltnissen voranzutreiben, sowie Wachstums- und Produktionsverhaeltnisse zu unterstuetzen. Da Maschinen nur funktionieren, d.h. ihre Zweckmaessigkeit im Sinn der regulierenden Prinzipien nur beweisen koennen, wenn sie auf ein bereits dementsprechend vorbereitetes und organisiertes sozio-oeconomisches Umfeld treffen, entsprechen erfolgreiche neue Techniken auch immer bestimmten generellen, gesellschaftlich vorprogrammierten, Tendenzen. Sie verkoerpern, strukturieren und manifestieren in gegenstaendlicher Form Regeln, die fuer das Verhalten der Menschen auch maschinenunabhaengig als "soziologische Tatsachen" relevant sind.

Bei der intellektuellen Neigung des Menschen zur analytischen Erfassung der Welt, die dinghaft erlebt wird, wird selbst das eigene Ich zum Objekt - man fasst sich selbst als Teil der Maschinerie auf, deren Aufbau und Erhaltung unter eigener Beteiligung erfolgt. Maschinenhaft nach Perfektion strebende Menschen muessen fuer ein derart objektiviertes Funktionieren des eigenen Subjekts geeignete Persoenlichkeitsstrukturen mitbringen. Wenngleich Repraesentanten einschlaegiger Idealtypen kaum im Einzelfall aufzufinden seinduerften, so ist dennoch mit der soziologischen Bedeutung solcher Persoenlichkeitsmuster zu rechnen: Je nach persoenlichen Motivationen und der Art der Verschraenkung von Technostrukturen und eigener Erlebniswelt ergeben sich Verstaerkungseffekte fuer spezifische Tendenzen oder Elemente der personalen und sozialen Identitaet, bzw. zur Abschwaechung von anderen. So verleitet die Denkzeugeigenschaft von Rechnersystemen etwa die Informatiker und

Zunehmende
Technisierung

Kuerzere,
eintönigere
Arbeit,
mehr Leistung

Soziale und
psychische
Folgen der
Technisierung

Tendenz: Teil
der Maschine
werden

Programmierer als professionelle Konstrukteure von Informationstechniken staerker dazu, sich auf das "Maschinendenken" nach dem Diktat der internen Funktionsweisen des Technosystems einzulassen.

Wer als monozerebraler Mensch mit kybernetischen Denkstrukturen das Ich zum Objekt zu machen bereit und in der Lage ist, kann sich dazu in hervorragender Weise der distanzierenden Maschinisierung von Computernetzwerken bedienen: Diese bauen durch Vielfalt und auswechselbares Zusammenschalten attraktive Kommunikationsnetze auf, in welchen die bei unmittelbar menschlicher Kommunikation auftretenden Unberechenbarkeiten und Eigenwilligkeiten spontan unkonventioneller Handlungen ausgeschlossen sind. Die Beziehung zur Maschine verlangt weniger soziale Sensitivitaet und ist psychisch einfacher zu gestalten: Ein- oder Ausschalten, Akzeptieren oder Nicht-Akzeptieren vorgegebener Verhaltensoptionen, eine exakte Orientierung auf Gebrauchsanleitungen und programmkonformes Verhalten gibt relativ grosse Sicherheit, das Ziel, Objekte zu schaffen und zu gestalten, durch die Mittel der Maschine und eigenes logisch-rationales Verhalten erreichen zu koennen. Soziale Beziehungen und komplexe psychische Strukturen von differenzierten Erwartungen, Hoffnungen und Aengsten etc. sollen auf die sogenannte Mensch-Maschine-Kommunikation moeglichst wenig Einfluss nehmen.

Sozialisationsbedingungen bei fortgeschrittener Technisierung des privaten Familienlebens bedeuten eine weit entwickelte Uebertragung von Handlungsanweisungen und Verhaltenskontrollen auf technisches Geraet und sogenannte neue Medien. Die Entfaltung von Persoenlichkeitsmustern gegenwaertiger und kuenftiger Jugendgenerationen laesst unter diesen Voraussetzungen einerseits das Hervortreten eines extrem auf Produktivitaet und instrumentelles Funktionieren ausgerichteten Typs, andererseits die Verbreitung von oberflaechlichen reaktiven Konsumhaltungen erwarten. Zumeist duerften Mischtypen ohne inhaltliche Verbindung beide Tendenzen in widerspruechlicher Form zu Ausdruck bringen.

Dagegen wenden sich einerseits neue soziale Bewegungen in diversen Formen der Selbstorganisation. Andererseits scheinen auch staatliche Institutionen, politische Parteien und die meisten Verbaende bereits mehr oder minder darum bemueht, ihre Positionen im Sinn des gesellschaftspolitisch neuen und gestiegenen Stellenwertes der Technik zu ueberpruefen. Bezogen auf die spezifische Problematik der Jugendpolitik koennen thesenartig folgende Empfehlungen formuliert werden:

Technik ist - sowohl als herkoemmlche wie auch als neue Technik - kein aussenstehender, sich selbsttaetig entwickelnder, sondern ein variabler Faktor innerhalb des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Normative Wirkungen technischer Systeme sind dement sprechend grundsatzlich kontextgebunden und sollten weder in positiver noch in negativer Hinsicht hypostasiert werden. Computer, Videospiele und Demonstrationsanlagen verschiedenster Techniken (wie z.B. programmgesteuerte Roboter mit Mehrzweckgebrauch) koennen ihrer Eignung als Lernfeld entsprechend unter folgenden Bedingungen erfolgreich zu einer selbstaendigen Persoen-

Mensch -
Maschine

Tendenz:
Instrumentelles
Funktionieren
und
reaktives
Konsumieren

Gegentendenz:
Selbstorgani-
sation

Technik ein
variabler
Faktor der
Gesellschafts-
entwicklung

lichkeitsentwicklung beitragen:

- Nach Altersgruppen differenzierende Komplexitaet und Anwendungsbereiche.
- Unbedingt parallele und mit der Technik verbundene Foerderung sozialer Lernprozesse. Keine technizistische Konzentration auf das Erleben von Maschinenfunktionen; z.B. durch Weiterbildungsinitiativen fuer arbeitslose Jugendliche.
- In schulischen, auch ausserschulischen und beruflichen EDV-Ausbildungsprogrammen sollten Gruppenlernprozesse ueber die Periode ersten Kennenlernens hinaus, besonders auch hinsichtlich der Anwendungsmoeglichkeiten und einer Reflexion des Verhaeltnisses von Verwendung und Folgen, gezielt unterstuetzt werden. Die Vereinzelung am Bildschirm sollte vermieden werden.
- Gestaltungsabsichten und Erfahrungsdurst von Jugendlichen werden durch die Moeglichkeit neuer Technik herausgefordert. Soferne dabei Realitaetsbezug und Wirklichkeitsabstraktion unterscheidbar sind, ergeben sich auf diesem Weg entscheidende Vorteile konkreten Lernens und direkter Erfahrungsmoeglichkeiten, wie sie Jugendlichen auf andere Art und Weise immer weniger zugaenglich scheinen. Chancen dieser Art koennten genutzt werden, wenn insbesondere in Schulen und beruflichen Erfahrungsbereichen technisch verfuegbare Informationen gewissermassen "sozial erschlossen" wuerden: Zugriffsmoeglichkeiten auf Wirtschaftsdatenbanken koennten dazu benutzt werden, aktuelle Tagesinformationen etwa ueber den Energieverbrauch in Zeitreihenrelationen zu setzen. Auf diese Weise wuerden nicht nur Informiertheit und Faktenwissen verbessert, sondern auch praktische Erfahrungen und Datenbestaende sowie deren Entstehungs- und Verwendungszusammenhaenge vermittelt.

Foerderung
sozialer
Lernprozesse
statt
Vereinzelung

Soziale Er-
schliebung
technisch
verfuegbarer
Information

Im Rahmen gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Strategien sollte versucht werden, vorerst fuer Jugendliche Modelle der Integration von nicht nur beruflicher Bildung und Weiterbildung innerhalb der Arbeit zu fordern und womoeglich durchzusetzen. Eine Kombination von Bildung und Arbeit sollte insbesondere auf eine Schulung des Lernen-Lernens und des sogenannten "synthetischen" statt des "analytischen" Denkens abzielen. Die Integration von Bildung und Arbeit liesse sich fortfuehren zu einem Konzept der Aufnahme von nicht-produktionsspezifischen Elementen gesellschaftlich relevanter Arbeit in betrieblich organisierte Taetigkeiten.

Die Betrachtung von Arbeit als gesellschaftliche Leistung (statt blass als unternehmerisches Betriebsmittel) koennte zu einer gesellschaftspolitischen Perspektive fuehren, in der ueber Arbeitszeitverwendung in den Betrieben ebenso wie ueber die soziale Nuettlichkeit der Produkte die Belegschaften mitentscheiden wuerden. Jugendliche, ihre Lernfaehigkeit und die vorhandene Wertpraevalenz koennten bei solchen Modellversuchen gewissermassen als Katalysatoren eine wesentliche Rolle spielen. Auch dafuer liefern kritische Erwartungen gegenueber einer unbeeinflusst weiterentwickelten Technik Ansatzpunkte: Die ueberwiegende Mehrzahl der Jugendlichen erwartet von kuenftigen Auswirkungen technischer Fortschritte auf die Arbeit, dass geistige Anforderungen steigen werden, das Arbeitstempo hoher und mehr Leistungs kontrolle stattfinden wird, sowie letzten Endes einen Nettoverlust an Arbeitsplaetzen. Positive Erwartungen, etwa hinsichtlich

Integration
von beruf-
licher und
außerberuf-
licher Bil-
dung und
Arbeit

kuerzerer Arbeitszeit, mehr Lebensqualitaet, besserer Bezahlung und Aufstiegsmoeglichkeiten werden dagegen wesentlich seltener genannt.

Zum Themenbereich Jugend und Technik liegen bisher nur sehr fragmentarische Untersuchungsergebnisse vor. Technik ist nicht nur erst am Anfang ihrer "Karriere" als politisches Thema, sondern auch noch sehr wenig in sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten und Untersuchungen integriert. Bei Jugendlichen selbst hat Wissenschaft und Forschung sehr geringen Stellenwert; Wissenschaft gilt als etwas Statisches, insbesondere Forschungen im Bereich von Geistes- und Sozialwissenschaften werden sowohl von Berufsschuelern wie auch von Maturanten kaum wahrgenommen. Als besonders wesentliche Forschungsfragestellungen, die nach den hier vorgelegten Ueberlegungen dringlich erscheinen, koennen folgende hervorgehoben werden: Erstens die Frage nach den Funktionsweisen neuer Techniken als Lernfelder und Illusionsmaschinen (Herstellung von Allmachtsphantasien etc.); zweitens Untersuchungen ueber den Technikgebrauch bei Jugendlichen (Einbau technischer Systeme in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen); drittens muessste die Frage der "Sozialisierbarkeit" der Technik gestellt werden (kann eine Technik, die zunehmend oeffentlich finanziert und entwickelt wird, verallgemeinert nutzbar gemacht werden, sind Zielvorstellungen wie die nach einer sogenannten "anderen" Technik realisierbar?).

Die Etablierung von Technik als Gegenstand gesellschaftspolitischer Gestaltungsinteressen muss auf laengere Sicht zu einer Revision des sozialen Konsenses ueber Entwicklungsziele und Anwendung neuer Techniken fuehren. Anstelle der kuenftig weniger dominant konsensbildenden Kraft der Wachstumsideologie bedarf es neuer Bewertungsmassstaebe fuer Arbeit als gesellschaftlicher Leistung, fuer die Nuetzlichkeit technischer Fortschritte, sowie fuer die soziale Relevanz von Produkten und Diensten, die unter fortschreitender Technisierung immer rationeller her- und bereitgestellt werden koennen. Gesellschaftlich akzeptierbare Fehlervertraeglichkeit koennte dabei als Leitlinie neuer technologiepolitischer Entwicklungsvorstellungen dienen.

Mehr Forschung zu Jugend und Technik

Neue Bewertungsmaßstäbe für Arbeit

S C H U L E

Der Problemkreis Schule wird im vorliegenden Bericht vorwiegend unter den Aspekten der Wirkungen der Schule auf die Persoenlichkeit des Jugendlichen und der Beziehung, die Jugendliche zur Schule haben, gesehen.

Die Zahl der Schueler allgemeinbildender hoherer Schulen ist seit 1970 etwa gleich geblieben, jene an Berufsschulen hat sich um ein Drittel erhoeht, die Zahl der Schueler an berufsbildenden mittleren Schulen ist auf das eineinhalbfache gestiegen und die Zahl der Schueler an berufsbildenden hoheren Schulen hat sich verdreifacht.

Laengerer Schulbesuch wird als bessere Startchance fuer das Berufsleben angesehen. Im Vordergrund der Expansion der Schuelerzahlen steht das berufsbildende Schulwesen.

In der subjektiven Einschaetzung der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche durch die Jugendlichen wird den privaten Freizeitbetaetigungen der erste Rang zugemessen, der Schule kommt etwa gleich grosse Bedeutung zu wie Familie und Partnerschaft. Die Jugendlichen sehen in der Schule einen Ort sozialer Erfahrungen mit Gleichaltrigen, der Begegnung und Auseinandersetzung mit Erwachsenen, einen Ort der Auseinandersetzung mit Personen und Inhalten zur Entwicklung der eigenen Persoenlichkeit, aber schliesslich auch einen Ort, an dem man nuetzliches Wissen erwerben, Erfahrungen als Vorgriff auf das "wirkliche" Leben machen und wo man als Schueler gesellschaftliche Privilegien nutzen und sich in einem Frei- und Schonraum bewegen kann.

Was die zeitliche Belastung der Schule durch die schulische Arbeit betrifft, so liegt sie so hoch, dass sie ab der 5. Schulstufe (also nach der Volksschule) mit der beruflichen Arbeitszeit von Erwachsenen vergleichbar ist und in den meisten Faellen noch uebertrifft. Die errechnete bzw. geschaetzte Gesamtbelaestung von Schuelern fuer die Arbeitszeit in der Schule und die Lernzeit zu Hause betraegt bei Hauptschuelern pro Woche zwischen 35 und 39 Stunden, bei Schuelern der Unterstufe der AHS zwischen 38 und 44 Stunden, in der Oberstufe der AHS zwischen 44 und 49 Stunden, in berufsbildenden Mittleren Schulen zwischen 47 und 56 Stunden und in berufsbildenden Hoheren Schulen zwischen 46 und 56 und vielfach auch noch darueber. In diesen Wochenstundensummen sind aber die Fahrwege von und zur Schule nicht miteingerechnet. Besonders in den oberen Jahrgaengen der berufsbildenden Schulen liegen die woehentlichen Arbeitszeiten bei vielen Schuelern zum Teil noch ganz erheblich ueber den angegebenen Werten.

Das "Schulklima" wird als ueberdauernde Qualitaet der in der Schule bestehenden personalen Beziehungen - als Sozialklima - und als Qualitaet der Informations- und Beeinflussungsvorgaenge - als Unterrichtsklima - gesehen. Es lassen sich vier Klimatypen an oesterreichischen Schulen unterscheiden: Einen sozial positiven, personenorientierten Schulklimatyp mit guten persoenlichen Be-

Mehr Schueler
an berufs-
bildenden
Schulen

Einschaetzung
der Jugend-
lichen:
Schule wichtig-
Freizeit
wichtiger

Zeitliche Be-
lastung der
Schueler: hoher
als bei Er-
wachsenen

Unterschied-
liches "Schul-
klima"

ziehungen zwischen Schuelern, Lehrern und Eltern; dieser Typ findet sich eher an Hauptschulen und an der Unterstufe des Gymnasiums; einen wenig personenbezogenen, funktionsorientierten Klimatyp mit eher negativen sozialen Beziehungen zwischen und innerhalb der Gruppen sowie hoher Schulangst und Schulunlust bei den Schuelern (kommt an Hauptschulen in der Oberstufe des Gymnasiums haeufiger vor); einen Klimatyp der persoenlichen Distanz mit distanzierten Beziehungen zwischen den Gruppen, aber mit hohem Zusammenhalt unter den Schuelern (vor allem typisch fuer die Oberstufe der AHS); einen Diskrepanztyp in der Klimawahrnehmung zwischen Schuelern und Lehrern, bei dem die Lehrer die persoenliche und funktionale Beziehungsebene zu den Schuelern als ausgesprochen gut einstufen, Schueler und Eltern hingegen beide Beziehungsebenen als schlecht ansehen. Schulangst und Schulunlust sind hier relativ hoch. Dieser Typ ist eher an den Hauptschulen zu finden.

AHS und berufsbildende Schulen: ungünstiges Schulklima

Bei einem Vergleich des Klimas in verschiedenen Schulformen auf der Basis einzelner Merkmalsbereiche laesst sich, jeweils im Vergleich zu den anderen Schulformen, die Oberstufe der AHS charakterisieren durch geringeres paedagogisches Engagement der Lehrer, staerkere Restriktivitaet im Umgang, hohen Disziplindruck, aber auch ausgepraegtere Mitbestimmungsmaeglichkeiten fuer die Schueler. Fuer die berufsbildenden mittleren Schulen ist ebenfalls der hohe Disziplindruck, ein staerkeres Engagement der Lehrer und ein etwas geringerer Leistungsdruck charakteristisch. Die berufsbildenden hoeheren Schulen sind vor allem durch hohen Leistungsdruck, geringe Mitbestimmungsmaeglichkeiten der Schueler, aber auch eine geringere Restriktivitaet im Umgang zwischen Lehrern und Schuelern gekennzeichnet.

Die Charakterisierung des Unterrichtsklimas an oesterreichischen Schulen kann man hinsichtlich der Inhalte, der Wissensvermittlung und der Gefuehle die mit Schule verbunden werden betrachten: Die Inhalte der Schule werden ueberwiegend als uninteressant, unbrauchbar, abstrakt und wenig strukturiert angesehen; in geringerem Ausmass werden der Wert von Grundwissen und Allgemeinbildung hervorgehoben. Die Art der Vermittlung des Wissens wird ueberwiegend als ineffizient, selbststaendigkeitsverhindernd und ohne Bezug auf die Situation und das Vorwissen der Schueler beschrieben. Die berichteten Gefuehle sind primaeer negativer Art: Angst, Stress, Zwang, Druck und Konflikte sowie Aerger ueber Praepotenz und Standesduenkel der Lehrer. Die seltenen positiven Angaben beziehen sich auf das Gefuehl der Freude ueber die eigenen Leistungen bzw. Zufriedenheit mit den Privilegien, die mit der Schule verbunden sind.

Schulkritik der Jugendlichen:
wenig interessante Inhalte; dirigistische Methoden; hoher Leistungsdruck

Zusammenfassend lassen sich die Merkmale, welche den gegenwaertigen Schulunterricht charakterisieren wie folgt beschreiben: In fast allen Schulen herrscht hoher Leistungsdruck; die Anforderungen sind so umfangreich, dass fuer viele Schueler der Versuch, sie anders als oberflaechlich-rezeptiv zu erfuellen, illusorisch waere. Der Unterricht ist wenig schuelerzentriert. Es dominieren Unterrichtsmethoden, welche die Maximierung der "Stoffvermittlung" beguenstigen, die Passivitaet der Schueler foerdern und eine selb-

staendige Auseinandersetzung verhindern (Frontalunterricht, zu starke Ausrichtung des Unterrichts am Lehrbuch, stoffmaximierender Medieneinsatz). Die bei den Schuelern beliebteren Unterrichtsformen und -methoden (Klassengespraech, Gruppenarbeit, Partnerarbeit, Projektarbeit) kommen hingegen wenig vor.

Der "Bildungswert" des Unterrichts ist haeufig gering. Nach ihrer eigenen Einschaetzung ist es den Schuelern schwer moeglich, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, Zusammenhaenge zwischen verschiedenen Faechern herzustellen, oder das Gelernte auf ihr ausserschulisches Leben anzuwenden. Die Brauchbarkeit dessen, was in der Schule gelernt wird, fuer das spaetere Leben wird vor allem in der AHS, z.T. aber auch in der BHS, als gering empfunden. Der haeufige Verzicht auf die wertbezogenen (affektiven) Komponenten von Lernzielen beguenstigt die Verselbststaendigung der Inhaltlichkeit des Unterrichts - Schueler erfahren nicht, in welchem Sinn- und Wertzusammenhang schulische Inhalte stehen, ausser in dem, Berechtigung zu vermitteln. Fuer viele Schueler ist die Entwicklung von Interesse nur dann moeglich, wenn ein Gegenstand durch die Qualitaet des Unterrichtes oder die Persoenlichkeit des Lehrers besonders hervorgehoben wird.

Moeglicherweise gibt es fuer einige Faecher Unterrichtstraditionen, die sie bei den Schuelern dauerhaft unbeliebt machen. Z.B. nimmt das Fach Physik in fast allen weiterfuehrenden Schulen den letzten Rang in der Beliebtheit ein. Der Unterricht ist gepraeget durch die Dominanz der Leistungsbeurteilung. Schulische Inhalte werden daher auf eine Art und Weise gelernt, die das Bestehen von Pruefungen beguenstigt (kurzfristiges Aneignen, Verzicht auf Bezaeuge zu anderen Faechern, Verzicht auf Detailwissen, mechanisch-formelhaftes Problemloesen; Beendigung des Lernens, wenn eine Note gesichert ist. Das wegen fehlender innerer Differenzierung im Grunde gleiche Unterrichtsangebot und -tempo fuer alle Schueler hat zur Folge, dass zumindest bei kleinen Gruppen hochbegabter Schueler Unterforderung durch den Unterricht auftreten kann, vor allem dann, wenn im Unterricht geistige Leistungen auf niedrigem Niveau verlangt werden (Auswendiglernen, mechanisches Anwenden von Regeln, Fehlen anspruchsvoller Denkprozesse usw.).

20 bis 30 % der Jugendlichen gehen "gar nicht gerne" oder "sehr ungern" zur Schule; 15 bis 20 % der Jugendlichen gehen hingegen "sehr gerne". Der Rest der Jugendlichen ist gegenuer der Schule indifferent eingestellt. Maedchen gehen im allgemeinen lieber zur Schule als Burschen, mit zunehmendem Alter nimmt die Freude am Schulbesuch ab.

Der Schulbesuch bringt fuer die Jugendlichen auch eine Reihe von psychischen Belastungen mit sich. Es lassen sich vier Arten unterscheiden:

- Affektive Unausgeglichenheit mit Erscheinungsformen wie Stimmungsschwankungen, Interesselosigkeit, Arbeitsunlust, plötzliche Traurigkeit.
- Psychische Ueberforderung durch die Schule; Stress mit den zentralen Merkmalen "Angst, dass alles zuviel wird", Pruefungs-

Bildungswert
oft gering

Unterrichts-
traditionen

Psychische
Belastungen
durch Schule

angst, Schulunlust, Konzentrationsschwierigkeiten, Unruhe und Nervositaet.

- Psychovegetative Beschwerden in Form somatischer und habitualisierter Beschwerden wie Schlafstoerungen, Alptraeume, Kopfschmerzen, Essunlust, Kraenklichkeit, Erbrechen u.ae.
- Aggressivitaet und Zerstoerungswuensche. Uebereinstimmend in verschiedenen Untersuchungen zeigte sich, dass affektive Unausgeglichenheit fuer etwa 50 - 70 % der Schueler zutrifft, Psychische Ueberforderung durch die Schule, Stress belastet ca. 40 - 50 %, Aggressivitaet berichten ca. 30 %, und etwa 15 - 20 % sind durch psychovegetative Beschwerden belastet . Die Prozentwerte geben die Anzahl der Schueler an, welche die betreffenden Symptome "sehr oft", "oft" oder zumindest "manchmal" verspueren.

Eine zukuenftige Politik im Bereich der Schul- und der Berufsbildung haette die Tatsache einer sich ueberdeutlich abzeichnenden Entkoppelung von Bildung und Ausbildung einerseits und Berufs- und Arbeitsleben andererseits anzuerkennen. Beinahe alle derzeitigen Tendenzen und Reformen gehen demnach in die verkehrte Richtung. Weder die zunehmende Annaeherung der Schulinhalte an moegliche Berufserfordernisse, noch die verstaerkte Schwerpunktsetzung auf das berufsbildende Schulwesen in den regionalen Ausbauplaenen, noch die weitere Spezialisierung und Verlaengerung der Schulformen (alles Versuche, Bildungssektor und Arbeitssektor weiterhin zusammenzuhalten) werden verlorengegangene innere Motivation und schwindende Zukunftshoffnung bei den Jugendlichen zurueckerobern koennen.

Schule und beruflche Bildung muss sich vielmehr staerker mit den aktuellen Lebensproblemen und Zeitproblemen befassen, mit den krisenhaften Entwicklungen der Gesellschaft ebenso wie sie den bunten Lebensformen, die die Jugendlichen entwickeln, Einlass gewaehren muss. Das alles ist nur ueber eine drastische Reduzierung des fachlichen Lernstoffes und Lernstresses moeglich.

Andererseits koennen sich Schule und Berufsausbildung nicht dem Faktum der rasch wechselnden Nachfrage nach bestimmten, eng umgrenzten Qualifikationsbuendeln (Paradebeispiel Datenverarbeitung) entziehen, und muessen nach dem Muster der beruflichen Erwachsenenbildung rasche Lernmoeglichkeiten fuer solche Qualifikationen anbieten. Es ist ein Anachronismus, angesichts immer staerker fluktuerender Arbeitsmarktanforderungen, die ueber einen Zeitraum von auch nur zehn Jahren praktisch nicht mehr vorhersagbar sind, an den langatmig aufbauenden und wiederkaeuenden Schulformen festzuhalten, die wir heute haben.

Da mit raschen Veraenderungen des Schulwesens oder des beruflichen Ausbildungswesens keinesfalls zu rechnen ist - schon gar nicht in die hier angedeutete Richtung - muessste zwischendurch jedenfalls dafuer Rechnung getragen werden, dass diese Institutionen Verantwortung zu uebernehmen haben fuer die Probleme, die sie verursachen. Bis jetzt werden ja alle diese Probleme delegiert, an die Familien, an psychologische Einrichtungen, an die Jugendlichen selbst, letztlich an die Gesellschaft, die langfristig die Folgen zu tragen hat. Mit dieser Aufgabe waere freilich die bestehende

Entkoppelung
von Bildung
und Ausbildung

Drastische
Reduzierung
des fachlichen
Lehrstoffes

Effektive,
direkt qualifi-
fizierende
Lernformen

Ausbau der
Sozialarbeit
an Schulen

Schule voellig ueberfordert. Es bedarf daher eines grosszuegigen Ausbaus der Sozialarbeit an den Schulen und in den Betrieben, fuer die es brauchbare auslaendische Modelle bereits gibt.

Sozialarbeit in Schulen und Betrieben waere unabhaengig von den dort jeweils etablierten Entscheidungstraegern einzurichten als neutrale und kritische Instanz der Bearbeitung des von den Jugendlichen dort erlebten und erlittenden Alltags, als hilfreiche und beratende Instanz zur Bewaeltigung von Lern- und Verhaltensproblemen und zur Ermoeglichung von Laufbahnentscheidungen sowie als spielerisch reflexive Instanz zur Verbindung von Lebenswuenschen und Lernanforderungen.

Schule darf nicht nur Lernwelt der Schueler sein, sondern muss auch als Lebenswelt der Jugendlichen genutzt werden. Deshalb sollte Eigenaktivitaet und Bewaeltigung der Alltagssituationen (ansetzend bei den Beduerfnissen der Schueler) gefoerdert werden.

Den in der Schule Taetigen sollte die Moeglichkeit gegeben werden, ihre Probleme selbst zu organisieren und zu loesen (ueberschauliche Systeme, Handlungen sollten nicht von Verwaltungsablaeufen bestimmt, sondern von paedagogischen und humanen Gesichtspunkten gepraegt sein).

Schule =
Lernwelt und
Lebenswelt

A R B E I T

Derzeit ist eine berufliche Bildung in rund 236 staatlich anerkannten Lehrberufen möglich, es sind dies vor allem Tätigkeiten in den Bereichen Gewerbe, Industrie, Handel, Fremdenverkehr, Land- und Forstwirtschaft und Verkehr.

Rund 50 % aller Lehrlinge werden in Gewerbebetrieben ausgebildet, im Handel sind es rund 20 %, in Industriebetrieben rund 15 %, im Fremdenverkehr 10 % und die übrigen in sonstigen Bereichen.

Etwa 90 % der Lehrlinge konzentrieren sich auf die zehn am stärksten besetzten Berufe. Bei den weiblichen Lehrlingen liegt der Konzentrationsgrad noch höher als bei den männlichen Lehrlingen. Rund 75 % der weiblichen Lehrlinge werden in nur vier Berufen - Einzelhandelskaufmann, Friseur, Bürokaufmann, Koch und Kellner - ausgebildet. Die Konzentration der Lehrlinge, und hier vor allem der Mädchen, auf einige wenige Lehrberufe wirkt sich negativ auf die späteren Anstellungschancen aus, dies zeigt ein Blick auf die Verteilung der arbeitslosen Jugendlichen auf die einzelnen Berufsgruppen/Berufsabteilungen. Von den 15- bis 25-jährigen arbeitslosen Frauen suchte im Februar 1986 durchschnittlich jede vierte (23,9 %) eine Bürostelle (Burschen 4,0 %) und mehr als jede vierte (27,2 %) eine Stelle in einem Dienstleistungsberuf (Burschen 6,1 %). Von den arbeitslosen Burschen waren rund drei Viertel (76,8 %) in der Berufsabteilung "Produktionsberufe in Bergbau, Industrie und Gewerbe" vorgemerkt (davon Bauberufe 32 %; Metallarbeiter/Elektriker 21,2 %; Holzverarbeiter 7,2 %; Bekleidungshersteller 1,1 %), von den Mädchen nur etwas mehr als ein Fünftel (22,1 %).

Die Verteilung der arbeitslosen Jugendlichen und insbesondere die geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen, dass die berufliche Bildung heute, zumindest was die quantitative Entwicklung der Absolventen in verschiedenen Berufsbereichen betrifft, zum Teil nicht mit dem entsprechenden Bedarf an Arbeitskräften übereinstimmt. Vor allem bei den Mädchen verhindert die Bevorzugung von Handels-, Büro- und Dienstleistungsberufen (sowohl in der Lehrlingsausbildung als auch in der weiterführenden schulischen Bildung) die Anstellungsmöglichkeiten.

Lehrlinge der Berufsgruppe Handels- und Verkehrsberufe werden am ehesten sowohl zu ausbildungsfremden Arbeiten als auch zu Routinearbeiten herangezogen; Lehrlinge der Berufsgruppe Nahrungs- und Genussmittelhersteller machen solche Tätigkeiten in sehr geringem Ausmass; besonders zu ausbildungsfremden Tätigkeiten, dafür aber seltener zu Nebenarbeiten werden Lehrlinge der Berufsgruppen Friseure, Schönheitspfleger und verwandte Berufe, sowie Bauberufe herangezogen; die Kombination intensive Beschäftigung mit Nebenarbeiten und keine Beschäftigung mit ausbildungsfremden Arbeiten hat bei den Lehrlingen der Gruppe Installateure, Elektriker und maschinelle Metallarbeiter sowie beim Lehrberuf Büro- und Industriekaufmann die höchsten Werte.

Verteilung
der Jugendlichen auf
Lehrberufe

Mangelnde
Übereinstimmung
von beruflicher
Bildung und
Arbeitsmarkt

Ueberstunden sind fuer Jugendliche grundsätzlich verboten, da fuer sie die Arbeitszeit nur acht Stunden taeglich und vierzig woechentlich betragen darf. In Ausnahmefaelen kann die Arbeitszeit um eine halbe Stunde taeglich verlaengert werden, dabei ist ein 50%iger Mehrarbeitszuschlag zu verrechnen. Dennoch macht etwa jeder dritte Lehrling Ueberstunden und sogar jeder fuenfte bekommt dafuer weder etwas bezahlt, noch eine Rueckverguetung durch Zeitausgleich.

Lehrlinge unter 19 Jahren duerfen zu Akkordarbeiten nicht herangezogen werden. Rund 5 % der Lehrlinge wurden trotzdem zu Akkordarbeiten herangezogen. Lehrlinge in Klein- und Mittelbetrieben machen haeufiger Ueberstunden als ihre Kollegen in Grossbetrieben. Lehrlinge der Berufe Kellner/Koch, Nahrungsmittelhersteller und Lehrlinge im Bauwesen machen besonders viele Ueberstunden.

Fast ein Drittel der Lehrlinge wuenscht sich im Betrieb mehr Mитspracherecht. Der Mangel an Mitbestimmung wird interessanterweise mit zunehmender Groesse des Lehrbetriebes staerker kritisiert. Dabei haben Grossbetriebe wesentlich haeufiger institutionelle Moeglichkeiten der Mitbestimmung als Kleinbetriebe, wo die Existenz eines Betriebsrates oder Jugendvertrauensrates eher die Ausnahme darstellt. Ist ein Jugendvertrauensrat im Betrieb vorhanden, so sind drei Viertel der Lehrlinge mit dessen Taetigkeit sehr zufrieden; kritisiert wird jedoch das Ausmass der Mitbestimmungsmaeglichkeiten, das fuer zu gering erachtet wird. Fast ein Fuenftel der Lehrlinge haelt eine bessere Uebereinstimmung von schulischer und betrieblicher Ausbildung fuer dringend notwendig. An dritter Stelle in der Rangliste der Reformwuensche steht die Forderung nach einer staerkeren Ueberpruefung der Lehrbetriebe und an vierter Stelle der Wunsch nach zusaetzlichem fachtheoretischen Unterricht im Lehrbetrieb. Waehrend der Wunsch nach mehr Unterricht in der Berufsschule erst an siebenter Stelle genannt wird.

Die Jugendlichen ohne Berufsbildung sind sicher eines der groessten Probleme unseres Bildungssystems; dass die Vernachlaessigung von tausenden Jugendlichen eines jeden Altersjahrganges noch nicht fuer staendige Schlagzeilen sorgt, ist erstaunlich. "No future" - dies koennte fuer einen Teil der Jugendlichen Ge-wissheit werden und zwar fuer jene Jugendlichen, die als Kind von ungelerten Arbeitern oder als Kind von Auslaendern aufwachsen und keine "weiterfuehrende" Schulbildung erreichen; wer dann noch ein Maedchen ist oder zu alldem noch aus einer laendlichen Region stammt, hat Schwierigkeiten, einen Lehrplatz zu finden.

Die Gesamtzahl der 16jaehrigen Jugendlichen betraegt derzeit ca. 116.000, davon sind 48 % in weiterfuehrenden Schulen und 47 % in einer Lehre, die verbleibenden ca. 5 % der 16jaehrigen sind bereits zu diesem Zeitpunkt aus dem Bildungssystem ausgeschieden. Bei den 20jaehrigen liegt aufgrund der hohen Drop-Out-Zahlen in den hoheren und mittleren Schulen der Prozentsatz der Jugendlichen ohne Berufsbildung wesentlich hoher.

Es besteht die Gefahr, fuer die Situation jener Jugendlichen nicht die fehlenden Bildungsmassnahmen oder die Arbeitsmarktsituation

Ungesetzliche
Ueberstunden

Ungesetzliche
Akkordarbeit

Wunsch nach
mehr Mitbe-stimmung

Jugendliche
ohne Berufs-bildung

verantwortlich zu machen, sondern sie in eine "lernbehinderte Gruppe" umzuetikettieren und sonderpaedagogische Berufsvorbereitungsmassnahmen zu schaffen. Eine Massnahme jedoch, die vermeintliche Defizite kompensieren soll, wuerde geradewegs das Gegenteil erreichen: Die Jugendlichen wuerden sich gegen Ende einer solchen sonderpaedagogischen Massnahme tatsaechlich so verhalten, wie sie eingangs definiert wurden.

Ungelernte Jugendliche verdienen weniger als ungelernte erwachsene Arbeitskraefte. Die Lohnunterschiede haben hier verschiedene Ursachen. Der Grundlohn fuer Jugendliche unter 18 Jahren ist generell niedriger, Jugendliche werden in die untersten Lohngruppen eingestuft. Ein Drittel der Jugendlichen ohne Berufsbildung muss mit bis zu 5.000,- im Monat auskommen, ein weiteres Drittel hat zwischen 5.001 und 6.000,- im Monat und ebenfalls ein Drittel verdient mehr als 6.000,- monatlich. Zwischen den verschiedenen Berufsgruppen gibt es signifikante Unterschiede: Jugendliche in Produktionsberufen verdienen am besten, Jugendliche in Handels- und Verkehrsberufen sowie Jugendliche in Dienstleistungsbetrieben sind am schlechtesten bezahlt.

In den wirtschaftlich hoch entwickelten Laendern Europas hat sich in den letzten drei Jahrzehnten die Gesamtverteilung der Beschaefigungsmaeglichkeiten grundlegend geaendert, hauptsaechlich von diesen Aenderungen betroffen sind die Jugendlichen. In vielen Laendern gibt es heute gravierende Beschaefigungsprobleme, v.a. fuer Jugendliche zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr, also in den Jahren des Uebergangs von der Schule in den Beruf.

In Oesterreich ist die Rate der Jugendarbeitslosigkeit seit Beginn der achtziger Jahre von 1,6 % auf 5,5 % angestiegen und es zeichnet sich noch keine Stabilisierung der Entwicklung ab. Dabei verdeckt dieser bereits an sich besorgniserregende Anstieg der Arbeitslosenrate eine Reihe von gravierenden Problembeziehen: die Arbeitslosenrate weiblicher Lehrstellensuchender ist mehr als doppelt so hoch wie die maennlicher Jugendlicher; eine weitaus ueberdurchschnittliche Arbeitslosenrate besitzen die Maenner im Alter von 19 bis 24 Jahre; die Zahl der Ausbildungsplaetze hat relativ zur Zahl der Arbeitsplaetze noch staerker abgenommen. der Personenkreis Jugendlicher, die von Arbeitslosigkeit betroffen werden, weitet sich besonders rasch aus, sodass gegenwaertig bereits jeder 5. jugendliche Beschaefigte zumindest einmal jaehrlich die Erfahrung einer Arbeitslosenperiode gemacht hat und die Zahl jener Jugendlichen, die mehr als 6 Monate arbeitslos sind, steigt stark an; sie hat sich gegenueber 1980 fast versechsfacht.

Das bescheidene Wirtschaftswachstum und ein zuegiger Produktionsfortschritt haben in den letzten Jahren zu Arbeitsplatzknappheit gefuehrt und damit die Selektionsmechanismen am Arbeitsmarkt drastisch verschaeerft. Jugendliche werden - in Anbetracht ihrer geringen Berufserfahrung - in dieser Situation staerker getroffen als alle uebrigen Arbeitskraefte. Dies demonstriert schon allein der ueberdurchschnittlich rasche Anstieg der Jugendarbeitslosig-

Ungelernte
Jugendliche

Lohnunter-
schiede

Rascher An-
stieg der
Jugendarbeits-
losigkeit

keit. Darueber hinaus bewirkt die verstaerkte Konkurrenz um die verfuegbaren Arbeits- und Lehrplaetze einen Verdraengungswettbewerb zwischen jugendlichen Arbeitskraeften, der vor allem zu Lasten der am geringsten qualifizierten Personen geht.

Das duale Ausbildungssystem, dem in der Vergangenheit vielfach ein besonderer Stellenwert bei der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit zugemessen wurde, hat diese Erwartungen in den vergangenen Jahren nicht zu erfuellen vermocht. Die Zahl der Lehrplaetze ist in den letzten Jahren rascher geschrumpft als die Zahl der Arbeitsplaetze insgesamt; das Verhaeltnis zwischen Lehr- und Arbeitsplaetzen hat also merklich abgenommen. Offenbar haben verschaeerfte Konkurrenzbedingungen auf nationalen und internationalen Maerkten die Betriebe auch verstaeckt dazu veranlasst, Einsparueberlegungen hinsichtlich ihres Ausbildungsangebotes anzustellen. Dabei duerften vor allem teure, in vielen Faellen besonders qualifizierte Ausbildungsplaetze verloren gegangen sein. Hingegen erscheinen jene Lehrstellen weniger gefaehrdet, wo der direkte produktive Einsatz des Lehrlings gewaehrleistet ist und die vermittelten Fertigkeiten die unmittelbaren Betriebserfordernisse kaum uebersteigen. Im Zuge rezessiver Entwicklungen nimmt offenbar nicht nur die Ausbildungsquantitaet, sondern auch die Ausbildungsqualitaet des dualen Systems ab. Gerade aber die nur ungenuegend ausgebildeten Absolventen des dualen Ausbildungssystems sind beim Uebergang in das regulaere Beschaeftigungssystem in hohem Masse von Arbeitslosigkeit bedroht.

Die Jugendarbeitslosigkeit wird aufgrund des geringeren Wirtschaftswachstums und im Zuge der Rationalisierung und Automatisierung weiter ansteigen. So verschwinden durch die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung nicht nur besonders viele Arbeitsplaetze fuer ungelernte und angelernte Arbeitskraefte, sondern damit auch die "Anfaengerarbeitsplaetze". Aufgrund der raschen technischen Entwicklung nehmen die Anforderungen, die an die beruflichen Fertigkeiten und an die beruflichen Kenntnisse gestellt werden staendig zu. Insbesondere Arbeitsplaetze fuer ungelernte und angelernte Hilfskraefte nehmen an Zahl ab, oft waren dies aber die typischen Anfaengerarbeitsplaetze.

Die uebrigbleibenden Arbeitsplaetze stellen zum Teil hohe Anforderungen an die berufliche Qualifikation und/oder sie verlangen eine hohes Mass an Verantwortungsbewusstsein, Bestaendigkeit, Zuverlaessigkeit; dies kann von jugendlichen Schulabgaengern zum Teil noch nicht erfüllt werden.

In den meisten OECD-Laendern sind doppelt so viele Jugendliche als Erwachsene arbeitslos. In Laender, wo ein duales Bildungssystem existiert, ist die Jugendarbeitslosigkeit meist nur halb so hoch als in vergleichbaren Laendern. Einerseits kann die Lehre bei den 15- bis 19jaehrigen einen Uebergang in die Arbeitswelt weitgehend sicherstellen, andererseits werden am Arbeitsmarkt Lehrabsolventen aufgrund ihrer Arbeitserfahrung oft Schulabsolventen vergleichbarer Berufsrichtungen vorgezogen.

Im Rahmen der im Arbeitsmarktfoerderungsgesetz (AMFG) 1969 ge-

Zahl der Lehrplaetze schrumpft rascher als Zahl der Arbeitsplaetze

Technische Entwicklung kostet Arbeitsplaetze für Jugendliche

Steigende Anforderungen

regelten aktiven Arbeitsmarktpolitik gibt es traditionell eine Reihe von Massnahmen, die speziell auf Jugendliche ausgerichtet waren. In den letzten Jahren wurde der vorhandene Massnahmenkatalog in Anbetracht der steigenden Jugendarbeitslosigkeit weiter ausgebaut und in sogenannten arbeitsmarktpolitischen Jugendprogrammen zusammengefasst. Die Jugendprogramme gelten zumeist nur befristet auf ein Jahr und werden dann angesichts der raschen Veränderung der Problemlage am Arbeitsmarkt neu strukturiert.

In diesem Zusammenhang muss ein konkretes Sozialprojekt zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher besonders hervorgehoben werden: Das sogenannte WUK-Renovierungsprojekt für jugendliche Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Zu dessen Zielsetzungen gehören: Anlernen von Mädchen in nicht-traditionellen Berufen (sogenannten Männerberufen)

Integration von jugendlichen Ausländern der zweiten Generation in Berufsausbildung;

Anrechenbarkeit des Kurses auf die Lehrzeit;

permanente Begleitung durch sozialtherapeutische/sozial-pädagogische Massnahmen;

spezifische Motivationseinheiten (Phasen);

Möglichkeit, dass Jugendliche im Rotationsprinzip in drei verschiedenen Berufen (Maler, Maurer, Tischler) angelernt werden;

Suche nach alternativen Arbeitsstellen (neben den herkömmlichen).

Dieser integrierte Projektansatz bei diesem Modellversuch, bei welchem Elemente von Forschung, Arbeitserprobung und Berufsqualifikation verbunden wurden, stellte sehr hohe Anforderungen an alle daran Beteiligten aber erst durch die Bewältigung der damit verbundenen Schwierigkeiten und Krisen wurde die gemeinsame sozialpolitische Zielsetzung deutlich. Für zukünftige Massnahmen darf dieser differenzierte Projektansatz nicht verloren gehen und muss stärkere Beachtung finden; die bisherige Erfahrung gibt diesem Modellversuch recht.

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass Arbeitslosigkeit insbesondere auch für Jugendliche eine Gesundheitsrisiko grossen Masses darstellt. Dies kann nur unzureichend durch pädagogische, kompensatorische Massnahmen aufgefangen werden. Deshalb sind alle Bemühungen zu unterstützen, für Jugendliche akzeptable Arbeitsplätze zu schaffen, sie müssen zum zentralen Anliegen der Jugendpolitik werden. Die vom Jugendlichen zu leistende Arbeit muss von ihm selbst als nützlich empfunden werden und außerdem gesellschaftlich anerkannt sein.

Maßnahmen
der Arbeits-
marktpolitik

Beispiel-
haftes
Arbeitslosen-
förderungs-
projekt

SEXUALITAET - PARTNERSCHAFT - FAMILIE

In Oesterreich fehlt es an neueren repraesentativen und aussagekraeftigen Studien zu den gegenstaendlichen Fragestellungen. Aus dem Wenigen, was existiert, lassen sich freilich einige wichtige Feststellungen treffen.

Jugendliche sind im allgemeinen nicht bestrebt eine zu fruehe fixe Partnerschaft einzugehen. Das Leben wird - besonders von den Maedchen - gerne nach einem "Drei-Phasen-Modell" geplant. Zuerst Absolvierung der Berufsausbildung, dann eventuell in den Beruf einsteigen, den Beruf unterbrechen, um Kinder zu bekommen, fuer sie da zu sein, danach wieder in den Beruf - halbtags - einsteigen.

Die meisten jungen Menschen planen fuer die Zukunft eine feste Partnerschaft, wobei die Ehe fuer mehr als drei Viertel der Jugendlichen die zukuenftige Form ihrer Beziehung darstellt. Vorstellungen und Wuensche fuer eine zukuenftige Partnerschaft sind vom Beduerfnis nach Ausgeglichenheit zwischen Naehe und Abstand gekennzeichnet. Selbststaendigkeit ist ebenso wichtig wie Geborgenheit; nicht zu sehr aneinanderzuklammern, sich gegenseitig Luft zu lassen, das brauchen sie ebenso wie das Zusammenruecken, das Fuer-einander-Dasein, wenn es noetig ist. Sie wollen sich nicht eingehen lassen aber auch nicht die freie Beziehung. Ueber allem steht das miteinander Reden, das dem-anderen-zuhoren-Koennen und der Anspruch auf totale Ehrlichkeit und Klarheit, etwas worauf sie sich verlassen koennen - in einer Welt der Unsicherheit, Unklarheit und Doppelbotschaften soll die Beziehung etwas bieten was sie sonst nicht erhalten. Dies ueberfordert Beziehungen aber haeufig.

Die Veraenderung der Beziehungsformen zwischen Maennern und Frauen drueckt sich auch darin aus, dass die Ehe in der Ansicht der Jugendlichen ihren Charakter als einzige, gesellschaftlich akzeptierte Form des Zusammenlebens verloren hat. Der Zwang Identitaet aus einer Ehe zu definieren ist - v.a. fuer weibliche Jugendliche - geringer geworden.

Die scheinbare sexuelle Liberalisierung hat es mit sich gebracht, dass Sexualitaet zu einem Thema geworden ist, das offener angesprochen wird. Man kann ueber alles reden, das Sexualwissen ueber den Geschlechtsverkehr ist gross, nicht jedoch das Wissen ueber Befruchtung und Schwangerschaft. Die Verhuetungsmassnahmen von Jugendlichen sind nachlaessig und wenig von Verantwortung getragen. Aufklaerung heisst oft nicht mehr, als ueber technische Ablaeufe informiert zu werden. In den Gespraechen bleiben in den meisten Faellen auch Lust, Koerperlichkeit, Sinnlichkeit und Befriedigung, verschiedene Spielformen und zaertliches Praktizieren in Beziehungen - wesentliche Komponenten der Sexualitaet - ausgespart, sodass Jugendliche zwar in Teilen wissensmaessig aufgeklaert sind, ihre ersten sexuellen Erfahrungen jedoch weiterhin in einem "Doppelblindversuch" ohne sinnliche Vorstellung davon, was geschieht, machen muessen.

Keine zu
fruehe Bindung

Ehe als an-
spruchsvoles,
aber nicht
ausschließ-
liches
Beziehungs-
ideal

Sexualwissen
lückenhaft

Gemeinsame Interessen, die eigene abgeschlossene Berufsausbildung, ein ausreichendes eigenes Einkommen und eine entsprechende Wohnmoeglichkeit sind fuer Jugendliche die wesentlichsten Ehevoraussetzungen. Maedchen halten ihre eigene Berufsausbildung fuer weniger wichtig als Burschen die ihre. Mehr Maedchen halten die Berufsausbildung des Partners fuer eine wichtige Ehevoraussetzung als Burschen dies von der Berufsausbildung der Partnerin tun.

Der Wunsch nach Kindern in einer zukuenftigen eigenen Familie ist deutlich ausgepraegt: Nur sehr wenige Jugendliche streben Kinderlosigkeit an. Die Mehrzahl der Jugendlichen wuenscht sich Kinder, zumeist werden zwei Kinder angegeben. Blos ein Kind wird relativ selten angestrebt, seltener jedenfalls als drei Kinder. Mehr als drei Kinder wuenschen sich wiederum nur eine kleine Minderheit. Zwei Kinder sind die Idealvorstellung, kinderreiche Familien sind fuer Jugendliche kein erstrebenswertes Ziel. Die Vorstellungen von der idealen Kinderzahl spiegeln das zur Zeit vorherrschende Reproduktionsmuster in unserer Gesellschaft wider: Die durchschnittliche Kinderzahl liegt in Oesterreich bei 2,38.

Beziehung und
Partnerschaft:
Unterschiede
Burschen und
Maedchen

Zumeist zwei
Kinder
gewuenscht

W O H N E N

Betrachtet man die Wohnformen junger Menschen und vergleicht gegenwaertige mit jenen zu Beginn der 70er Jahre, laesst sich eine leichte Tendenz zum Verbleiben im elterlichen Haushalt erkennen. 1981 lebten 92,6 % der 15- bis 19jaehrigen im elterlichen Haushalt (1971 waren 87,7 %), 58,7 % der 20- bis 24jaehrigen (1971: 51,0 %) und 25,1 % der 25- bis 29jaehrigen (1971: 22,8 %).

Auffallend ist auch, dass es bei den 25- bis 29jaehrigen keineswegs zu einer Zunahme der "vollerwachsenen" Wohnformen gekommen ist: 72 % von ihnen lebten 1981 im Gegensatz zu 73,1 % (1971) als Haushaltsvorstand oder in einem Einzel- oder Mehrpersonenhaushalt.

Von den 15- bis 19jaehrigen weiblichen Jugendlichen lebten 1971 rund 80 % bei den Eltern. 1981 waren es aber bereits 87 %. Bei den maennlichen Jugendlichen stieg dieser Wert von 88 % auf 91 %. Dies kann als Folge unguenstigerer Arbeitsmarktchancen fuer weibliche Jugendliche gesehen werden. Die Chancen einen eigenen Haushalt zu gruenden, also selbststaendig zu wohnen, sind regional unterschiedlich gross. Als Erklaerungen dafuer kommen das unterschiedliche Wohnraumangebot, arbeitsmarktpolitische und oekonomische Gegebenheiten in Betracht.

Die Abloesung vom elterlichen Haushalt erfolgt im staedtischen Bereich wesentlich frueher und haeufiger als in laendlichen Gebieten. Bei den 20- bis 24jaehrigen verfuegt bereits knapp die Haelfte der Jugendlichen in Staedten ueber selbststaendige Wohnformen, bei den gleichaltrigen Jugendlichen in laendlichen Gebieten sind es halb so viele.

Maennliche Jugendliche verbleiben weiters laenger im elterlichen Haushalt als Frauen. Von den 20- bis 24jaehrigen Frauen lebten 1981 42 % im elterlichen Haushalt. Bei den gleichaltrigen Maennern waren es 65 %. Dies ist freilich als Folge des geschlechtsspezifischen Heiratsverhaltens und der fuer Maenner noch ueblicherweise laengeren Ausbildungszeit zu sehen.

Vereinfacht ausgedrueckt ist eine Verlangsamung des Abloesungsprozesses von den Eltern und der Verselbststaendigung der Jugendlichen in materiell-oekonomischer Hinsicht und in bezug auf die Wohnsituation eingetreten. Jugendliche verbleiben mit hoherer Wahrscheinlichkeit im elterlichen Haushalt und sind bei einer eigenstaendigen Haushaltsgruendung, bedingt durch die unguenstigen Wohnmarktkonditionen, in hohem Masse auf elterliche Unterstuetzung angewiesen. Jugendliche, die bereits selbststaendig wohnen, weisen deutliche Merkmale eines Statusverlustes auf, indem sie nicht nur in relativ schlechten Wohnverhaeltnissen leben, sondern auch eine sehr hohe Wohnkostenbelastung in Relation zu ihrem Einkommen in Kauf nehmen muessen. Gleichzeitig haben sich Wohnformen etabliert (Wohngemeinschaften), die eine kollektive Problemloesungsstrategie von Jugendlichen zur Wohnversorgung darstellen und auch als kostenguenstige (neben anderen Gruenden) Uebergangsform bis zur endgueltigen Haushaltsgruendung bezeichnet werden koennen.

Mehr Jugendliche wohnen wieder bei Eltern

In Städten raschere Trennung vom Elternhaus

Männer wohnen länger zu Hause

Selbständiges Wohnen Ju-
gendlicher:
Elterliche
Unterstützung,
hohe Bela-
stung, un-
günstiges
Wohnen

Trotzdem muss von einer nach wie vor bestehenden Wohnraumnot fuer Jugendliche ausgegangen werden. Angemessener und erschwinglicher Wohnraum ist nicht in ausreichendem Masse verfuegbar. Hausbesitzeraktivitaeten, von denen jedoch Oesterreich in groesserem Umfang verschont geblieben ist, koennen als die Spitze des Eisberges einer breiten Unzufriedenheit vieler Jugendlicher mit der Wohnraumversorgung angesehen werden. Eine politisch wichtige Funktion wurde von den wenigen aktiven Jugendlichen jedoch erfüllt, da erst seit diesem Zeitpunkt eine intensive Beschaeftigung mit diesem Problem erfolgt ist.

Welche Massnahmen wurden also bisher gesetzt, um die Wohnbedingungen der Jugendlichen zu verbessern?

- Grundsätzlich muss im Bereich des Wohnungswesens zwischen Objekt- und Subjektförderung unterschieden werden, wobei Jugendliche indirekt viel stärker von Objektförderungsmassnahmen "profitiert" haben.

- Unbestritten haben grosszügigere Förderungsbestimmungen in Bezug auf die Wohnungsgroessen beim Neubau als auch bei der Althausanierung dazu geführt, dass deutlich mehr Jugendliche als früher im elterlichen Haushalt über ein eigenes Kinderzimmer verfügen können.

- Ebenso muss die Förderungstaetigkeit im Bereich des Neubaus von Heimen für Schueler, Lehrlinge und Studenten anerkannt werden. Diese Massnahmen sind aus bildungspolitischen Notwendigkeiten entsprungen, haben aber durch die stark steigende Bildungsbeteiligung der geburtsstarken Jahrgänge der letzten Jahre nur zu einem gleichbleibenden Versorgungsgrad geführt. Es konnte keine prozentuelle Erhöhung des Anteils von Jugendlichen in der Heimunterbringung erzielt werden.

- Speziell im Heimbau wurde zu wenig auf die Bedürfnisse der Jugendlichen Rücksicht genommen. Heimbauten orientierten sich viel stärker an einem Hotelkonzept, was sich sowohl in der architektonischen Gestaltung niedergeschlagen hat, als auch bei der rechtlichen Regelung des Mietverhältnisses (befristete Vermietung, Aussiedlung während der Hotelnutzung).

- Die Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes und die verschiedensten Bauordnungen in den Laendern orientieren sich bei der Förderung von Heimbauten an einem traditionellen Heimkonzept. Grundsätzlich wäre die Förderung größerer Wohneinheiten (über 130 m²), die eine Wohngemeinschaftsnutzung möglich machen, dennoch gegeben. Die jüngst erfolgte Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes hat diesen Spielraum noch erweitert, sodass im Rahmen des "Heimbaus" verschiedene kollektive Wohnformen realisiert werden können. Im wesentlichen stehen aber dem die Intentionen der Heimträgerorganisationen entgegen. Gelungene Beispiele einer Heim-Dezentralisierung existieren zwar, doch bleiben sie zumeist auf die Anmietung von wenigen Grosswohnungen über den privaten Wohnungsmarkt durch einzelne Trägervereine beschränkt.

Wohnraum-
mangel

Mehr Kinder-
zimmer

Mehr Wohn-
heime für
Jugendliche

Kritik an
Heimbauten

Wohnbauförderung

- Anstelle eines allgemeinen "Jugendwohnheimgesetzes" ist mit 1. September 1986 das Studentenheimgesetz in Kraft getreten. Es regelt die Rechtsverhaeltnisse, die sich aus der Vergabe von Heimplaetzen durch die Studienheimtraeger an Studenten ergeben. Die bisher bestehende Rechtsunsicherheit wurde durch die Verbindlichkeit eines Benuetzungsvertrages, Bestimmungen ueber das Benuetzungsentgelt und eine Fixierung des Mitspracherechtes der Heimvertretung in wichtigen Fragen ein wenig gemildert. Problematisch bleibt jedoch, dass Lehrlings- und Jungarbeiterheime von dieser gesetzlichen Regelung ausgenommen sind. Studenten-heimgesetz

- Im neuen Mietrechtsgesetz konnte eine Einbeziehung des Wohnraumes in Heimen nicht erreicht werden. Stattdessen wurden jugendspezifische, befristete Ausbildungsmietvertraege fuer Schueler, Lehrlinge und Studenten bis zum 27. Lebensjahr eingefuehrt, die als Anreiz fuer Hausbesitzer zur Vermietung an diese Nutzergruppen gedacht waren. Inwieweit diese "Studentenmietvertraege" zu einer Vergroesserung des Wohnungsangebotes fuer Jugendliche gefuehrt hat, kann nicht beurteilt werden. Mietrechts- gesetz

- Wohngemeinschaften sind auf den privaten Alt-Wohnungsmarkt angewiesen, wobei das relativ kleine Angebot an Grosswohnungen einer staerkeren Verbreitung dieser Wohnform entgegen steht. Zudem sind jene Wohnungswerber mit grossen Vorurteilen von seiten der Vermieter konfrontiert. Speziell hier kommen oftmals jene "Studentenmietvertraege" zum Tragen, die eine befristete Vermietung moeglich machen. Barrieren im Mietrechtsgesetz (Hauptmietvertraege mit mehreren Personen, Eintrittsrecht und Mietnachfolge, Ausschluss von Ueberbelag, etc.) erschweren weiters die Situation von Wohngemeinschaften. Vorurteile gegen Wohn- gemein- schaften

- Subjektfoerderungsmassnahmen in Form finanzieller Unterstuetzungen (Wohnbeihilfe, Mietzinsbeihilfen, Eigenmittlersatzdarlehen, etc.) sind altersunspezifische Massnahmen. Sie orientieren sich an dem Haushaltseinkommen, der Familiensituation (Kinderzahl), der gefoerdernten Wohnflaeche und an dem zumutbaren Wohnungsaufwand. Sie sind zur Unterstuetzung einkommensschwacher Bevoelkerungsgruppen bei der Neuerrichtung von Wohnraum gedacht (Wohnbaufoerderung) und fuehren nur in seltenen Faellen zu einer finanziellen Entlastung der Jugendlichen und Jungerwachsenen. Subjekt- foerderung erreicht kaum Jugendliche

- Eine Vielzahl von bestehenden Foerderungsmassnahmen seitens der Laender (Foerderung von Hausstandsgruendungen etc.) sind oftmals nur auf jung verheiratete Ehepaare abgestellt. Ebenso ist die steuerliche Absetzbarkeit von Sonderausgaben nur fuer Erwerbsttaetige von Bedeutung. Jene Massnahmen greifen erst fuer einen nennenswerten Anteil der Jungerwachsenen ab dem 25. Lebensjahr. Junge Ehe- paare und Erwerbstae tige bevorzugt

- Wohnkostenzuschuesse nach laenderspezifischen Arbeitnehmerfoerderungsgesetzen (insbesondere fuer Lehrlinge in Heimen) werden ebenso gewaehrt. Subventionierungen von Heimtaeagerorganisationen durch das Bundesministerium fuer Wissenschaft und Forschung bzw. durch das Bundesministerium fuer Unterricht und Kunst und der einzelnen Landesregierungen koennen ebenfalls als indirekte Wohnkostenzuschuesse bezeichnet werden. So wurden allein fuer den

Bau, den Betrieb und die Erhaltung von Studentenheimen in Oesterreich den Heimtraegerorganisationen im Zeitraum von 1968 bis 1978 ca. 1,1 Milliarden Schillingen aus oeffentlichen Geldern zugeschossen.

- Die einzige jugendspezifische Massnahme zur Erlangung eines relativ kostenguenstigen Wohnraumes ist das sogenannte Startwohnungsgesetz. Voraussetzung fuer den Erhalt einer Startwohnung, die zwischen 30 m² und 90 m² gross sein darf und in einem Haus, das vor 1945 errichtet wurde, ist ein Alter des Startwohnungswerbers unter 30 Jahren. Startwohnungsmieter muessten aber entweder verheiratet sein oder als Lebensgefaehrten zusammenleben. Im letzteren Fall muss einem von beiden die Pflege und Erziehung mindestens eines Kindes obliegen. Aber auch Alleinstehende mit Kind kommen fuer eine Startwohnung in Betracht. Weiters muss ein Wohnungsbedarf und eine Einkommenshoechstgrenze vorhanden sein. Die Mietdauer betraegt maximal 5 Jahre, die Mietkosten orientieren sich an den Mietzinsobergrenzen des Mietrechtsgesetzes. Entscheidend ist aber, dass vergleichbar zur Wohnbeihilfe im gefoerdererten Wohnbau, eine finanzielle Beihilfe (Starthilfe) gewaehrt werden kann, die sich am Jahreseinkommen der Mieter orientiert.

So begruessenswert dieses Startwohnungsgesetz fuer den Bereich des Altwohnungsbestandes auch sein mag, so beschraenkt es sich doch auf eine sehr eng gezogene Foerderung konservativer Wohnvorstellungen fuer Jungfamilien mit dem Aspekt des Eintritts in den Neubauwohnungsmarkt. Der Ausschluss kollektiver Wohnformen aus dem Foerderungsbereich wurde bereits oft genug kritisiert.

Das geringe Interesse Jugendlicher an Startwohnungen zeigt die grundsaetzliche Diskrepanz zwischen Wohnungsnachfrage und -angebot. In den spaeten 80er und fruehen 90er Jahren wird dies noch schaerfer hervortreten. Viele junge Wohnungswerber werden einem zu geringen Wohnungsangebot gegenueberstehen.

Ausserdem wird durch Leerstehen und Horten von Wohnraum, durch hohe Abloesezahlungen und im Bereich des Neubaus durch staendig steigende Wohnbaukosten eine weitere Verknappung auf dem Markt eintreten. Unter diesem Licht erscheint es nicht weiter verwunderlich, dass die Mehrheit der Jugendlichen mit der Wohnungspolitik der Gemeinden, Laender und der Bundesregierung sehr unzufrieden ist. Aehnlich schlecht wird auch das Verstaendnis der oeffentlichen Stellen fuer die Wohnungsprobleme der Jugendlichen eingeschaetzt. Am haeufigsten wird kritisiert, dass von oeffentlichen Stellen zuwenig bei der Beratung der Wohnungssuchenden und bei finanziellen Unterstuetzungen bei hohen Mieten getan wird. Erst dann folgt die Kritik am Wohnungsbau durch die Gemeinden, an der Foerderung der Althaussanierung und der Schaffung von Startwohnungen.

Im Vergleich zu anderen Bevoelkerungsgruppen faellt diese Kritik recht deutlich aus, da Jugendliche am staerksten von den Haerten des Wohnungsmarktes betroffen sind. Die Struktur des Wohnungswesens laesst jedoch eine Verbesserung der Situation fuer Jugendliche durch den - auch international gesehen - recht hohen Anteil

Start-
wohnungen:
rigide Be-
stimmungen
und geringe
Nachfrage

Einige Ur-
sachen des
Wohnraum-
mangels

Jugendliche
hilflos

an privaten Mietwohnungen mittels oeffentlicher Massnahmen nur sehr schwer zu. Staatliche Eingriffe in den privaten Wohnungsmarkt (Wohnungsanforderung, Besteuerung leerstehender Wohnungen, zentrale Wohnungsvermittlung, etc.) sind politisch nicht konsensfaehig. Die Wohnungssuche und -findung wird durch privatwirtschaftlich organisierte Institutionen reguliert und Beschwerden ueber Unregelmaessigkeiten bei Wohnungsmaklern und Realitaetenbueros sind an der Tagesordnung. Jugendliche (aber nicht nur diese) sind diesen Mechanismen zumeist hilflos ausgesetzt. Analog zum "Protektionismus" bei der Arbeitsplatzfindung ist ein Zugang ueber informelle Kanäle bei der Wohnungssuche (Verwandte, Freunde, etc.) längst schon die Regel gewesen und wird immer wichtiger werden.

Die grundsätzliche Problematik besteht darin, ob Sonder- und Ausnahmeregelungen fuer Jugendliche, die zum Teil ja schon existieren, ausgeweitet werden sollen. Foerderungen und legistische Massnahmen muessen in naechster Zeit auf jeden Fall so gesetzt werden, dass die nach wie vor bestehende Ungleichheit bei der Wohnraumversorgung minimiert wird.

Mehr Kosten-gerechtig-keit er-forderlich

- Zielrichtung kann und soll eine generelle Angleichung der Wohnungskostenbelastung im Verhaeltnis zum Haushaltseinkommen fuer alle Bevoelkerungsgruppen gleichermassen sein. Indirekt bedeutet dies aber eine intensive Foerderung jugendlicher Bevoelkerungsgruppen, vor allem aber von Jungfamilien.

Unterschied-lichen Wohnwünschen entsprechen

- Ein weiterer Schwerpunkt sollte auch die Foerderung von Uebergangswohnformen, Wohngemeinschaften und Formen, die nicht auf Familien- und Eigentumsbildung abgestellt sind, gelegt werden. Speziell hier wird es Aufgabe der Gebietskoerperschaften sein muessen, entsprechenden Wohnraum zu erschwinglichen Konditionen zur Verfuegung zu stellen.

Reduzierung traditionellen Heimbaus

- Grundsätzlich sollte der Heimbau in der traditionellen Weise drastisch reduziert werden. Im Hinblick auf die sinkenden Geburtenjahrgaenge stellen monofunktionale Heimbauten genau genommen eine Fehlinvestition dar. Eine Dezentralisierung von Heimstrukturen durch die Anmietung von Wohnungen in allen Groessen muss forciert werden.

Förderung der Hausinstand-setzung

- Ebenso muss die Eigeninitiative von jugendlichen Hausinstandsetzungsgruppen gewuerdig und gefoerdert werden. Anstatt einer ueberzogenen Althaus-Sanierungsstrategie, die auf besten Standard und hoechsten Komfort abgestellt ist, sollten Althaeuser von Jugendlichen mit einem definierten Minimalstandard saniert werden koennen. Vereinzelte Beispiele in Wien moegen dafuer als richtungsweisend gelten.

- Ohne grossen Aufwand koennten Hilfeleistungen bei der Wohnungssuche und der Adaptierung bzw. Einrichtung von Wohnraum von den Gebietskoerperschaften oder Interessensvertretungen fuer Jugendliche zur Verfuegung gestellt werden. Spezielle Wohnungsvermittlungsstellen (analog der Oesterreichischen Hochschuelerschaft), Hilfestellungen bei Finanzierungen (analog dem Eigen-

mittlersatzdarlehen im gefoerderten Wohnbau) und Einrichtungspools (Wiederverwendung gebrauchter Einrichtungs- und Haushaltsgegenstaende) sind dabei denkbar.

Eine umfassende Loesung der Wohnprobleme von Jugendlichen kann sicher damit nicht erzielt werden, aber in Anbetracht der Dringlichkeit des Problems waeren Massnahmen notwendig, die ueber den derzeit existierenden Rahmen hinausgehen. Sollten jedoch politische Entscheidungstraeger der Auffassung sein, es handle sich dabei um individuelle Probleme, die im wesentlichen von der Herkunftsfamilie und dem Verwandtschaftssystem geloest werden muessen, so kann genau genommen alles beim alten bleiben.

G E S U N D H E I T

Die Gesundheitssituation der Jugendlichen kann im grossen und ganzen als zufriedenstellend gelten, d.h. die Zahl schwerer Gesundheitsstörungen ist als gering anzusehen, hingegen verdienen einige pathologische Befunde als Indikatoren von Gesundheitsbeeinträchtigungen Aufmerksamkeit.

Die Erkrankungshäufigkeit variiert mit dem Alter: Bei den 5- bis unter 10jaehrigen Kindern waren im Jahr 1983 42,2 % nie krank, bei den 10- bis 15jaehrigen 55,7 % und bei den Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren waren 58,1 % nie krank. Bei den Erkrankungsarten zeigt sich, dass Erkältungs-krankheiten wie Grippe, Angina und Bronchitis die bei weitem am häufigsten Erkrankungen darstellen.

Aus den Ergebnissen der schulaerztlichen Gesundenuntersuchungen geht hervor, dass zu Schulbeginn lediglich ein Drittel aller untersuchten Schueler gesunde Zahne aufweist und der Kariesbefall in der ersten Schulstufe mit 26 % am höchsten ist, sich aber in der 12. Schulstufe bis auf 3 % absenkt.

Der Bewegungs- und Stützapparat weist sowohl bei Schuelern aller Schulstufen als auch bei jugendlichen Arbeitnehmern und bei Stellungspflichtigen eine hohe Zahl pathologischer Befunde auf: 20,4 % aller Schueler in der 12. Schulstufe haben eine Fehlform der Wirbelsaeule oder des Brustkorbes, 23,5 % der 15- bis 19jaehrigen Arbeitnehmer weisen eine Fehlform im Bereich der Beine und Füsse auf und bei den Stellungspflichtigen treten bei ca. 10 % Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes auf.

Der Gesundheitszustand der jungen Menschen wird auch durch Luftscha-dstoffe angegriffen. Die Auswirkungen städtischer Luftverunreinigungen auf den Respirationstrakt bei Kindern wurden an einigen neueren Studien aufgezeigt. In luftbelasteten Regionen liess sich eine signifikante Korrelation zwischen Luftscha-dstoffen und Atemwegserkrankungen der Volksschulkinder nachweisen.

Die Häufigkeit von Verhaltensstörungen im Kindes- und Jugendalter in der Bevölkerung variiert zwischen 20 und 25 %, wobei eine therapeutische Intervention für 5 bis 10 % angenommen wird. Ungünstige soziale Faktoren können das Risiko für Verhaltensstörungen noch erhöhen. So liegt in der Qualität und im Umfang sozialer Unterstützung, die der einzelne durch soziale Bindungen erhält, eine notwendige Voraussetzung für die psychische und physische Gesundheit.

Zur Erhöhung des Effektes der Gesundheitsvorsorge im Jugendalter scheint es angebracht, genaue Bedingungsanalysen des Lebensraumes Jugendlicher vorzunehmen. Unterstützende Gesundheitserziehung verfolgt das Ziel, die Selbstverantwortlichkeit Jugendlicher für die eigene Gesundheit zu erhöhen. Schule, Eltern und Gleichaltrigen kommen besondere Bedeutung bei diesen Massnahmen zu.

Im großen und ganzen: zufriedenstellend

Erkrankungshäufigkeit

Zähne

Bewegungs- und Stützapparat

Luftscha-dstoffe

Verhaltensstörungen

Gesundheitsvorsorge

Es besteht ein Bruch zwischen koerperlich-sexueller und sozial-oekonomischer Reife in den industrialisierten Staaten. Dieser Bruch verursacht fuer Jugendliche eine Reihe sozialer Konflikte. Die traditionellen sozialen Institutionen sind nicht in der Lage, diese Konflikte umfassend und vollstaendig zu loesen. Diese ihre Unfaehigkeit zur Loesung sozial-politischer Konflikte hat zu einem Vertrauensverlust bei den Jugendlichen gefuehrt, der fuer die Entwicklung von Entfremdungsgefühlen verantwortlich gemacht werden kann. In diesem Zusammenhang ist eine steigende Tendenz zu beobachten, ueber Risikoverhalten (das gesundheitsfaehrend ist) auf individueller Ebenen die Konflikte zu verdraengen. Ein zunehmend groesserer Teil von Jugendlichen akzeptiert die traditionellen Institutionen nicht mehr und strebt deshalb nach nicht-institutionalisierten Lebensformen.

Ein sozialer Gesundheitsbegriff beinhaltet ein Abruecken von individualisierten, medikalisierten Mustern der Gesundheitserziehung und die Hinwendung zur Zurueckgewinnung der sozialen und gesundheitlichen Kompetenz von Individuen und Gruppen. In diesem Sinn empfiehlt sich eine Umorientierung gesundheitserzieherischen Handelns auf sinnliche und spielerische Dimensionen hin. Anstelle einer verselbststaendigten Hygienetradition sollen Methoden von Selbstreflexion und Koerperumgang entwickelt werden; z.B. durch gemeinsames Erleben von Eltern und Kindern, Jugendlichen verschiedener Altersgruppen. Diskussion- und Selbsterfahrungsgruppen in der Schule und am Arbeitsplatz.

Gesundheitsfoerderungsstrategien fuer Jugendliche und junge Erwachsene beiderlei Geschlechts sollen sich auf die Entwicklung und Unterstuettung von flexiblen, offenen Raeumen fuer den sozialen Dialog und fuer soziale Interaktion konzentrieren. Gesundheitsfoerderung soll Angebote und Optionen entwickeln - insbesondere fuer die weniger institutionalisierten Lebensformen -, indem innovative Ansaeze und Methoden verwendet werden (problemorientiert, nicht-buerokratisch, geschlechtsspezifisch, betroffenen-nah). In diesem Zusammenhang sollte die Gesundheitsfoerdeung neue Wege und Methoden fuer die Gesundheitserziehung prae-adoleszenter Jugendlicher entwickeln und die Einrichtung sozialer Netzwerke und Beratungsstellen forcieren. Die Gesundheitsfoerderung soll den Gebrauch traditioneller Institutionen und sozialer Netzwerke ueberdenken, um sie fuer Jugendliche effektiver und attraktiver zu gestalten.

Entfremdungs-
geföhle

Risiko-
verhalten

Umorientierung
gesundheits-
erzieheri-
schen
Handelns

Gesundheits-
förderung

B E H I N D E R U N G

Bei jedem sechsten 15- bis 24jaehrigen sind wegen einer koerperlichen Behinderung die Leistungsfaehigkeit und die Lebenschancen auf kuerzere oder laengere Zeit beeintraechtigt. Es ueberwiegen Bewegungsbehinderungen, gefolgt von schwersten Seh- und Hoerbehinderungen.

Der Lebenssituation und den Zukunftsperspektiven behinderter Jugendlicher und junger Menschen sowie den Belastungen und Sorgen ihrer Angehoerigen wird derzeit in Oesterreich mehr Beachtung geschenkt als noch vor wenigen Jahren. Oeffentliches Interesse, Forschungsinitiativen und Praxismodelle beziehen sich hauptsaechlich auf die Schwierigkeiten der beruflichen Eingliederung, bei der behinderte Menschen aufgrund schlechterer Ausbildungsqualifikation und teilweise verminderter Leistungsfaehigkeit gegenuer Gleichtaltrigen besonders benachteiligt sind. Schwer- und schwerstbehinderte (zumeist geistig und mehrfachbehinderte) sowie weibliche und auslaendische Jugendliche, die in strukturschwachen laendlichen Regionen leben, haben die geringsten Chancen, jemals ins Berufsleben einzusteigen und ein weitgehend selbstaendiges Erwachsenenleben zu fuehren.

Der Kreis sozial benachteiligter behinderter junger Menschen wird durch die arbeitsmarktpolitisch bedingte progressive Ausweitung des Behindertenbegriffs laufend groesser. Leistungsschwache oder sozial fehlangepasste Nichtbehinderte (meist Abgaenger der ASO bzw. HS 3. Leistungsstufe) werden vermehrt in den Behindertenbereich gedraengt, wodurch Massnahmen, die urspruenglich nur fuer schwer- und schwerstbehinderte Jugendliche gedacht waren, diesen nicht mehr in ausreichendem Masse zur Verfuegung stehen. Diese Tendenz einer "nach oben" orientierten Integration in Sondereinrichtungen mit gleichzeitiger Verdraengung schwerer behinderter Jugendlicher "nach unten" widerspricht dem internationalen Integrationsgedanken "Volle Beteiligung und Gleichheit", zu dem sich im "Internationalen Jahr der Behinderten" 1981 Oesterreich vollinhaltlich bekannt hat.

Danach ist Behinderung nicht allein schadensdiagnostisch, auf sicht- und messbare Defekte und Maengel sowie nach dem Grad der eingeschraenkten Leistungs- und Erwerbsfaehigkeit zu definieren, sondern als soziale Benachteiligung in wichtigen Lebensbereichen und als relativ, das heisst stark abhaengig von den jeweiligen kulturellen und oekonomischen Bedingungen, zu verstehen. Integration muss deshalb bemueht sein, Aussonderung und soziale Isolierung bereits im Kindesalter durch die Foerderung sozialintegrativer Bestrebungen zu verhindern, wofuer es in Oesterreich bereits erfolgreiche Modellbeispiele gibt. Als unteilbares Prinzip der Erreichung einer Gesellschaft ohne Aussonderung umfasst die Integration alle Lebensbereiche und ist darauf ausgerichtet, auch schwerstbehinderten Menschen normalisierte Entwicklungs- und Lebensbedingungen zu ermoeglichen.

Neben kompensatorischen Massnahmen in Ausbildung und Beruf be-

Erschwerter Berufsein-
stieg für schwerbe-
hinderte weibliche
Jugendliche

Verdrängung behinderter Jugendlicher aus Förder-
einrichtungen

Soziale Ausschliebung ausgleichen

deutet "Normalisierung" auch, behinderten jungen Erwachsenen Alternativen zum Wohnen im Familienverband, zur Anstalt oder zum Heim anzubieten, um ihrem Wunsch nach selbststaendiger Lebensfuehrung zu entsprechen und die Angehoerigen zu entlasten. Besonders im staedtischen Raum gibt es bereits Beispiele gemeinwesenintegrierter kleiner Wohngemeinschaften und Einzelwohnungen mit fachlicher Betreuung, in denen auch schwerer behinderte junge Menschen leben und in ihrer Selbststaendigkeit gefoerdert werden. Der Bedarf an altersentsprechenden Wohnmoeglichkeiten ist in Oesterreich ausserordentlich hoch und kann von den traditionellen Traegerorganisationen der Behindertenhilfe allein nicht gedeckt werden.

Wohnmoeglichkeiten fehlen

Die Anstrengungen zur wohnmaessigen Integration erfordern zudem begleitende Massnahmen im Freizeitbereich und in der Jugendarbeit sowie die quantitative und qualitative Verbesserung des Angebots an therapeutischen Hilfen und Beratungsstellen vor allem fuer Probleme in Partnerschaft und Sexualitaet.

Freizeit - Partnerschaft-Sexualitaet

Angesichts der schwieriger werdenden Finanzierungsprobleme im Sozialbereich muessen die Agenden der Behindertenhilfe neu ueberdacht werden, ohne damit den Anspruch auf professionelle Hilfe zu schmaelern. Erleichterungen koennten hier die staerkere Einbeziehung behinderter Jugendlicher in allgemeine jugendpolitische Massnahmen ausserhalb von Behinderteneinrichtungen bringen sowie die Dezentralisierung von Ausbildungs-, Schulungs-, Wohn- und Freizeitangeboten auf Gemeindeebene, um junge Menschen in ihrem sozialen Umfeld zu belassen. Schliesslich gilt es auch forschungsmaessig vermehrt auf die Wuensche und Beduerfnisse behinderter Jugendlicher und ihrer Angehoerigen einzugehen, sozial-integrative Projekte und Massnahmen interdisziplinaer zu beraten, um aus Einzelerfahrungen laengerfristige Programme zur Vermeidung sozialer Benachteiligungen behinderter Menschen entwickeln zu koennen. Ihre Zukunft wird wesentlich davon bestimmt sein, wie weit wir ihnen heute schon das Recht auf volle gesellschaftliche Teilhabe zugestehen.

Behinderte in jugend-politische Maßnahmen einbeziehen

Begleitforschung nötig

D R O G E N

Von den trinkenden jugendlichen 16 - 19jaehrigen konsumieren 14 % taeglich ein alkoholisches Getraenk, 17 % 3 - 6mal pro Woche, 50 % 1 -2mal pro Woche und 18 % seltener. Der durchschnittliche pro Kopfkonsum wurde fuer die 16 - 19jaehrigen nicht abstinenten Oesterreicher mit 31 Gramm reinen Alkohols errechnet (alle Oesterreicher 39 g). Die Mehrzahl der trinkenden Jugendlichen hat Rauscherfahrungen und zwar rund 70 %. 5 % berauschen sich mehrmals pro Woche, und 27 % trinken zwischen 1 und 4mal pro Monat so viel, dass sie einen Rausch haben. Getrunken wird Bier und Wein. 36 % der nicht-abstinenten 16- bis 19jaehrigen trinken vorwiegend Bier, 33 % vorwiegend Wein, Schnaps ist fuer 12 % das beliebteste Getraenk, Most ziehen gerade noch 2 % vor.

Alkohol

Als Raucher bezeichneten sich 1972 32 % der 16 - 24jaehrigen und 1979 35 %. 1983 wurden auch die 15jaehrigen in die Befragung eingezogen und ein Raucheranteil von 29 % unter den 15 - 24jaehrigen erhoben. Obwohl die 15jaehrigen sicher zu einem geringeren Teil Raucher sind, als die aelteren und durch ihre Beruecksichtigung der Raucheranteil bei dieser Erhebung geringer ausfiel, kann der Rueckgang nicht nur darauf zurueckgefuehrt werden: Der Tabakkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener duerfte seit 1979 zurueckgegangen sein. Die 16 - 24jaehrigen bezeichneten sich stets in geringerem Masse als Raucher als die 25 - 39jaehrigen (unter denen sich die meisten Tabakkonsumenten finden), doch sind unter ihnen mehr Raucher zu finden als unter den Oesterreichern insgesamt.

Nikotin

Der Abstand hat sich verringert: 1972 rauchten noch etwa doppelt so viele junge Maenner wie junge Frauen, 1983 nur mehr rund 50 % mehr. Die Besorgnis, die dem Tabakkonsum vor allem junger Frauen in den letzten Jahren zukam, ist jedoch nur teilweise berechtigt: Der Anteil der Raucherinnen unter den 15 bzw. 16 - 24jaehrigen hat seit Ende der 70er Jahre nicht mehr zu (wenn nicht sogar ab-) genommen und sich seither nur deshalb demjenigen der jungen Maenner angenehert, weil diese heute deutlich seltener rauchen.

Raucher -
Raucherinnen

Der Psychopharmakakonsum liegt nicht, wie der Alkohol- und Tabakkonsum bei den Maennern juengeren und mittleren Alters am hoechsten, sondern steigt, wie der Medikamentenkonsum insgesamt, mit zunehmendem Alter kontinuierlich an und ist ausserdem haeufiger ein weibliches, denn maennliches Verhalten. Psychopharmaka, zu denen im uebrigen auch schmerzstillende Mittel zaehlen, koennen, in entsprechenden Mengen konsumiert, auch stark betaeuben und stimulieren, mit anderen Worten als "Drogen" gebraucht werden. Die moegliche Verwendung der Psychopharmaka als Drogen macht es andererseits schwierig, zwischen medizinischem Gebrauch und ihrer Verwendung als Drogen zu unterscheiden.

Psycho-
pharmaka

Der Psychopharmakakonsum im engeren Sinne (ohne schmerzstillende Mittel) duerfte in Oesterreich bei Jugendlichen wenig verbreitet sein. 13 % der 15- bis 17jaehrigen Schueler haben gelegentlich oder regelmaessig Beruhigungsmittel gebraucht, 6 % stimulierende Mittel. Maedchen konsumieren wesentlich haeufiger Beruhigungs-

mittel als Jungen, jedoch ist der Stimulantiengebrauch bei beiden Geschlechtern in aehnlichem Ausmass verbreitet. Der regelmaessige Konsum dieser Medikamente liegt bei den 15 - 17jaehrigen allerdings nur bei 1 %.

Gaenzlich verboten ist aufgrund internationaler Vertraege nur der Umgang mit Cannabis (Haschisch, Marihuana) und Heroin. Das gaenzlich verbotene Cannabisharz (Haschisch) ist nach wie vor die am haeufigsten zu Rauschzwecken konsumierte Substanz unter den unter das Suchtgesetz fallenden Stoffen. Es laesst sich festhalten, dass die Drogenwelle mit Verspaetung, erst Anfang der 70er Jahre, Oesterreich erreichte. Das Ausmass an Cannabiserfahrungen der 70er Jahre ist von Jugendlichen in den 80er Jahren nicht wieder erreicht worden: 6 % aller heute 15 - 18jaehrigen Oesterreicher haben Erfahrungen mit Haschisch. Am haeufigsten haben die 25- bis 29jaehrigen Haschisch probiert (zu 25 %), also die Jugendlichen der ersten Haelfte der 70er Jahre Freilich ist hier zu bedenken, dass der erste Konsum verbotener Drogen viel spaeter erfolgt als der erste Nikotin- oder Alkoholkonsum und dass auch noch junge Erwachsene erste Erfahrungen mit verbotenen Substanzen sammeln koennen. Jene 6 % der heute 15- bis 19jaehrigen Oesterreicher werden sich in den naechsten Jahren also noch um einige Cannabis-erfarene, doch vermutlich nicht dramatisch vermehren.

Aus allen Studien geht hervor, dass der ueberwiegende Teil jener, die Erfahrungen mit Haschisch gemacht hatten, weder als aktuelle noch als regelmaessige Konsumenten eingestuft werden koennen: Es sind nur 0,7 % der 15 - 18jaehrigen (als aktueller Haschischkonsum wurde schon jener definiert, der bloss den Willen bekundete, bei Gelegenheit wieder Haschisch zu gebrauchen).

Der sich in den polizeilichen Statistiken spiegelnde Alterungsprozess der "Drogenszene" korrespondiert gut mit den zitierten epidemiologischen Daten, allerdings nicht die Entwicklung der Gesamtzahl der polizeilich verdaechtigen Suchtgifttaeter: Diese erreichte erst 1983 einen Hoehepunkt, und ist mit grosser Sicherheit mit stark intensivierter polizeilicher Verfolgungstaetigkeit und nicht mit steigendem Drogenkonsum zu erklaeren.

Der Zusammenhang zwischen dem Konsum der verschiedenen psychoaktiven Substanzen ist ein aeusserst enger:

- Jugendliche, die Erfahrungen mit Alkohol besitzen, haben zum ueberwiegenden Teil auch Erfahrungen mit Zigaretten. Jugendliche, die Erfahrungen mit Zigaretten gemacht haben, haben in noch groesserem Ausmass schon Alkohol probiert. Jugendliche, die aktuell trinken, rauchen auch deutlich haeufiger als jene, die sich alkoholischer Getraenke enthalten.

- Jugendliche, die Alkohol konsumieren (im letzten Jahr getrunken haben), gebrauchen betraechtlich haeufiger als Abstinente, zumindest gelegentlich, Schlaf- und Beruhigungsmittel (14 % versus 6 %), stimulierende Mittel (6 % versus 1 %) und schmerzstillende Mittel (60 % versus 41 %).

- Alkoholabstinent Jugendliche haben nur in Ausnahmefaelen Er-

Cannabis
und Opiate

Drogenszene
"altert"

Alkohol- und
Nikotin-
konsum
haengen
zusammen

fahrungen mit illegalen Drogen. Von den Alkoholerfahrenen waren es 9 %. Nur 2 % derjenigen, die schon einmal eine illegale Droge probiert haben, haben weder Erfahrungen mit Alkohol noch mit Zigaretten.

Alkoholab-
stinente:
kaum Drogen-
erfahrung

- Die Häufigkeit des Rauchens, des Psychopharmakonsums wie des illegalen Drogengebrauchs variiert mit der Häufigkeit des Alkoholkonsums. So haben z.B. nur 7 % jener, die maximal einmal pro Monat Alkohol trinken, eine illegale Droge probiert, aber 45 % jener, die täglich trinken. Immerhin ein Fünftel der täglichen Alkoholkonsumenten hat bereits mehr als 100mal eine verbotene Droge genommen, von den selteneren Trinkern hatten nur 2 % mehr als 10mal eine illegale Droge gebraucht. Umgekehrt trinken nur 3 % der ausschliesslichen Alkoholkonsumenten täglich, aber 10 % der Drogenprobierer (bis zu 10mal eine illegale Droge probiert) und 29 % der häufigeren Drogenkonsumenten.

Alkohol-
konsumenten
nehmen eher
und härtere
Drogen

- Die häufigeren Alkoholkonsumenten gebrauchen nicht nur häufiger Drogen als die seltenen, sie konsumieren (wie bei alkoholischen Getränken auch) vermehrt verschiedene Arten von Drogen und "häufigere", wie Halluzinogene und Opium.

Die, wenn auch spärlichen Erhebungen indizieren einen Rückgang des legalen wie illegalen Drogenkonsums von Jugendlichen seit Beginn der 70er Jahre: Am frühesten durfte der Rückgang bei den alkoholischen Getränken eingesetzt haben (in der ersten Hälfte der 70er Jahre), gefolgt vom Cannabiskonsum (in der zweiten Hälfte der 70er Jahre), und vom Tabakgebrauch (zu Beginn der 80er Jahre). Über die Entwicklung des Psychopharmakonsums und des Gebrauchs anderer illegaler Drogen lässt sich wenig bis nichts aussagen. Wie der Cannabiskonsum ist aber vermutlich auch der Gebrauch anderer illegaler Drogen, die nicht medizinisch verwendet werden (Heroin, LSD u.a.) spätestens Ende der 70er Jahre zurückgegangen.

Rückgang des
legalen und
illegalen
Drogen-
konsums

Doch auch vor diesem Rückgang zählten die Jugendlichen nicht zu den häufigsten Gebrauchern der angeführten Drogenarten: Der Psychopharmakonsum steigt kontinuierlich mit zunehmendem Alter, der Alkoholkonsum konzentriert sich bei den 30- bis 50jährigen, der Tabakkonsum bei den 25- bis 40jährigen. Am frühesten konnte Cannabis noch Anfang der 70er Jahre eine Droge der Jugendlichen gewesen sein, doch trifft auch dies heute nicht mehr zu: Die Drogenszene durfte so gealtert sein, dass Cannabis nicht einmal mehr als Droge junger Erwachsener zu bezeichnen ist.

Ob sich der generelle Rückgang des Drogenkonsums unter Jugendlichen auch in einem Rückgang ihrer drogenbezogenen Probleme äussert, lässt sich anhand des vorliegenden Materials nicht feststellen. Nur wenige drogenbezogene Probleme hängen allerdings unmittelbar mit dem Ausmass des Konsums zusammen. Die Konsumsitten spielen üblicherweise eine gewichtigere Rolle, und bei den sozialen Problemen - die bei den Jugendlichen vorherrschen - kommt natürlich den Reaktionen der Umwelt eine hervorragende Bedeutung zu. So sind gerade die Anzeige- und Verurteilungsstatistiken, die fast die einzigen Indikatoren drogenbezogener

Konsumsitten

Probleme darstellen, nicht die geeignetsten und objektivsten Messinstrumente: Zu stark sind sie von oeffentlichen Reaktionsmustern auf Jugendliche geprägt, die mit deren Verhalten und Problemen oft wenig zu tun haben. Und häufig, wie z.B. für den durchschnittlichen Konsumenten "weicher" Drogen, schafft erst die Anzeige und/oder Verurteilungen das Problem, dessen Kontrolle oder Lösung sie zu sein vorgibt.

Das Eingebettetsein des legalen Drogenkonsums Jugendlicher in die Konsumsitten der Erwachsenen lässt jugendspezifische Politik mit legalen Drogen kontraintegriert erscheinen, falls sie nicht auf Forderungen der Betroffenen trifft: Das Verbot Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr in der Öffentlichkeit alkoholische Getränke auszuschenken, das 1922 beschlossen wurde und von dem die heutigen Bestimmungen im übrigen nur wenig abweichen, hätte ohne die damaligen Nachterheitsbestrebungen der Jugendbewegungen aller Couleur wohl nicht zu dem dramatischen Rückgang des Alkoholkonsums Jugendlicher geführt: Um 1900 war erhoben worden, dass 32 % der 6- bis 14jährigen Wiener Jungen regelmäßig Bier tranken (Mädchen 33 %), 11 % der Jungen regelmäßig Wein (Mädchen 12 %) und 4 % der Jungen regelmäßig Spirituosen (Mädchen 3 %). Nur etwa 10 % der 6- bis 14jährigen hatten noch niemals ein alkoholisches Getränk konsumiert. Ähnliche Ergebnisse hatte eine Befragung in der Steiermark noch im Jahre 1909 erbracht.

Umgekehrt ist freilich bei der Politik mit verbotenen Drogen, die bis heute unter dem Vorzeichen des integrierender strafrechtlicher Kontrollen steht, viel stärker zu berücksichtigen, dass sie auch eine Form des Umgangs mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen darstellt. Ist die Drogenszene auch deutlich gealtert und hat das Interesse an den verbotenen Drogen allgemein nachgelassen, sind Überlegungen dieser Art keineswegs überflüssig geworden: Auch das "Drogenproblem" ist nicht "geloest" und zukünftige "Drogenwellen" können ähnliche Fragen wieder aufrufen. Aufgerufen sind die Erwachsenen bei diesen jugendspezifischeren Phänomenen nicht wie beim legalen Drogenkonsum ihre eigenen Konsumsitten zu überprüfen, die sie an die Jugendlichen weitergeben, sondern ihren Umgang mit Jugendlichen zu hinterfragen, die neue Drogen und neue Konsumsitten kreieren. Strafende und ausschließende Reaktionen stehen der Suche nach der Bedeutung solcher jugendspezifischer Entwicklungen entgegen und verstehen den Weg zum Verständnis jener grundlegenden Generationskonflikte und Jugendprobleme, deren Symptom die abweichende Drogenzufuhr ist.

Jugendliche, die Probleme im Zusammenhang mit legalen oder illegalen Drogen bekommen, haben ein Recht auf Unterstützung ohne Voraussetzungen. Die Unterstützung sollte präventiv orientiert sein (das Entstehen schwerwiegender Schwierigkeiten hinzuhalten versuchen) und physische, psychische und soziale Probleme gleichermassen berücksichtigen. Allgemein wären Einstellungen und Verhaltensmuster von Jugendlichen zu fördern, die auf kontrollierten Umgang mit psychoaktiven Substanzen zielen. Es wird empfohlen Forschung zu stimulieren, die neue Methoden der Gesundheitsförderung in diesem Sinne verschließt.

Jugendspezifische Politik ?

Reaktionen auf Drogenkonsum

Recht auf Unterstützung

W E I B L I C H E J U G E N D L I C H E

Maennliche und weibliche Jugendliche unterscheiden sich hinsichtlich verschiedener Ausdrucksformen und Verhaltensweisen, die sich als Folge geschlechtsspezifischer Sozialisationsmuster und damit verbundener unterschiedlicher Einstellungen und Verhaltensweisen ihnen gegenüber erklären lassen.

Maedchen werden z.B. vermehrt zur Hausarbeit angehalten; haben geringere Chancen bei gleichwertiger Ausbildung und gleichem Wissen und Koennen qualifizierte Berufe zu erlangen; sie verfuegen ueber weniger Freizeit; sind mehr als die gleichaltrigen maennlichen Jugendlichen zu Hause bei ihren Eltern; sie verfuegen ueber weniger Geld zu ihrer eigenen Verwendung; haben seltener eigene Verkehrsmittel, sind also weniger mobil; in Verbaenden der Jugendfreizeit haben Maedchen seltener als Burschen die Moeglichkeit auch fuehrende Funktionen wahrzunehmen; sie haben eine staerkere Bindung an Glaube und Kirche und anderes mehr. Ungleichmaessig verteilt sind also offensichtlich die Chancen fuer weibliche und maennliche Jugendliche bezueglich familiaerer Verpflichtungen und in der Freizeitgestaltung. Ebenso aber und gravierend sind die ungleichmaessigen Chancen im beruflichen Bereich.

Die geschlechtsspezifische Segmentierung des oesterreichischen Arbeitsmarktes, die zur Folge hat, dass weibliche und maennliche Erwerbstaeige in bestimmten Wirtschaftszweigen bzw. Berufspositionen konzentriert sind, wirkt sich vor allem zu ungunsten der Frauen aus. Die groessten Frauenanteile finden sich in den schlechtestbezahlten Berufsgruppen: Textilberufe, Hotel- und Gastgewerbe, Buero- und Handelsberufe, und auf den unteren Berufspositionen, ohne Aufstiegsmoeglichkeiten.

In Hinblick darauf, dass in Zukunft gerade typische Frauenarbeitsplaetze im Industrie- und Dienstleistungssektor gefaehrdet sind (Rationalisierung und Computerisierung; Verlagerung von Produktionsstaetten in "Billiglohnlaender"), dass jedoch andererseits immer mehr Frauen auf ein ausreichendes eigenes Erwerbseinkommen angewiesen sein werden (steigende Scheidungsziffern, steigende Zahl der weiblichen "Familienerhalter", Ansteigen maennlicher Arbeitslosenraten) ist das arbeitsmarktpolitische Ziel, Frauen vermehrt den Zugang auch zu nicht-traditionellen Berufen zu ermoeglichen, in Oesterreich wie in den anderen westlichen Industriestaaten nach wie vor aufrecht.

Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Chancen weiblicher Jugendlicher koennen sein:

Neuorientierung und Schwerpunktbildung der schulischen und Berufsinformation: Vorbereitung auch der Maedchen auf lebenslange Erwerbstaeigkeit und die Notwendigkeit der Existenzsicherung. Aufhebung des getrennten Werkunterrichts in den Hauptschulen. Einbau einer "psychologischen" Berufsvorbereitung in den Berufskundeunterricht: Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Rollenstereotypen; Rollenspiele; Konflikt- und Stressbewaeltigung; Ueben von Vorstellungsgespraechen.

Geschlechts-spezifische Sozialisation

Je schlechter die Arbeit, desto hoher der Frauenanteil

Verbesserung der Chancen weiblicher Jugendlicher

Differenziertere Information ueber technische Lehrberufe: Aufklaerung ueber die Vorteile, Anforderungen und Schwierigkeiten, sowie ueber die Situation am Arbeitsmarkt. Erweiterung der Berufsinformationen ueber gewerblich-technische Lehrberufe auf andere Schultypen (z.B. auch auf AHS, HAK, Schulen fuer wirtschaftliche Frauenberufe). Verstaerkte Erschliessung von Lehr- und Ausbildungsplaetzen fuer Maedchen in nicht-traditionellen Berufen (industrielle Grossbetriebe, Verstaatlichte Industrie).

Integration des Themas "Maedchen in technischen Berufen" in die Lehrerfortbildung (insbesondere fuer HS- und AHS-Lehrer). Dabei sollten Anregungen zu einer auch die Maedchen foerdernden didaktischen Neugestaltung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts entwickelt, aber auch praktische Hinweise zur Verbesserung der Chancen der Maedchen am Arbeitsmarkt gegeben werden.

Maedchen in
technischen
Berufen

Elterninformation ueber Oeffentlichkeitsarbeit mit den Schwerpunkten: Qualifikationsvorteile technischer Berufe (etwa auch als "Sprungbrett" in andere Berufe), Prestige, Verdienst- und Weiterbildungsmoeglichkeiten. Herausgabe eines regelmaessig erscheinenden Informationsblattes fuer Maedchen in nicht-traditionellen Berufen mit Informationen ueber offene Stellen, Kontaktadressen, Rechtsfragen, Wohnmoeglichkeiten usw. Lernkurse in den Berufsschulen oder industriellen Lehrwerkstaetten, in denen etwaige Ausbildungsdefizite der Maedchen abgebaut werden koennen.

Eltern-
information

Keine "Sonderbehandlung" weiblicher Jugendlicher durch die Berufsschullehrer, Ausbildner, Lehrer in technischen Fachschulen etc. - da diese einerseits Rollenstereotype perpetuiert, andererseits das soziale Klima zwischen maennlichen und weiblichen Auszubildenden verschlechtern koennte.

Hoehere Technische Lehranstalten und Technische Universitaeten sollten deutliche Signale setzen, in Form von speziellen Einfuehrungsprogrammen, Sommerkursen und Quotenregelungen, die weibliche Jugendliche ermutigen, eine Ausbildung im technischen Bereich zu absolvieren. Allgemeine Arbeitsmarktinformation bei Lehrabschluss (Bedeutung der kontinuierlichen Berufspraxis; Uebertrittsmoeglichkeiten in verwandte Berufe; Moeglichkeiten der Weiterbildung und Spezialisierung etc.).

Technische
Lehranstalten
und
Universitaeten

Sensibilisierung fuer die Gefahr einer "frauenspezifischen" Facharbeit, falls diese mit den Implikationen Akkordarbeit, Dequalifizierung und geringerer Bezahlung verbunden ist.

Positive
Diskriminierung

Positive Diskriminierung: Bevorzugte Einstellung weiblicher technischer Facharbeiter, falls diese gleich qualifiziert sind wie die maennlichen Bewerber, den beruflichen Anforderungen entsprechen und im betreffenden Betrieb unterrepraesentiert sind.

Kurse zur Wiedereingliederung von Frauen nach familiaerer Unterbrechung in technische Berufe (z.B. nach einer dreijaehrigen Unterbrechung); diese Wiedereingliederungskurse muessten den Lebensumstaenden von Frauen besser angepasst werden.

Arbeits- und sozialrechtliche Regelungen sollen Voraussetzungen schaffen, dass Facharbeiterinnen sich nicht zwischen Fortsetzung ihrer Berufskarriere und Familie entscheiden müssen. Solche Rechtsansprüche und institutionelle Angebote können ohne faktische Partnerschaft in Ehe und Familie jedoch nicht zur Anwendung kommen und genutzt werden. Chancengleichheit für berufstätige Frauen kann daher nur durch eine geschlechtsunspezifische Sozialisation in Elternhaus und Schule entstehen.

M E D I E N

Noch keine Jugendgeneration war so von Medien umstellt wie die der achtziger Jahre, noch nie haben Massenmedien das Leben und den Lebensstil der Jugendlichen nachhaltiger beeinflusst. Der Aufstieg der Kultur- und Medienindustrie in der Zweiten Republik hat die Lebensformen von Jugendlichen und auch Erwachsenen drastisch verändert. Betrachtet man die unterschiedlichen Aufwachsbedingungen von Jugendlichen während der letzten 40 Jahre, so sind die Massenmedien in dieser Zeit zu einer wesentlichen Sozialisationsinstanz aufgestiegen, sie sind zu Miterziehern geworden.

Massenmedien:
eine wesent-
liche Sozial-
isationsinstanz

Als neuen Entwicklungstyp könnte man für die achtziger Jahre den Multi-Media Jugendlichen ausmachen, der bereits mit einem Medienensemble von beträchtlicher Größe aufgewachsen ist, dessen Wahrnehmung durch die weitere Verbreitung der medialen Infrastruktur zusehends geprägt wird und der es mehr oder weniger gelernt hat, sich in einem Medien-Dschungel zu bewegen und mit einem Medien-Waren-Paket umzugehen.

Für die Jugend von heute bilden neben der mediendurchsetzten Sozialisation aber auch die grossflächige Vergesellschaftung ehemaliger Freiräume, die Disziplinierung durch Zeitoekonomie, und die Konfrontation mit einer wachsenden Umweltzerstörung in Weltmaßstab eine generationsspezifische Erfahrung. In Verbindung mit drohender Arbeitslosigkeit und einer diffusen Zukunftsangst, einer existentiellen Verunsicherung, die einen geplanten Lebensentwurf zusehends unmöglich macht, bildet sie den aktuellen psychologischen Hintergrund für jugendliche Protest- und Fluchtformen, für Apathie und Resignation sowie für Über-Anpassung an die Leistungserfordernisse unserer Industriegesellschaft.

Vergesellschaf-
tung ehe-
maliger Frei-
räume

Das Ausmass der Zuwendung zu Medien lässt sich durch Versorgungs- und Nutzungsdaten, wie sie die repräsentative Umfrageforschung erhebt, illustrieren. Misst man die Bedeutung, die einzelne Medien für die Jugendlichen haben, am Konsum bzw. an den Reichweitendaten, so dominieren bei den Jugendlichen Fernsehen und andere Bildermedien. Bedeutend weniger Interesse bringt ein Grossteil der Jugendlichen der Lektüre von Büchern und Zeitungen entgegen. Nur rund 40 % der Jugendlichen lesen regelmäßig eine Zeitung und der politische Teil wird nur von etwa einem Viertel der Leser konsumiert. Je höher der Bildungsgrad, desto mehr wird Zeitung gelesen. Der Anteil der jugendlichen Zeitungsnutzer aus den höheren Schichten ist deutlich grösser.

Bildmedien
dominieren

Im Vergleich zu den Tageszeitungen stellen Zeitschriften und Illustrierte einen attraktiveren Lesestoff für Jugendliche dar. "Carina", "Autorevue", "Wiener", "Burda Moden" und "Freundin" sind einige Titel, die von Jugendlichen in grösserem Ausmass konsumiert werden als von Erwachsenen. Spitzenreiter in der Gunst sind jedoch die Jugendillustrierten "Bravo" und "Rennbahn-Express". Die Reichweite beträgt unter den 14 - 19jaehrigen beim "RE" 38 %, bei Bravo 22 %.

Da die politischen Inhalte der Tagespresse zu einem grossen Teil aus personenzentrierter Berichterstattung bestehen, treten jene politischen Themen, die Jugendliche interessieren - wie Oekologie, Frieden und spezielle Jugendfragen zum Beispiel -, in den Hintergrund gegeneuber Parteienauseinandersetzungen und Polittratsch. Jugendliche fuehlen sich durch die Parteipolitisierung und Personalisierung von Problemfeldern offensichtlich wenig angeprochen und entziehen sich einer derartigen Politisierung durch die Zeitungen.

Tagespresse:
Jugendspezi-
fische Themen
kommen zu
kurz

Es scheint aber nicht nur an den Inhalten zu liegen, dass die Zeitungslektuere relativ wenig Interesse findet, sondern auch an der unangemessenen Praesentation der Jugendlichen in den Zeitungen, in der "Oberlehrerdiktion" und in der "Pseudo-Objektivitaet", der "ungerechtfertigt ausgewogenen Berichterstattung". Der Gebrauch einer Polit- und Mediensprache mit Kurzformeln usw. schliesst Jugendliche vom Verstaendnis aus und nimmt die Lust am Lesen. Die Wirklichkeit wird in ein Ressort-Puzzle zerlegt und in ihrer Komplexitaet kaum erklaert. Da keine Zusammenhaenge als Lesehilfen aufgezeigt werden, fuehrt dies bei jungen Lesern eher zur Frustration als zu Informiertheit. Den Publikumszeitschriften und den Jugendillustrierten muss daher groessere politische Wirkung beigemessen werden als den Tageszeitungen, v.a. was die Uebernahme und Einpraegung bestimmter Rollenmuster betrifft.

Die Luecken in der Zeitungsberichterstattung fuellen zahlreiche Schueler- und Alternativzeitschriften, die sich speziell mit fuer Jugendliche relevanten Themen beschaeftigen und auch in der politischen Berichterstattung auf Jugendinteressen eingehen. In Oesterreich hat sich eine Schuelerzeitungs-Kultur gebildet, die ihren Bestand trotz heftiger Repressalien seitens vieler Schulleitungen gegeneuber den Schuelerzeitungsmachern immer mehr verbreitet hat. Es duerfte in Oesterreich etwa 400 Schuelerzeitungen mit einer geschaetzten Gesamtauflage von rund 500.000 Exemplaren geben.

Schueler-
und Alter-
nativzeit-
schriften

Die Abhaengigkeit des Medienkonsums vom sozialen Milieu und vom beruflichen Status der Eltern tritt am deutlichsten bei der Buchlektuere zutage. Arbeiter- und Bauernkinder im Alter von 10 - 14 Jahren verfuegen nur ueber rund ein Drittel des Buchbesitzes von Kindern aus hoherer Schicht und lesen entsprechend weniger. Im Hinblick auf Chancengleichheit muss dies bedenklich stimmen, denn in diesem Alter werden die Grundlagen fuer Faehigkeiten entwickelt, die mit der Lesehaeufigkeit wesentlich zusammenhaengen: Lesegeschwindigkeit, damit Faehigkeit zur Erfassung des Inhalts sowie sprachliche Ausdrucksfaehigkeit. Interpretiert man Buchlesen als Kulturgut und Lesen ueberhaupt als Kulturtechnik, so ist von einer "Vererbung des Bildungsdefizits" zu sprechen, aber auch das allmaehliche Verlernen einer Kulturtechnik zu beklagen.

Bücher:
Vererbung
des Bildungs-
defizits

Bei den 14jaehrigen zeigt sich ein aehnliches Bild. Im Schnitt verfuegen 14jaehrige ueber 50 bis 70 Buecher. Schueler einer AHS haben meist mehr (bis zu 140), Schueler des zweiten Klassenzuges der Hauptschule meist weniger (bis 30). Dafuer verfuegen die Hauptschueler ueber mehr Schallplatten und Kassetten, so dass der

geringere Buchbesitz vermutlich nicht durch ein geringeres Einkommen der Eltern begruendbar erscheint, sondern eher durch deren eigene Freizeitpraeferenzen, die sie an die Kinder weitergeben.

Gegeneuber dem Radio bzw. Musikhoeren hat das Fernsehen in der Praeferenzskala der meisten Jugendlichen einen deutlich geringeren Stellenwert. Die Fernsehdauer und die Fernsehhaeufigkeit erreichen nur dann ueberdurchschnittliche hohe Werte, wenn die Teilnahme an der spezifischen jugendlichen Freizeitkultur nicht oder nur erschwert moeglich ist. Allerdings verbringt etwa ein Fuenftel der 14 - 24jaehrigen seine Freizeit fast zur Gaenze vor dem Fernsehschirm. Jugendliche, die lange fernsehen, etwa mehrere Stunden am Tag, kommen ueberwiegend aus dem Arbeitermilieu, leben in einer laendlichen Kleinstadt, sind haeufig Hausfrauen oder arbeitslos. Die taegliche Fernseh-Reichweite lag 1985 im Jahresdurchschnitt bei den 14 - 19jaehrigen bei 65,6 %, nur bei den 20 -29jaehrigen mit 63,1 % noch darunter.

Fernsehen:
geringerer
Stellenwert
als Musik-
konsum

Auch in ihren Sehgewohnheiten unterscheiden sich Jugendliche teilweise von Erwachsenen. Spiel- und Kriminalfilme, Fernsehserien sowie Musik- und Jugendsendungen sind die Favorits der Jugendlichen. Quizsendungen und Shows (etwa besonders der Musikantenstadl), die sich unter den Erwachsenen besonderer Beliebtheit erfreuen, loesen bei der staedtischen Jugend eher negative Reaktionen aus. Spezielle Jugendsendungen wie "Ohne Maulkorb" oder "Okay" werden im Schnitt bis zu einem Fuenftel der Jugendlichen verfolgt. Aehnlich wie bei der Buchlektuere nutzen die Jugendlichen jedoch v.a. jene Inhalte, die nicht speziell fuer sie konzipiert werden.

Das Fernsehen ist fuer die Jugendlichen in erster Linie ein Unterhaltungsmedium. Weitgehend unter Ausschluss der 14 - 19jaehrigen laufen dagegen nahezu alle Sendungen, die im entferntesten mit Politik zu tun haben. die Hauptnachrichtensendung des ORF, "Zeit im Bild" (taeglich um 19.30 Uhr in beiden Fernsehprogrammen), erreicht nur rund 12 % der Jugendlichen, aber 72 % der ueber 60jaehrigen und ueber 42 % der Gesamtbevoelkerung.

Die Gruende fuer die Abstinenz von 90 % der Jugendlichen wenn es um politische Informationen geht, liegen vermutlich - aehnlich wie bei den Zeitungen - einerseits in der formalen Anbietungsweise einer quasi autoritaeren Informationsverteilung ("Verlautbarungs-Journalismus"), in der zerstueckelten und schwer verstaendlichen Darbietungsform, sowie in einer nur Insidern gelaeufigen speziellen Polit- und Mediensprache, die Verstaendnis eher erschwert als herstellt. Sie sind letztlich in dem Faktum zu suchen, dass die Probleme der Jugendlichen in der politischen Information nicht beruecksichtigt werden, d.h. dass sie sich vom Grossteil der in den Informationssendungen abgehandelten Themen nicht betroffen fuehlen.

Politische
Informationen
für Jugend-
liche unge-
eignet

Die Filme werden - trotz der immer heftiger werdenen Konkurrenz durch andere Abspielstaetten - v.a. im Kino konsumiert. die Jugendlichen sind die haeufigsten und verlaesslichsten Kino-gaenger. Ca. 15 % der 14 - 19jaehrigen woehentlich ins Kino.

Kino - noch
immer ge-
fragt

Schon die 20 - 29jaehrigen gehen nur halb so oft. Es sind v.a. Schueler, Lehrlinge und juengere Akademiker, die haeufig ins Kino gehen. Mit steigendem Alter nimmt der Kinobesuch drastisch ab. Eine hoehere formale Bildung und soziale Schicht schlaegt sich in haeufigerem Kinobesuch nieder.

Dem umfangreichen Medienangebot, das sich den jugendlichen Nutzern bietet, werden im allgemeinen vier hauptsaechliche Funktionen, die speziellen Nutzen versprechen, zugeschrieben:

- * Allgemeine Informationsfunktion (von Nachrichten bis zur Erklaerung der Realitaet, etwas Neues erfahren, lernen, Orientierung, auf dem laufenden gehalten werden, Sozialisationsleistungen);
- * Erregung und Spielersatz (Abenteuer, Aggression, Spannung, Action, Ueberraschung);
- * Erleichterung der Flucht (Sorgen und Frustrationen vergessen, Wirklichkeitsflucht in eine Traumwelt, Erheiterung);
- * Konversation (die Moeglichkeit haben, mit Gleichaltrigen ueber Inhalte und Form der rezipierten Darstellungen zu diskutieren).

Bedeutung der Medien: Unterhaltung, Entlastung, Kommunikation

Es sind v.a. die drei letzten Funktionen der Medien, deretwegen sie von Jugendlichen genutzt werden. Man sollte sich jedoch von der Annahme verabschieden, dass die verschiedenen Medien konstant und fuer alle Jugendlichen dieselben Funktionen haben und zum gleichen Zweck genutzt werden. Zudem erschweren einander ueberlagernde Einfluesse durch Familie, Schule, Freunde, Arbeitskollegen als weitere praegende Faktoren eindeutige Antworten auf die Frage, wie Medien wirken. Lediglich Einzelfallforschung kann eine schlüssige Interpretation geben oder besser Deutungsversuche ermoeglichen, wie die Medien tatsaechlich in den individuellen sozialen Kontext eingebunden sind.

ETHNISCHE MINDERHEITEN

In der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Fragen von ethnischen Minderheiten wird Jugendlichen wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Regional gesehen leben im Burgenland die meisten kroatischen Jugendlichen (vor allem in den Bezirken Eisenstadt-Umgebung, Güssing, Oberwart und Oberpullendorf) - naemlich ueber 1.300 -, in Kärnten slowenische Jugendliche (v.a. in den Bezirken Klagenfurt-Land, Villach-Land und Voelkermarkt) - ebenfalls mehr als 1.300 - und im Burgenland leben ueber 200 ungarische Jugendliche. Jugendliche Angehoerige anderer ethnischer Minderheiten wie Tschechen, Slowaken aber auch Roma und Sinti sind aus verschiedenen Gründen - fehlende Schulen, Diskriminierung - noch viel staerker von ihrem Minderheitenstatus betroffen. Massnahmen, die den Erhalt von Minderheiten sichern und darueber hinaus deren Entfaltung gewaehrleisten sollen, sind am wirkungsvollsten, wenn von ihnen Kinder und Jugendliche vorrangig betroffen sind. Gerade deswegen sind Fragen des Minderheitenschulwesens nicht selten besonders umstritten.

Jugendliche:
von grösster
Bedeutung für
Schutz eth-
nischer Min-
derheiten

Bei Massnahmen und Bedingungen fuer die Entfaltung von Minderheiten lassen sich unterscheiden:

Förderung der
Entfaltung
der Minder-
heiten-Jugend-
lichen

Allgemeine sozialpsychologische und gesellschaftliche Bedingungen, die multikulturelle Entwicklungen beguenstigen; oekonomische Entwicklungen, die Abwanderungsbestrebungen in Minderheitenregionen entgegenwirken und darueber hinaus Minderheiten ein wirtschaftliches Fundament schaffen und konkrete Massnahmen im sozio-kulturellen Bereich.

All dies setzt jedoch einen entsprechenden politischen Willen voraus, der womoeglich mehrheitsfaehig ist oder durch politisches Handeln mehrheitsfaehig gemacht werden kann. Daher ist es fuer die Minderheiten unerlaesslich, Ansprech-, Kooperations- und Buendnispartner in der Mehrheitsbevoelkerung zu gewinnen. Abschliessend sei ein beispielhafter, teilweise appellativer Massnahmenkatalog vor allem fuer den Jugendbereich angefuehrt. Dabei handelt es sich um:

- Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung als paedagogisches Ziel fuer kontinuierliche und breit angelegte Aufklaerungsmassnahmen in allen Bildungsbereichen - vom Kindergarten ueber die Vor- und Pflichtschule zu den weiterfuehrenden Schulen, zur Universitaet und Erwachsenenbildung.
- Ausbau des Minderheitenschulwesens mit minderheitenorientierten weiterfuehrenden Schulformen sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Sektor und Ergaenzung durch Schaffung und Ausbau von Erwachsenenbildungseinrichtungen fuer Minderheiten.
- Anerkennung der Minderheitensprachen als gleichwertige Umgangssprachen fuer alle sozialen Bereiche in zweisprachigen Gebieten, wobei funktionalen Nachteilen durch gezielte Massnahmen - Schaffung spezifischer Arbeitsmoeglichkeiten - entgegenzuwirken ist.

- Schaffung einer moeglichst breiten Berufspalette fuer Minderheitenangehoerige in eigenen Organisationen, im oeffentlichen Dienst, in Wirtschaftsbetrieben, die im Einflussbereich der Minderheiten stehen.
- Objektive und umfassende Information ueber Geschichte und Lebensweisen der Minderheiten durch die Massenmedien, insbesondere Hoerfunk und Fernsehen bei gleichzeitigem Ankaempfen gegen minderheitenfeindliche Propaganda. Geschichte und Lebensweise
- Ausbau der Sendungen im Rundfunk fuer Minderheiten, insbesondere auch fuer jugendliche Zielgruppen, Gestaltung von Sendungen fuer und ueber die kleinen Minderheiten und Aufgreifen von Minderheitenthemen durch das Fernsehen in Form von Spielfilmen und Unterhaltungsprogrammen. Medien
- Durchsetzung des Prinzips der multikulturellen Erziehung in zweisprachigen Gebieten - auch im Hinblick auf neu entstehende Gastarbeiterminderheiten. Multikulturelle Erziehung
- Betonung von Sozialisation statt Selektion in "Minderheitenschulen" mit Vorbildwirkung fuer den uebrigen Schulsektor.
- Inkludierung von Beratungszeit in das Schulcurriculum an Minderheitenschulen, um die Berufspraferenzen der Absolventen breit zu streuen.
- Abbau der Isolation von Schuelern in Minderheitenschulen oder minderheitenorientierten Schulformen. Abbau der Isolation
- Oeffentlichkeitsarbeit im Sinne von "Zweisprachig ist besser" oder "Zwei ist mehr als eins".
- Ergaenzung und Unterstuetzung der Volkskulturpflege durch gezielte Gesellschaftspolitik der Minderheiten, die ihre Zukunft bewusst in die eigene Hand nehmen.
- Foerderung gegenwartsbezogener Kulturarbeit der Minderheiten mit der Perspektive, auch zu einer kulturellen Herausforderung der Mehrheitsbevoelkerung zu werden. Kulturarbeit
- Oekonomische Staerkung der zweisprachigen Gebiete
- Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur der Minderheiten und wissenschaftliche Beschaeftigung mit Minderheitenfragen durch Minderheitenangehoerige selbst. Wissenschaftliche Infrastruktur

Laut einer Repraesentativbefragung haben 70 Prozent der Befragten, Angehoerige der nationalen Minderheiten fuer Oesterreicher wie alle anderen auch, diese Auffassung erhoeht sich mit steigendem Bildungsgrad. Ein guter Ausgang, diesen "Oesterreichern wie alle anderen" auch die ihnen gebuehrenden Rechte auf Entfaltung zu kommen zu lassen.

A U S L A E N D E R

Nach der Volkszaehlung von 1981 leben 291.500 Auslaender in Oesterreich. Ihr Anteil (3,9 %) an der Gesamtbevoelkerung ist im Vergleich zu jenen in der Bundesrepublik Deutschland (7,5 %) und der Schweiz (14,5 %) gering. Auslaender, die in internationalen Organisationen und multinationalen Konzernen beschaeftigt sind, die in Oesterreich studieren oder hier ihren Lebensabend verbringen, stellen den kleineren Personenkreis dar. Auch die Fluechtlinge aus den verschiedensten Laendern spielen zahlenmaessig keine grosse Rolle.

Rund zwei Dritteln der auslaendischen Wohnbevölkerung bilden die sogenannten Gastarbeiter und ihre Familienangehoerigen aus Jugoslawien und der Tuerkei, die im Rahmen des Arbeitskraeftebedarfs der Wirtschaft in den Jahren der Hochkonjunktur nach Oesterreich eingewandert sind. Im Durchschnitt lebt diese Bevoelkerungsgruppe bereits seit 12 Jahren in Oesterreich.

Zu den Auslaendern gehoeren 39.500 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren. Ihre Zahl ist absolut und relativ klein, doch wird sie aufgrund des hoeheren Kinderanteils der Auslaender gegenueber jenem der Oesterreicher bis Mitte der 90er Jahre auf rund 100.000 Personen ansteigen.

Die Situation und die Probleme der auslaendischen Jugendlichen weisen aufgrund ihrer nationalen und sozialen Herkunft, aufgrund ihres Aufenthaltszweckes und der kulturellen Distanz zu Oesterreich Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten auf. Gemeinsam ist den auslaendischen Jugendlichen ihre rechtlich unsichere Lage ueber ihren Aufenthalt in Oesterreich. Oesterreich versteht sich nicht als Einwanderungsland und erteilt daher nur fuer kurze Dauer an Auslaender die Bewilligung zum Aufenthalt, Studium bzw. zur Arbeit, die sie jederzeit widerrufen kann. Diskriminierungen am Wohnungsmarkt, im Freizeitbereich und im Bereich der Jugendarbeit, die Vorenthalten von politischen Rechten und die Konfrontation mit Auslanderfeindlichkeit sind weitere Merkmale, die die Situation der auslaendischen Jugendlichen in Oesterreich kennzeichnet.

Darueberhinaus verschärfen sich die Probleme fuer die Jugendlichen durch ihre unterschiedlichen Aufenthaltszwecke und Lebensperspektiven in Oesterreich. Waehrend die rund 13.000 auslaendischen Studierenden und auch ein Teil der Fluechtlinge ihren Aufenthalt in Oesterreich als Uebergang sehen, weil sie in ihre Herkunfts- oder andere Laender zurueckkehren wollen, ist dies bei den Angehoerigen der sogenannten Gastarbeiter und der Fluechtlinge nicht der Fall. Diese Jugendlichen, zu denen 23.000 Jugoslawen und Tuerken gehoeren, wollen in Oesterreich leben und arbeiten, da ihnen ihre Herkunftsstaender kaum oder keine Lebensperspektiven bieten koennen. Sie sprechen kaum mehr ihre Muttersprache und haben sich staerker als ihre Eltern an Normen, Handlungsmuster und Orientierungen der oesterreichischen Gesellschaft angepasst und auch ihre soziokulturelle Identitaet gewandelt.

Jugoslawen
und Tuerken

Zahl der aus-
laendischen
Jugendlichen
steigt

Situation und
Probleme

Jugendliche
wollen in
Oesterreich
bleiben

Doch die Auslaenderpolitik orientiert sich nicht an den Lebenssituationen und Perspektiven dieser Jugendlichen, sondern an den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes mit seinen krisenhaften Entwicklungen. Den Jugendlichen droht dadurch eine soziale und gesellschaftliche Deklassierung. Denn die mangelnde Förderung auslaendischer Kinder im Vor- und auch schulischem Bereich reduziert die Chancen der Jugendlichen auf den Erwerb eines qualifizierten Hauptschulabschlusses und damit auch auf eine Berufs- und höhere Schulausbildung. Einige Daten sollen dies demonstrieren: 15 % der jugoslawischen und fast 59 % der türkischen Jugendlichen haben in Österreich keinen Hauptschulabschluss erreicht. Nur 17 % dieser auslaendischen Jugendlichen besuchen eine weiterführende Schule.

Geringes
Ausbildungs-
niveau

Ihr geringes schulisches Qualifikationsniveau, die rechtliche Behinderung beim Eintritt in den Arbeits- oder Lehrstellenmarkt durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz reduzieren die Chancen dieser Jugendlichen auf Erhalt einer Lehr- bzw. Arbeitsstelle. 1986 gab es nicht einmal 800 auslaändische Lehrlinge in Österreich. Die Arbeitslosigkeit unter den auslaändischen Jugendlichen ist daher weitaus höher, insbesonders bei den Tuerken und Maedchen, als jene der österreichischen Jugendlichen. Zur Verhinderung einer weiteren gesellschaftlichen Randstellung dieser Jugendlichen in Österreich müsste die Ausländerpolitik geändert werden.

Hohe Arbeits-
losigkeit

K R I M I N A L I T A E T

Das Ausgangsmaterial von Berichten und Aussagen ueber Jugendkriminalitaet sind in den allermeisten Faellen Kriminalstatistiken, Gerichtsakten u.a. Aufgrund dieser Datenbasis ist es aber nur moeglich, unvollstaendige Aussagen ueber kriminelle Jugendliche und Jugendkriminalitaet zu taetigen.

In welcher Weise strafrechtliche Normen fuer Jugendliche bedeutsam werden, wie sie sich damit auseinandersetzen, wie Jugendliche von ihrer Umwelt mit Normverstoessen konfrontiert werden, wie haeufig und wann dies nicht in Form einer Strafanzeige geschieht, ob rechtliche Strafmaßnahmen gegenueber informellen Reaktionen Vor- oder Nachteile bringen, all das muss fraglich bleiben, solange nur im Blickfeld ist, was vor oder von Behoerden als Jugendkriminalitaet releviert wird.

Da es ueber Jugendkriminalitaet in Oesterreich jenseits ihrer polizei- und gerichtsbehoerdlichen Wahrnehmung, Aufzeichnung und Vermittlung keine relevanten Daten gibt und Jugendkriminalitaet demnach fast ausschliesslich durch die Brille sozialer Kontrollinstanzen perzipiert und zugaenglich wird, duerfte man hier nur von "administrativer Epidemiologie" von Strafnormverletzungen durch Jugendliche sprechen. Es geht naemlich in Wahrheit um jugendliches Verhalten, dessen Kriminalisierung spezialisierten Einrichtungen strafrechtlicher Sozialkontrolle anheimgestellt (via Anzeige) oder von diesen selbst initiiert worden ist. Es geht um die Reichweite polizei- und gerichtsadministrativer Beschaeftigung mit "schwierigen Jugendlichen" oder "Schwierigkeiten mit Jugendlichen" und um die Konsequenzen dieser Beschaeftigung mit ihnen unter dem speziellen Label "Kriminalitaet".

Behandelt wird in der Folge vor allem jene Kriminalitaet der 14- bis 18jaehrigen auf die mit dem Instrumentarium des Jugendstrafrechtes (JGG) reagiert wird. Dieses erlaubt, den Ausspruch einer Strafe aufzuschieben, die Sanktionen des allgemeinen Strafrechts zu halbieren und ihre Rechtsfolgen zu beschraenken.

Wenn man die Kriminalstatistiken als das wuerdigt, was sie sind, Parameter der Kriminalisierungsprozesse, liest sich die Jugendkriminalitaetsentwicklung in Oesterreich seit den fuenfziger Jahren folgendermassen: Dreimal gab es im Zeitraum der letzten dreieinhalf Jahrzehnte einen Schub an Strafanzeigen gegen Jugendliche, in den fuenfziger Jahren (zwischen 1954 und 1960 nahm die Kriminalitaetsbelastung Jugendlicher, d.h. nahmen die Strafanzeigen pro 100.000 der Altersgruppe um ueber 50 % zu), in den fruehen siebziger Jahren (zwischen 1969 und 1972 Anstieg um 40 %) und am Uebergang zu den achtziger Jahren (zwischen 1978 und 1981 Anstieg um 20 %).

In der ersten dieser drei Kriminalisierungsphasen waren nicht die Jugendlichen allein von wachsender Unduldsamkeit gegen Abweichung betroffen, wenn auch sie deutlich am staerksten und in mehr ihrer Lebensaeusserungen als Erwachsene. Der Kriminalisierungsschub der

Einseitige
Betrachtung
der Jugend-
kriminalitaet

Kriminalitaet
und
Kriminalisie-
rung

Drei Krimi-
nalisierungs-
phasen

fruehen siebziger Jahre traf hingegen ausschliesslich Jugendliche und liess Erwachsene verschont. Diese spezifisch jugendgerichtete Kriminalisierung seitens der Anzeigerstatter und Polizei in den fruehen siebziger Jahren wurde jedoch zum Unterschied von der ersten Kriminalisierungsphase in den fuenfziger Jahren von den Gerichten nicht mehr mitvollzogen und war deshalb ein widerspruechliches Phaenomen und in den Auswirkungen gemildert. Waehrend seinerzeit die Gerichte die allgemein repressive Reaktion auf Jugendliche sogar verstaerkten, indem sie weniger Verfahren einstellten denn je und die strenge Strafenpolitik beibehielten, korrigierten sie in den siebziger Jahren die ueberschiessenden Anzeigen durch vermehrte Verfahrenseinstellung und zunehmenden Gebrauch von Alternativen insbesondere zum Freiheitsentzug.

Die dritte, letzte und schwaechste der drei beobachtbaren Kriminalisierungswellen gegen Jugendliche faellt innerhalb einer allgemeinen Kriminalisierungsbewegung zwischen 1978 und 1982 weder der Intensitaet noch der Struktur nach besonders auf. Unterdurchschnittlich zu bis ab nehmen Anzeigen gegen Jugendliche wie Erwachsene wegen sexueller Provokatioen und sexueller Gewalt, durchschnittlich steigen die Anzeigen wegen Aggressionsdelikten gegen Personen oder Sachen, ebenso wegen Diebstahlsdelikten. Anteilig zu nehmen an den Anzeigen gegen Jugendliche entgegen dem allgemeinen Trend nur die Strassenverkehrsdelikte, unbefugte Inbetriebnahme von Kraftfahrzeugen und - im allgemeinen Trend - Drogendelikte. Jugendliche sind in dieser Periode nicht erkennbar als solche oder in neuer Weise gesellschaftliches Aergernis. Es waechst nur insgesamt der Druck gegen undiszipliniertes Verhalten in zunehmend krisenhaften und Anstrengungfordernden Zeiten. Die Kriminalisierung verarbeitet hier keinen spezifischen Generationskonflikt, sondern arbeitet an einer krisensituationsgerecht erhoehten Normgeltung.

Den drei Kriminalisierungsphasen standen mindestens zwei Entkriminalisierungsphasen gegenueber, von denen die erste die sechziger Jahre umfasste und in der ersten Haelfte allen Altersgruppen, in der zweiten nur noch den Jugendlichen zugute kam, und die zweite Mitte der siebziger Jahre im Zuge der grossen Strafrechtsreform wieder allgemein wirkte. Die Entkriminalisierung Jugendlicher in den sechziger Jahren war eine ungeteilte, von allen Kontrollinstanzen (Anzeigerstatter, Polizei, Gerichte) mitvollzogene und einschneidende. Die Kriminalisierung Jugendlicher sank bis zum Ende der sechziger Jahre auf allen Linien (Anzeigen, Verurteilungen, Strafen) auf etwa das tiefe Niveau der fruehen fuenfziger Jahre. Waehrend die Strafanzeigen gegen Jugendliche ab 1969 neuerlich steil anstiegen, setzte sich die Entkriminalisierung Jugendlicher durch die Gerichte ueber die sechziger Jahre hinaus fort. Der Rueckgang der Verurteilungen Jugendlicher endete trotz Anzeigenboom nicht und wurde noch uebertroffen von der Reduktion der Sanktionen. Zwischen 1969 und 1975 halbierten sich die von Jugendlichen verbuessten Freiheitsstrafen in einem seit 1961 anhaltenden Prozess der "Decarceration" (Befreiung vom Gefaengnis). Die im Gegensatz dazu verschaerfte Kriminalisierung Jugendlicher vor den Schwellen der Gerichte wich erst 1972 und bis 1978 andauernd wieder groesserer Zurueckhaltung auch von Anzeiger-

Zwei Ent-kriminalisie-rungsphasen

stattern und Polizei, gegen Jugendliche Strafrecht und Strafgerichte zu bemuehen. Diese Zeit war eine zweite Phase ungeteilter Entkriminalisierung. Seit 1981 deutet sich eine dritte Entkriminalisierungsphase an, ueber deren definitiven Charakter sich im Augenblick aber noch schwer urteilen laesst.

Im Kern enthaelt die bisher parlamentarisch noch nicht behandelte Regierungsvorlage fuer ein neues JGG gar nicht so aktuelle Ideen. Vorgesehen ist vor allem die Moeglichkeit der auf eine Probezeit bedingten Anzeigenzuruecklegung durch den Staatsanwalt bzw. der bedingten Verfahrenseinstellung durch den Richter bei Bestellung eines Bewaehrungshelfers oder Erfuellung bestimmter Auflagen durch den Jugendlichen (Zahlung eines Geldbetrages an einige gemeinnuetzige Einrichtung, Erbringung einer Arbeitsleistung fuer die Gemeinschaft oder den Geschaedigten, Teilnahme an einem Aus- oder Fortbildungskurs). Dadurch sollen die Gerichte mehr an Einflussmoeglichkeiten zwischen Reaktionsverzicht und traditionellen Sanktionen erhalten, ohne dass mehr Jugendlichen das Handikap einer Vorstrafe wegen formeller Strafverurteilung droht.

Mit dem Auflagenkonzept schliesst der Entwurf an internationale Entwicklungen aus den fruehen siebziger Jahren an, Straftaeter und Gesellschaft durch Angebote von/Verpflichtungen zu gemeinnuetziger Arbeit voneinander weniger zu entfernen als durch herkommliche Strafmaassnahmen. Die Community-Service-Order britischen Typs, das hollaendische Dienstverlenning und die Arbeitsleistung nach dem deutschen JGG sind samt der Idee des "beiderseitigen Nutzens" fuer den Straffaeligen und die Gemeinschaft Vorbilder des oesterreichischen Entwurfs. Ihre Bluete erlebten die Arbeitsauflagen als Alternative zu anderen Sanktionen in einer Zeit, in der es nicht an Beschaeftigungsangeboten mangelte, Stellen aber schwer zu besetzen waren, an denen an der Folgenbewaeltigung der leistungs- und konkurrenzgesellschaftlichen Verhaeltnisse gearbeitet wurde (Stellen im sozialen und kommunalen Bereich).

Jugendgerichtsgesetz

F R E I Z E I T - J U G E N D K U L T U R - J U G E N D - A R B E I T

Jugendkultur in ihren massen- bzw. sub- und gegenkulturellen Ausdrucksformen ist verflochten mit globalen sozioökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen. Es sind dies vor allem die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung, die Arbeitsplatzunsicherheit, die Expansion von Kulturindustrie und Massenkultur, der Medienboom, der Wertewandel, der Einfluss angloamerikanischer Kulturelemente, die Konsumorientierung unserer Gesellschaft, der Wandel der Sozialisationsbedingungen, die Bürokratisierung und Technisierung sozialer Prozesse und das Vorherrschen bestimmter Wert- und Moralvorstellungen.

Auf diesem von Jugendlichen sowohl einengend als auch verunsichernd erlebten Hintergrund wird vermehrt eine "innovative" alterskulturelle Praxis entfaltet, die besonders im Hinblick auf die herrschenden gesellschaftlichen Normensysteme Reibungspunkte verursachen. Die Andersartigkeit und besondere Dynamik jugendkultureller Ausdrucksformen kann nicht primär auf Entwicklungsmerkmale des Jugendalters zurückgeführt werden, sondern muss als Barometer für gesamtgesellschaftliche Ereignisse und Veränderungen interpretiert werden. So kann bei Österreichs Jugendlichen eine zunehmende Polarisierung in systemkonforme bzw. systemnonkonforme "Sozialisationstypen" beobachtet werden, wobei der bunten und medienwirksamen Welt der subkulturellen Stilbildungen eine Pilotfunktion in der Entäusserung kulturkritischer Formen und Inhalte zukommt.

Ein wichtiges Beispiel für jugendkulturelle Ausdrucksformen stellt die Musik dar. Musik spielt im Leben junger Menschen eine grössere Rolle als andere Ausdrucksformen.

Das Hören von Musikkassetten und Schallplatten gehört zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der 14- bis 19jährigen und rangiert noch vor "sich mit Freunden treffen" und "Radio hören". Durch die weite Verbreitung von HiFi-Anlagen, Plattenspielern, Radios und Cassettenrecordinern ist nahezu eine hundertprozentige Verfügbarkeit von Musik gewährleistet. 99 % der Jugendlichen hören Radio, 95 % Musikkassetten, 68 % Platten, 70 % nehmen auf Kassetten auf, 36 % gehen in Discotheken, 26 % zu Live-Konzerten. Der/die "durchschnittliche" Jugendliche hört an 291 Tagen im Jahr Radio, an 203 Tagen Musikkassetten, an 73 Tagen Platten, an 40 Tagen werden Überspielungen auf Kassette bzw. Tonband gemacht. Dazu kommt bei Jugendlichen über 16 alle 9 Tage ein Discobesuch, das sind 40 Disco-Tage im Jahr.

Radio- und Plattenhören ist über den ganzen Tag verteilt. Radio läuft vielfach im Hintergrund, Platten werden konzentrierter gehört, entweder allein oder in Gesellschaft. Bis zum 15. bzw. 16. Lebensjahr zeigt der Musikkonsum zu Hause eine steigende Tendenz, geht dann, vermutlich wegen der häufigeren Ausser-Haus-Aktivitäten etwas zurück. Die Unterschiede zwischen Burschen und Mädchen sind gering, hingegen sind Angehörige der

Jugendkul-
tur als ge-
sellschaft-
liche Kultur

Musik:
wichtigste
Kulturauße-
rung der Ju-
gendlichen

unteren sozialen Schichten haefigere Musik- und Radiohoerer als Leute aus mittleren Schichten.

Musik kann im Leben junger Menschen "biografische" Bedeutung erlangen, wenn sich Musikkonsum oder Musikausueben mit aktuellen Lebenslagen, bestimmten Erlebnissen, Gefuehlen, Problemen und Sehnsuechten verbindet.

Authentische Stilbildungen von Jugendlichen werden durch die Verwertungsinteressen der Kulturindustrie aufgegriffen und verwaessert und in massenkulturelle Zusammenhaenge rueckgefuehrt, welche als Sicherung von Massenloyalitaet bzw. Anheizung des Konsum kulturindustrieller Gueter funktionieren. Mittels der kulturindustriellen Verbreitungsmoeglichkeiten erreichen sub- und gegenkulturelle Stile der Jugendszene eine breite Oeffentlichkeit und durchdringen - zwar in veraenderter Form - das gesamtgesellschaftliche Gefuege. Auf diesem Weg werden jugendkulturelle Stile und jugendspezifische alterskulturelle Praktiken partiell in das allgemeine Kulturgut integriert.

Wenn - wie viele Befunde zeigen - die gesellschaftliche Verankerung von Jugendlichen ueber das Konsum- und Freizeitangebot als Teilhabe an vermarkteter Kultur erfolgt, dem auf der Seite der Jugendlichen relative Armut und ein unvereinbares Orientierungsdilemma im Widerspruch steht, dann lassen sich von ihr aus klar die entscheidenden Fragen bestimmen, mit denen eine Praxis des gesellschaftlichen Umgangs mit Jugendlichen konfrontiert ist.

Eine erste Forderung, die aus dieser Sicht der Verhaeltnisse resultiert, betrifft noch nicht das oeffentliche Handeln, sondern das oeffentliche Reden: die Widerspruechlichkeit ihrer gesellschaftlichen Verortung darf den Jugendlichen nicht durch harmonisierende, beschwichtigende oder moralisierende Beteuerungen weggeredet werden. Die Erwachsenen, Eltern wie Lehrer oder Politiker, die sich gerne darueber beklagen, dass die Jugendlichen nicht mehr auf sie hoeren wollen, sollten sich gerade in dieser Hinsicht ihrer weiterhin bestehenden enormen Verantwortung gegenueber den jungen Menschen bewusst sein. Sie hoeren auf sie. Sie realisieren, ob sie die Dinge beim Namen nennen oder ob sie sich um heikle Themen herumschwindeln. In den letzten Jahren ist, durch welche Faktoren auch immer ausgeloest, der Wille der Verantwortlichen zur Offenheit etwas groesser geworden. Krisen werden eingestanden, Schwierigkeiten zugegeben, gelegentlich wird sogar die eigene Ratlosigkeit eingeraeumt. Die oeffentlichen Medien kommentieren solche Zwischentoene im allgemeinen als Schwaeche, Feigheit oder Inkompetenz. Der Ruf nach starken Maennern, einsamen Entscheidungen und radikalen Loesungen ist die Folge solcher Einschaetzungen.

Auf der Ebene des Handelns ergeben sich zwei Alternativen: Einerseits muss der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Partizipationsanspruch via Massenkultur und faktischer Ausschliessung von dieser Kultur reduziert werden. Es waere zu ueberlegen, wie man massenkulturelle Angebote fuer die Jugendlichen verbilligen kann. Dies koennte wahrscheinlich rasch und

Enteignung
und Ver-
gesellschaftung
durch Kul-
turindustrie

Zur Kultur
oeffentlichen
Redens

Kultur- und
Freizeitange-
bote aller
Art billiger
machen

ohne grosse Schwierigkeiten dort geschehen, wo sich diese Einrichtungen ohnedies in oeffentlicher Hand befinden. Sportstaetten, Schwimmbaeder u.a. Freizeiteinrichtungen in oeffentlicher Verwaltung sollten billiger oder kostenlos werden. Kommerzielle Veranstaltungen Privater (Kinos, Konzerte, Discos) muessen subventioniert werden. Man koennte durchaus erwaegen, das so erfolgreiche Modell der Banken auf eine weniger kommerzielle Weise zu kopieren. Da die Finanzierung der Verbilligungen im Wesentlichen ueber die Werbung in den Informationsbroschueren laeuft, koennten diese Clubs auch von staatlichen Traegern oder Jugendverbaenden uebernommen werden.

Der Bundesjugendring sollte sich zunehmend von einer mehr passiven Funktion, in der er vor allem ueber eine gerechte Verteilung der Subventionsgelder wacht, zu einer aktiven Funktion hin entwickeln. Aktionen der hier beschriebenen Art, koennten sowohl er, als auch einzelne Jugendorganisationen uebernehmen. Den Banken und anderen interessierten Einrichtungen sollte die Moeglichkeit eines Jugendfonds angeboten werden, in dem sie zusammen mit Vertretern der Jugendlichen ueber die Verwendung der Gelder entscheiden koennen.

Die andere Alternative besteht in der grosszueigigen Foerderung aller Bestrebungen von Jugendlichen, selbst Freizeitkultur zu erzeugen. Solche Bemuehungen haben wenig Erfolg, wenn sie nur bei vereinzelten, oft sehr privaten Initiativen ansetzen. Sie muessen vielmehr dort stattfinden, wo die Jugendlichen ohnedies sind oder sein muessen: in den Schulen, in den Betrieben und in den Jugendorganisationen. So wie Sport, speziell Fussballsport, schon einmal auf schulisch-betrieblicher Ebene organisiert war, so koennte es auch heute in den Schulen und Betrieben jugendliche Musikgruppen Clubs aller Art, aber auch Sportvereine geben. Wer die Handhabung schon der bestehenden Moeglichkeiten durch die meisten Schulen kennt, wird sich freilich auf eine weitreichende Erfuellung solcher Vorstellungen nicht allzu viel Hoffnungen machen.

Es waere daher zu fordern, den Jugendorganisationen groesstmoeglichen Zugriff und Zutritt zu den vor allem raeumlichen und infrastrukturellen Ressourcen der Schulen, die im allgemeinen mehr als 50 % der Zeit leerstehen, zu gewaehren. Und dies nicht nur in Schulen, die im direkten Zugriff der Gemeinden stehen, sondern auch in jenen, die von den Schulgemeindeverbaenden verwaltet werden und in den Bundesschulen. Nicht nur Jugendorganisationen, sondern auch eingeninitiativen Projekten von Gruppen Jugendlicher, koennte auf diese Weise im wahrsten Sinne des Wortes Raum geschaffen werden in einer Gesellschaft, die ihnen Vieles verspricht und nur Weniges gibt.

Gesellschaftliche Freiraeume sind Voraussetzung fuer selbst-initiierte kulturelle Formen von Jugendlichen. Dabei kommt den sozialen Orten, die den Ablauf der charakteristischen Gruppenprozesse ueberhaupt erst moeglich machen, eine entscheidende Bedeutung zu. Das Zur-Verfuegung-Stellen von entsprechenden Orten in Autonomie und Selbstbestimmung, d.h. ohne restriktive inhaltliche und formale Auflagen, ist eine wesentliche politische Schluss-

Von Jugendlichen selbst erzeugte Kultur fördern

Öffnung von Schulen

Autonome, pädagogisch unterstützte Freiräume

folgerung. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Frage der paedagogischen Begleitung derartiger Prozesse: Die Paedagogisierung des Jugendalltags (Schule, Jugendarbeit) umschliesst sowohl die Förderung der Entwicklung authentischer und selbstbestimmter Prozesse als auch die Kontrolle derselben. Die Bereitstellung von Paedagogen in der Jugendkulturarbeit ist nur dann sinnvoll und notwendig, wenn diese den Prinzipien der Erziehung zur Mündigkeit bzw. der Freiwilligkeit aufgrund umfassender Aus- und Weiterbildung, Supervision und Nichtüberlastung gerecht werden können. Ein wichtiges Anliegen politischen Handelns in diesem Zusammenhang müssen daher entsprechende (kostenintensive) Massnahmen zur Qualifizierung von Menschen, die mit Jugendlichen arbeiten sein. Personalaufstockung und fachliche Weiterbildung sind Schritte in diese Richtung.

Der wohl bekannteste soziale Ort im oben angesprochenen Sinn ist das Jugendzentrum: Für die Entwicklung der Jugendzentren in Österreich lassen sich seit den späten 60-er Jahren drei markante Stränge feststellen:

Jugendzentren

- die Öffnung der traditionellen verbandlichen Jugendarbeit in Anbetracht rapid sinkender Teilnehmerzahlen,
- Experimente mit selbstverwalteten Jugendzentren im Gefolge der Studentenbewegung und vor dem Hintergrund des Konzepts emanzipatorischer Erziehung sowie
- die verstärkten jugendpolitischen Bemühungen grosser städtischer Gemeinden, als Reaktion auf eine deutlich abnehmende Massenloyalität gerade unter jungen Menschen.

Unabhängig vom jeweiligen historischen Entstehungszusammenhang und unabhängig von den gelegentlich ideologisch überhöhten Begründungsversuchen entwickeln sich Jugendzentren immer mehr zu Einrichtungen einer sozial- und freizeitpaedagogischen Infrastruktur mit speziellem Aufgabenbereich. Die Leitung erfolgt meist durch unbezahlte (ehrenamtliche) jugendliche und erwachsene Mitarbeiter, die durch angestellte Mitarbeiter unterstützt werden.

Die Träger von Jugendzentren sind die Kirchen, Gemeinden, Jugendverbände oder Vereine, die ausschließlich zur Führung eines Jugendzentrums gegründet wurden. Wenngleich "private" Träger zum Teil von Gemeinden, Landern oder vom Bund subventioniert werden, gehört die Förderung von Jugendzentren aber nicht zu den verpflichtenden Aufgaben einer Gebietskooperationschaft. Die Gewährung von Subventionen liegt im Ermessen der betreffenden Gebietskooperationschaft, wodurch die Existenz vieler Jugendzentren nicht hinreichend abgesichert ist.

Träger der Jugendzentren

Die meisten Jugendzentren sprechen insbesondere Jugendliche aus dem unteren Einkommensdrittel und vor allem berufstaatige Jugendliche (Lehrlinge, Hilfsarbeiter,...) und in zunehmendem Masse arbeitslose Jugendliche an. Männliche Jugendliche sind in den meisten Jugendzentren stark überrepräsentiert. In diesem Zusammenhang werden vor allem Frauen in Jugendzentren Handlungskonzepte und Handlungsansätze für eine "feministische Mädchenarbeit" in Jugendzentren entwickelt.

Besucher der Jugendzentren

Jugendzentren erfüllen im wesentlichen folgende sozial- bzw. freizeitpaedagogische Funktionen:

- * Jugendtreffpunkt in einem überschaubaren Siedlungsgebiet (Stadtteil, Dorf,...) mit preisgünstigem Getränke- und Essensangebot ohne Konsumzwang,
- * Lernort für Mitverwaltung und Mitgestaltung eines überschaubaren Lebensbereiches, also politische Bildung im Sinne von bedürfnisorientierter Veränderung räumlich-materieller Umwelt bzw. praktische Einübung demokratischer Durchsetzung von Interessen,
- * Ort für integrative Lebens- und Krisenberatung,
- * Aktionsraum sowohl für vorwiegend konsumorientierte (z.B. Disco, Konzerte, Film,...) als auch für vorwiegend selbstorganisierte (Projekte,...) freizeitkulturelle Aktivitäten.

Die Erfüllung dieser Funktionen stößt allerdings oft auf erhebliche Schwierigkeiten:

- Viele pädagogische Mitarbeiter in Jugendzentren verfügen nicht über die zur Erfüllung der vielfältigen Handlungsanforderungen notigen Kompetenzen. Dies verweist auf das Problem der mangelnden Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter in Jugendzentren. Die unsicheren Finanzierungsbedingungen bei vielen Jugendzentren führen außerdem zu einer "Abschreckung" von qualifizierteren Mitarbeitern.
- Mit der Förderung selbstorganisierter Freizeitaktivitäten stehen Jugendzentren einer übermächtigen konsumbezogenen freizeitkulturellen Angebotsstruktur gegenüber. Die in den Anfangen der Jugendzentrumsarbeit besonders attraktiven Veranstaltungen wie Discos, Konzerte und Filme erweisen sich im Vergleich zu den technisch ausfeilten und hochdotierten Angeboten der kommerziellen Veranstalter (z.B. Service-Clubs der Banken,...) als immer weniger konkurrenzfähig. Für kompensatorische Angebote mit hohem Aufforderungscharakter (z.B. aktivierende Medienarbeit) fehlen oft - neben den einschlägigen Kompetenzen von pädagogischen Mitarbeitern - die entsprechenden finanziellen Mittel.
- Im Zusammenhang mit derzeit verstärkt auftretenden Dequalifizierungs- und Ausgrenzungsprozessen bei einer wachsenden Zahl von Jugendlichen werden Jugendzentren immer häufiger zum letzten Zufluchtsort solcherart deklassierter junger Menschen, die ihr Zentrum gegen andere, relativ privilegierte Jugendliche verteidigen. Durch dieses "Revierverteidigungs-Verhalten" werden - trotz deklarierter Offenheit eines Jugendzentrums - viele Jugendliche de facto von der Nutzung ausgeschlossen. Das Jugendzentrum wiederum ist mit seinem freizeitpädagogischen Anspruch und der darauf ausgerichteten Angebotsstruktur mit der Erfüllung von sozialtherapeutischen Funktionen überfordert.
- Jugendzentren haben oft mit einem eher negativen Image in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung zu kämpfen.

In Anbetracht der räumlichen, funktionalen und Zielgruppenbezogenen Begrenztheit von Jugendlichen sowie in Anbetracht ihres oft schlechten Images in der Öffentlichkeit hat sich die Ergänzung der stationären Einrichtung Jugendzentrum durch mobile Animationsangebote (Spielbus, Medienbus,...) bewährt. In Österreich

Aufgaben
der
Jugendzentren

Schwierig-
keiten bei
der Erfül-
lung der
Aufgaben von
Jugendzentren

Jugendzentren
als
Zufluchtsort
Deklassierter

Image der
Jugendzentren

reich sind derartige - in der Schweiz und der BRD schon seit Jahren erprobte mobile Angebote nur in Einzelfaellen realisieren lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die vielfach vernachlaessigte sozial- und freizeitpaedagogische Funktion von Spielplaetzen zu verweisen. Aktivspielplaetze (Bauspielplaetze, Jugendfarmen,...) sind in Oesterreich noch weitgehend unbekannte Handlungsfelder der ausserschulischen Jugendarbeit, die allerdings in Anbetracht einer immer staerker verplanten und durchgestalteten Umwelt mit nur mehr wenigen sinnlichen Erfahrungsmoeglichkeiten eine zunehmende Bedeutung erlangen koennten.

Abschliesseend waere freilich zu betonen, dass sowohl ueber Jugendzentren als auch ueber Formen der mobilen Animation bzw. der Spielplatzarbeit in Oesterreich nur wenig gesicherte Wissensbestaende vorliegen. Dies haengt vor allem mit dem eklatanten Forschungsnotstand im gesamten Gebiet der Sozial- und Freizeitpaedagogik zusammen.

Allerdings kann erst nach Vorliegen gesicherter Daten die reale Leistungsfaehigkeit der Jugendzentrumsarbeit in Oesterreich bestimmt werden. In der Folge muesste die Systemfunktion von Jugendzentren und aehnlichen Einrichtungen im Gesamtzusammenhang der sozial- und freizeitpaedagogischen Infrastruktur eines Gemeinwesens auf dem Hintergrund von historischen, systematischen und planungstheoretischen Wissensbestaenden herausgearbeitet werden.

Mittel- bis langfristig ist die Entwicklung der Jugendzentrumsarbeit davon abhaengig, ob es gelingt, die Funktion und den Stellenwert dieses sozial- und freizeitpaedagogischen Handlungsfeldes im Kontext der gesamten psycho-sozialen und sozi-kulturellen Angebotsstruktur eines jeweiligen Gemeinwesens festzulegen. Dies verweist auf die Notwendigkeit von umfassenden Sozial- und Freizeitplanungskonzepten auf Bundes-, Landes- und vor allem auf kommunaler Ebene.

Was die freizeitpaedagogische Infrastrukturplanung betrifft, ist es aus Gruenden sorgfaeltiger und behutsamer Entwicklungsfoerderung sinnvoll, sich vorerst auf den Aufbau einer begrenzten Anzahl von Modellprojekten zu beschraenken. Diese Modellprojekte

- muessen bei den konkreten Beduerfnissen betroffener Bevoelkerungsgruppen ansetzen,
- auf bereits vorhandenen Initiativen aufbauen,
- moeglichst hohe Realisierungschancen haben,
- verschiedene Auspraegungsformen und Handlungsansaetze moderner Freizeitpaedagogik aufgreifen und
- muessen unbedingt wissenschaftlich begleitet werden.

Die umfassenden Aufgaben wirkungsvoller freizeitpaedagogischer Infrastrukturpolitik und -planung sind nur zu erfuellen, wenn Planung und Verwaltung flexibel sind, herkoemmlie Ressort- und Amtsgrenzen sind dafuer eher hinderlich! In diesem Sinne stellen auch die historisch gewachsenen scharfen Trennungslinien zwischen

Spielplaetze

Mobile Animation

Wenig gesicherte Daten

Freizeitplanung

Rahmenbedingungen für freizeitpaedagogische Planung

Sozialarbeit, Kulturarbeit, Bildungsarbeit, Sportarbeit und Animation ein schweres Hindernis fuer die angemessene Bewaeltigung einer nur unter ganzheitlicher Betrachtung loesbaren Probleme der Planung und Steuerung freizeitpaedagogischer Infrastruktur eines Gemeinwesens dar.

Zur Bewusstseinsbildung im Sinne eines methodenintegrativen Konzepts ist die Bildung einer sozial- und freizeitpolitischen Kommission unter Mitarbeit von ressortzustaendigen Politikern sowie von Fachbeamten, Fachwissenschaftern und Praktikern aus den verschiedenen, bisher meist scharf getrennten, Bereichen sozialpaedagogischer und sozialarbeiterischer Praxis und Forschung zu empfehlen.

Sozial- und
freizeit-
politische
Kommission

Bei der Konzeption von Ausbildungsgaengen fuer Mitarbeiter in freizeitpaedagogischen Handlungsfeldern koennen zwei Wege beschritten werden:

Ausbildungs-
gaenge fuer
Freizeit-
paedagogen:
Grundausbil-
dung und
Spezialisie-
rung

- Ausbildung zum hochspezialisierten Animateur bzw. Freizeitpaedagogen, der seine Kompetenzen neben und in Kooperation mit anderen Speziaisten am zunehmend differenzierter werdenden sozialpaedagogischen Arbeitsmarkt anbietet; Durchsetzung von berufspolitischen Schutzbestimmungen durch die jeweiligen Berufsverbaende; geringe Flexibilitaet der Spezialisten, da ein Wechsel in andere Sparten sozialer Arbeit erschwert ist.
- Generalistische Grundlagenausbildung zum Sozialarbeiter/ Sozialpaedagogen auf Akademieniveau; Schwerpunkttausbildung im Anschluss an die Grundausbildung; Moeglichkeit zum spaeteren Erwerb anderer Schwerpunktkompetenzen durch Fortbildungsangebote; gemeinsame Berufspolitik aller Sozialarbeiter/Sozialpaedagogen; hohe Flexibilitaet am einschlaegigen Arbeitsmarkt, da ein Wechsel in andere Sparten sozialer Arbeit relativ leicht moeglich ist.

Angesichts vieler Argumente und aus Gruenden der Chancenoptimierung fuer Ausbildungsabsolventen am einschlaegigen Arbeitsmarkt ist eine Entscheidung zugunsten der Generalisierung mit Phasen der Spezialausbildung zu empfehlen.

Mit der anstehenden Entscheidung

- koennte einerseits die historische Chance fuer eine sinnvolle Verbindung der wichtigsten Ausbildungsgaenge fuer soziale bzw. sozio-kulturelle Berufe genutzt werden und
- koennte andererseits die bestehende Zersplitterung sozialer bzw. sozio-kultureller Praxis sowie der entsprechenden Ausbildungsgaenge noch verstaeckt und auf Jahre hinaus zementiert werden.

Statt der vorschnellen Gruendung neuer Ausbildungsstaetten fuer Jugendleiter, Freizeitpaedagogen und Animateure soll eine Grundausbildung zum "Sozialarbeiter/Sozialpaedagogen" mit anschliessender Spezialisierung fuer verschiedene wichtige Auspraegungsformen sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit ueberdacht und mit den Vertretern bestehender Ausbildungsgaenge diskutiert werden.

In der Folge koennte ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt in Form eines "Schulversuchs" gestartet werden. Gelaenge es,

diese Entwicklung in Gang zu setzen, wuerden sich nicht nur die Ausbildungsbedingungen und Arbeitsmarktchancen fuer Studierende bzw. Absolventen einschlaegiger Ausbildungsgaenge erheblich verbessern, sondern mittelfristig auch die berufspolitischen Durchsetzungsmoeglichkeiten fuer Fachleute in Handlungsfeldern sozialer bzw. sozio-kultureller Arbeit.

Einen weiteren Schritt stellen rasche und unbuerokratische Foerderungen konkreter kultureller Basisinitiativen von Jugendlichen, wie etwa Musikgruppen, Theatergruppen, Veranstaltungen, Publikationen, dar. Sogenannte Jugendservicestellen sind ein erster Ansatzpunkt. Von Bedeutung ist dabei, von selbstgesteuerten Prozessen, die durch Eingriffe und Verzoegerungen von aussen (sogenannte Sachzwaenge) aufgrund der oft geringen Frustrationstoleranz von Jugendlichen allzuoft verhindert werden, auszugehen. Auch hier ist es dringend notwendig, die Sprache der Jugendlichen, deren Impulsivitaet und Ungeduld zu verstehen, um ihnen auf dieser Folie eigenverantwortliches Handeln entwickeln zu lassen. Eine Politik, die hier aufgrund von Sachzwaengen meist administrativer Natur staendig interveniert und die Durchfuehrungsprozesse von kulturellen Ablaeufen nicht vereinfacht, muss von Jugendlichen zwangslaeufig als ihren Interessen zuwiderlaufend interpretiert werden, speziell wenn dies mit massiven Budgetkuerzungen, die fuer die Sanierung des Gesamtbudgets unerheblich sind, gekoppelt ist.

Schulversuch
zur Ausbil-
dung von
Sozial-
paedagogen

Unbüro-
kratische
Förderung von
spontanen
Kultur-
initiativen

J U G E N D O R G A N I S A T I O N E N

Jugendarbeit in Jugendverbänden und Jugendorganisationen hat in Österreich eine lange und erfolgreiche Tradition. Viele der heute taetigen Jugendorganisationen sind im österreichischen Bundesjugendring (OEBJR) zusammengeschlossen. Diese Dachorganisation setzt sich das gemeinsame Ziel sowie die Bewältigung von Aufgaben, die eine Organisation alleine nicht meistern kann.

Österrei-
chischer
Bundesju-
gendring

Nach eigenen Angaben verfügen die im Österreichischen Bundesjugendring vertretenen Jugendorganisationen über einen Mitgliederstand von mehr als 700.000 Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 4 und 30 bzw. 35 Jahren. Davon sind rund ein Drittel unter und zwei Drittel über 15 Jahre alt. Die Zahl der haupt- und ehrenamtlichen staatlichen Mitarbeiter beträgt fast 50.000, ihr Alter liegt im Durchschnitt bei 24 Jahren. Funktionäre auf Landes- und Bundesebene weisen ein durchschnittliches Alter von über 30 Jahren auf. Was den Anteil der weiblichen Mitglieder betrifft, so zeigt sich die Tendenz, dass diese eher als gewöhnliche Mitglieder an der Basis zu finden sind, seltener hingegen als hauptamtliche oder als Mitarbeiter und Funktionäre in Landes- oder Bundesgremien.

Neben den im OEBJR vertretenen Jugendorganisationen gibt es noch eine grosse Zahl von Jugendverbänden, die außerhalb desselben Jugendarbeit betreiben. Bekannt sind z.B. die Schuelerorganisationen.

Andere Ju-
gendverbände

Jugendorganisationen haben mit der Konkurrenz der kommerziellen Freizeitangebote für Jugendliche zu leben. Konsumhaltung und -orientierung der Jugendlichen werden gerne für das allgemein beklagte gesunkene Interesse und die geringer werdende Bereitschaft der Kinder und Jugendlichen an der Teilnahme an und dem Einsatz für Aktivitäten der Jugendorganisationen verantwortlich gemacht.

Öffentliche
Mittel

In einem gewissen Zusammenhang damit steht auch die Tatsache der - absolut und relativ gesehen - immer knapper werdenden öffentlichen finanziellen Mittel für die Jugendorganisationen. Konform mit der Einschätzung das Jugendorganisationen immer weniger Ausdruck der Jugendbewegung sind, sondern immer mehr zu Organisationen für Jugendlichen im protektiven Sinn geworden sind, geht auch die Tatsache der starken personellen und strukturellen der Jugendorganisationen an ihre jeweilige Mutterorganisation. Auch ist damit ein hoher Institutionalisierungsdruck gegeben.

Die Schwierigkeiten, die Jugendorganisationen bei der Umsetzung politischer Interessen für die Jugendlichen haben, etwa, dass sie von den Erwachsenenorganisationen nicht gehört werden, oder dass sie ihre Interessen nicht gebührend in der Öffentlichkeit vertreten wissen, sollen nicht unerwähnt bleiben, denn sie tragen zu einer gewissen Frustration Jugendlicher und ihrer Funktionäre in den Jugendorganisationen bei.

Zur Standortbestimmung und Perspektivenbildung der Jugendorganisationen muessste auch die Frage diskutiert werden, inwieweit ein umfassender politischer Mandatsanspruch durch die Organisationen postuliert wird und unter den gegenwaertigen Bedingungen noch legitim zu fordern ist.

Politischer Anspruch

Jugendorganisationen, ihre staendigen Mitarbeiter, Funktionaere, gegenwaertigen und potentiellen Mitglieder, beduerfen einer umfassenden Aufmunterung, was ihre Aufgaben, oeffentliche Wirksamkeit, ihre Zielsetzungen und ihre Anpassung an geaenderte Realitaeten der gegenwaertigen Gesellschaft betrifft.

O E F F E N T L I C H E J U G E N D A R B E I T

Oeffentliche, ausserschulische Jugendarbeit und Jugendfoerderung wird in Oesterreich seitens des Bundesministeriums fuer Umwelt, Jugend und Familie, von den bei den Landesregierungen eingerichteten Landesjugendreferaten und von den Gemeinden geleistet.

Bereits 1945 wurde im damaligen Staatsamt fuer Volksaufklaerung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten eine Abteilung fuer ausserschulische Jugenderziehung eingerichtet und per Erlass von 1. November 1946 mit der Bestellung von Jugendreferenten in allen Bundeslaendern der Versuch einer foederalistischen Regelung der Jugendarbeit unternommen.

Die Aufgaben der ausserschulischen Jugendarbeit wurde spaeter vom Bundesministerium fuer Unterricht uebernommen. Die Aufgaben der Jugendpolitik werden seit 1. Jaenner 1984 durch ein Bundesministerium vertreten. Das Bundesministerium fuer Familie, Jugend und Konsumentenschutz richtete eine eigene Gruppe "Jugend" ein, uebernahm die Kompetenzen fuer die Foerderung der Einrichtungen der ausserschulischen Jugenderziehung vom Bundesministerium fuer Unterricht, Kunst und Sport und wurde zuzaetglich mit jenen zur Koordination der Jugendpolitik und der Ausbildung von Mitarbeitern in der Jugendarbeit ausgestattet. Seit 1. April 1987 liegen diese Aufgaben beim Bundesministerium fuer Umwelt, Jugend und Familie.

Die Landesjugendreferate sind Dienststellen der Aemter der Landesregierungen. Die ihnen zur Verfuegung stehenden finanziellen Mitteln werden zur Foerderung der Jugendarbeit der einzelnen Jugendorganisationen, Vereine und sonstigen Traegern der Jugendarbeit verwendet.

Oeffentliche Jugendarbeit - Bundesministerium fuer Umwelt, Jugend und Familie.

Das "Jugendministerium" sieht sich nicht nur als Anlaufstelle fuer Jugendleiter, Jugenderzieher und Jugendbetreuer, sondern in erster Linie als Anlaufstelle fuer Jugendliche, als deren Interessenvertretung in der Regierung. Daher betrachtet es das Jugendministerium als zentrale Aufgabe, bessere Kommunikationseinrichtungen zwischen Jugendlichen und oeffentlicher Verwaltung zu entwickeln, zu erproben und zu etablieren.

Die zunehmende Komplexitaet des gesellschaftlichen Systems fordert den einzelnen Menschen ungleich mehr als in frueheren Zeiten. Ihr soll mit neuer Bildungsmoeglichkeiten fuer Jugendlichen entsprochen werden. Im Unterschied zu herkoemmlichen Bildungsmassnahmen der Schul- und Berufsausbildung sind Vermittlungsformen angebracht, bei welchen die Freiwilligkeit der Teilnahme, der Verzicht auf Leistungsnachweis, neue Methoden und Organisationsformen, Orientierung an der Lebenssituation der Teilnehmer und ihre unmittelbaren Beduerfnisse im Vordergrund stehen.

So sind der ausserschulischen Jugenderziehung Aufgaben zugewachsen, die andere Bildungs- und Sozialisationssysteme nicht leisten können. Hier Dienste anzubieten, die Organisationen zu betreuen, mit den Landesjugendreferaten die Jugendarbeit zu koordinieren, die staatlichen Förderungsmittel zu verwalten und deren Einsatz zu kontrollieren, Impulse zu setzen, darin liegen die Aufgaben der Gruppe "Jugend".

Im Folgenden sind die Förderungen, Initiativen und Massnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie taxativ angeführt:

Finanzielle Förderung

a) Bundesjugendplan:

1983.....	S 18.430.000	(Bundesjugendring und Jugendorganisationen	Bundes-
	S 10.000.000	(Jugendherbergswesen)	jugendplan
1984.....	S 16.077.750	(Bundesjugendring und Jugendorganisationen)	
	S 9.500.000	(Jugendherbergswesen)	
1985.....	S 16.490.000	(Bundesjugendring und Jugendorganisationen)	
	S 9.500.000	(Jugendherbergswesen)	
1986.....	S 18.000.000	(Bundesjugendring und Jugendorganisationen)	
	S 9.024.000	(Jugendherbergswesen)	
<hr/>			
SUMME	S 107.021.750,--		
<hr/>			

b) Freie Jugendförderung (verschiedene Jugendorganisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit außerhalb des Bundesjugendplanes)

Insgesamt:

1983	S 10.556.000	Freie Jugend-
1984.....	S 8.730.175	foerderung
1985.....	S 10.870.000 + 4,5 Mio Sonderförderung anl. "Jahr der Jugend" und "Jahr der Zeitgeschichte	
1986.....	S 11.940.110	
<hr/>		
SUMME	S 42.096.285 + 4,5 Mio	
<hr/>		

davon Investitionsfoederung

fuer die Errichtung, Erhaltung und Einrichtung von Jugendzentren, Jugendhaeusern, Jugendheimen und u.a. Staetten der Jugendarbeit, z.B. Jugendzentren in den Landeshauptstaedten oder anderen Staedten der Bundeslaender, Csellymuehle, Kolpinghaeuser, Jugendmaedchenfamilienheimen, Arbeitsgemeinschaft der Jugendzentren und Alternativgruppen, usw. :

1983.....S	4,1 Mio	Investitions-foerderung
1984.....S	3,3 Mio	
1985.....S	3,3 Mio	
1986.....S	3,1 Mio	
 SUMME	S 13,8 Mio	
<hr/>		

davon Foerderungen

an das Oesterreichische Institut fuer Jugendkunde

1983.....S	902.500	Institut fuer Jugendkunde
1984.....S	950.000	
1985.....S	950.000	
1986.....S	855.000	
 SUMME	S 3.657.500	
<hr/>		

Initiativen und Massnahmen

Zur Foerderung musischer Aktivitaeten Jugendlicher wird im dreijaehrigen Turnus das Oesterreichische Jugendsingen jeweils in einem anderen Bundesland abgehalten. 1986 nahmen im Anschluss an die Orts-, Bezirks-, und Landesveranstaltungen 2000 Jugendliche in 70 Chören und Singgemeinschaften am Bundesjugendsingen in Innsbruck teil. Darueber hinaus werden die Oesterreichische Jugendphilharmonie, der Wettbewerb "Jugend musiziert", Jugendmusikgruppen, Jugendchöre, Jugendspiel und Jugendtheater, die Veranstaltung " Wir machen Hausmusik" gemeinsam mit dem ORF und das Festival "Jugend und Musik", gefoerderdert.

musische Jugendfoerderung

Im Internationalen Jahr der Jugend veranstaltete das Bundesministerium Jugendseminare in Zusammenarbeit mit dem Nationalkomitee zum Internationalen Jahr der Jugend 4 Seminare zu den Themen: "Faschismus und Krieg", "Jugend und Technologische Entwicklung", "Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Jugend" sowie "Unsere Aussenpolitik - ich mache mit". Bei diesen Seminaren wurden vom Bundesministerium Jugendliche um ihre Meinung, ihre Ansichten und um ihre Erlebnisse gefragt. "Gewalt in der Gesellschaft - Gewalt im Sport" war eine der Folgeveranstaltungen dieser Reihe.

Alljaehrlich wird der Redewettbewerb der Oesterreichischen Jugend mit Themen zur Politik, zu Fragen der Kultur, der Gesellschaft, des sozialen Zusammenlebens, zu Fragen und Problemen der jungen Generation zu Glaubens- und Lebensfragen und zum aktuellen Geschehen, in vier Abteilungen abgehalten: Schueler der hoeheren, der berufsbildenden hoeheren und mittleren Lehranstalten; der Landjugend; in Berufsausbildung stehende Jugend: Bundesheer. Mehr als 1000 Teilnehmer nehmen aktiv an den Aufbauveranstaltungen teil. Viel groesser noch ist der politische Bildungseffekt, weil die Redner in Konfrontation mit jungen Zuhörern gebracht werden. Die Landessieger der Bewerbe nehmen über Einladung des Ministeriums und eines Bundeslandes am "Oesterreichtreff" teil. Dessen Zielsetzung ist das Kennenlernen eines Bundeslandes, seiner Geschichte, seiner Kultur und der gegenwaertigen politischen und wirtschaftlichen Situation.

Redewettbewerb

Es ist fuer Jugendliche neu, ungewohnt und vielen auch unbekannt, dass sie ein "eigenes" Ministerium haben, das ihre Interessen vertritt und Service anbietet. Die Mobile Jugendinformation kommt daher den Jugendlichen an den Orten entgegen, wo sie ihre Freizeit verbringen. Diese Mobile Jugendinformation wurde 1986 eingerichtet, mit einem Informationsbus ausgestattet und sie wird von Mitarbeitern des Ministeriums und erfahrenen Paedagogen betreut. In Zusammenarbeit mit den Landesjugendreferaten, Jugendorganisationen, -zentren und -initiativen werden unterschiedlichste Veranstaltungen, z.B. zur Jugendfreizeitarbeit, Jugendbeschaeftigung, Umwelt- und Oekologieerziehung, durchgefuehrt.

Mobile Jugend-information

In der Jugendpolitischen Arbeitsgemeinschaft sollen Jugendliche betreffende Fragen besprochen und Loesungsmodelle dafuer erarbeitet werden. Teilnehmer daran sind Jugendliche aus der Region, Vertreter von Jugendgruppen, Jugendzentren und Jugendorganisation aus ganz Oesterreich sowie Mitarbeiter des Bundesministeriums und der Bundesminister. Diese Form der direkten Gespraeche wurde gegenueber der Einrichtung, etwa eines Juggendausschusses im Parlament bevorzugt, weil berechtigte Einwaende gegenueber einer abgehobenen Jugendpolitik, die von den Betroffenen kaum beeinflusst werden kann, bestanden.

Jugendpoliti- sche Arbeits- gemeinschaft

In einer Interministeriellen Arbeitsgemeinschaft wird in vier Arbeitskreisen die Problemlage der Jugendreligionen, Gurubewegungen und Psychokulte bearbeitet. Demnaechst findet ein gesamt-oesterreichisches Multiplikatorenseminar fuer paedagogisch Taetige statt und es erscheint eine Broschuere zum Thema "Jugenreligionen - Psychokulte - Gurubewegungen".

Interminis- terielle Arbeitsgemein- schaft

Um Jugendliche vor negativen sozialen Folgen einer Verurteilung zu bewahren, wurde durch eine Subvention des Bundesministeriums dem Verein fuer Bewaehrungshilfe die Erprobung eines Modellprojektes zur Konfliktregelung ermoeglicht. Jugendliche haben nunmehr in drei Bundeslaendern die Moeglichkeit, durch eine opfer- und delikt-orientierte Wiedergutmachung zu einer Verfahrenseinstellung zu kommen.

Modellprojekt Konfliktregelung

Ueber die angefuehrten Massnahmen und Initiativen hinausgehend werden Veranstaltungen zur: Ausbildung und Fortbildung, zur Arbeit in Jugendgruppen und offener Jugendarbeit angeboten; ebenso werden Speziallehrgaenge fuer Chorleitung, naturverbundenes Wandern, Umweltschutz und Spielpaedagogik veranstaltet. Gefoerdert werden auch Jugendzeiten. Nicht unerwaehnt soll die Einfuehrung der Familienbeihilfe fuer arbeitslose Jugendliche zwischen 19 und 21 Jahren bleiben, die auf Initiative des Bundesministeriums erfolgte. Weiters arbeitet das Bundesministerium fuer Umwelt, Jugend und Familie an der Neuordnung des Jugendwohlfahrtsrechtes in Oesterreich.

Familienbeihilfe

Jugendwohlfahrtsrecht

Behoerdliche Jugendarbeit der Laender

Die Taetigkeit der Landesjugendreferate erfolgt in ideeller, beratender, foerdender und eigeninitiativer Weise in der ausserschulischen Jugendarbeit. Die Zielsetzungen ihrer Arbeit betreffen:

Taetigkeiten der Landesjugendreferate

- Bemuehungen um Persoenlichkeitsbildung, Entfaltungen im Freizeitbereich, Bereitschaft zu Toleranz, Verstaendigung und friedlichem Zusammenleben, politische Bildung, soziales Engagement, Vorbereitung auf Partnerschaft und Familie, Begegnung mit den Kulturguetern und Teilnahme am kulturellen Leben, Medienerziehung und zeitgemaessen Jugendschutz.
- Foerderung von Jugendorganisationen und jugendbetreuenden Einrichtungen, von neuen Formen der Jugendarbeit, von Modelleinrichtungen und Experimenten, der Ausbildung von Jugendleitern, Freizeitbetreuern und Fachkraeften fuer besondere Aufgaben der Jugendarbeit, der Errichtung und der Erhaltung von Jugendstaetten, des Jugendwanderns, des Jugendreisens, der internationalen Jugendkontakte, des Jugendherbergswesens, kulturelle Aktivitaeten der Jugend und des Jugendschrifttums.
- Angebote zur politischen Bildung, staatsbuergerlichen Erziehung und geistiger Landesverteidigung, zur Gemeinschaftsbildung, zur musischen Bildung unter Beruecksichtigung auch von Volkslied,--musik, -tanz, zur Medienerziehung, zur koerperlichen Beteiligung, zur Durchfuehrung von Natur- und Umeltschutzaktionen fuer Familien und Kinder.
- Initiativen zur offenen Jugendarbeit, fuer die Gastarbeiterjugend, mit den Jugendorganisationen, zur internationalen Jugendverstaendigung, zur Bereitstellung und der Verleihung von Materialien, zur Herausgabe von Behelfen zur Jugendarbeit, zur Stellungnahme zu Gesetzen die Jugendliche betreffen, zur Information der Oeffentlichkeit ueber Jugendfragen, fuer einen zeitgemaessen Jugendschutz und zur Vergabe an Auftraegen an die wissenschaftliche Jugendforschung.

Dieser Taetigkeitsrahmen der Landesjugendreferate wird mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausgefuellt. Im Folgenden wird ein beispielhafter Ueberblick ueber wesentliche Aktivitaeten der Landesjugendreferate gegeben.

In allen oesterreichischen Bundeslaendern wird der Foerderung der Jugendorganisationen grosses Gewicht zuerkannt. Im Sinne der sub-sidiaeren Taetigkeit der Landesjugendreferate, erhalten die ueberwiegend ehrenamtlich arbeitenden Jugendorganisationen, das sind zumeist 30 bis 40 pro Bundesland, finanzielle Unterstuetzung. Die Aufteilung der Foerderungsmittel wird durch die Jugendreferate oder die Finanzreferate vorgenommen. In einigen Bundeslaendern stellt eine Arbeitsgemeinschaft aller Verbaende die Kriterien der Verteilung auf.

Foerderung von Vereinen und Initiativen

In den meisten Bundeslaendern werden Angebote zur Einschulung und Weiterbildung von Jugendleitern erstellt. Waehrend in Wien seit 1974 eine eigene Einrichtung zur Ausbildung von haupt- und nebenamtlichen Jugendleitern existiert, werden in den anderen Bundeslaendern Weiterbildungsangebote fuer ehrenamtliche Jugendleiter erstellt. Die Organisation dieser Ausbildungen ist den Erfordernissen des speziellen Bundeslandes angepasst, besteht aber zumeist aus einem oder mehreren Grundkursen und darauf aufbauenden weiterfuehrenden Seminarangeboten.

Angebote zur Aus- und Fortbildung

Durch praxisbezogene Aus- und Weiterbildungsangebote werden folgende Zielgruppen angesprochen: Jugendgruppenleiter, Ferialerzieher, Chorleiter, Mitarbeiter in Jugendzentren, Leiter von Spiel- und Jugendtheatergruppen, Volkstanzlehrer, Verkehrserzieher, Schilehr- oder Tourenwarte, Medienreferenten, Wanderfuehrer, Uebungsleiter fuer den Freizeitsport, Redakteure von Schuelerzeitungen, Verantwortliche fuer die Oeffentlicheitaatsarbeit, Referenten fuer die politische Bildung und geistiger Landesverteidigung, Jugend- und Drogenberater sowie oertliche und regionale Jugendverantwortliche.

Soziale Leistungen fuer Jugendleiter

Einige Bundeslaender bieten einen Versicherungsschutz fuer Jugendleiter an. Es wurde ein eigenes System der Haftpflichtversicherung entwickelt. In einem Bundesland beispielsweise hat das Landesjugendreferat fuer alle Jugendfunktionaere des Landes eine Art Gruppenhaftpflichtversicherung abgeschlossen. In einem anderen ist der Abschluss einer Jugendleiterversicherung mit der Absolvierung eines Jugendleiterlehrganges gekoppelt.

Einige Landesjugendreferate bieten den Jugendleitern nicht nur Aus- und Fortbildung an, sondern stellen auch Stipendien fuer Jugendleiter zur Verfuegung, wenn diese fuer eine bestimmte Zeit eine Jugendgruppe leiten.

Zeitschriften

In einigen Laendern werden fuer Jugendreferenten, Jugendleiter oder ihnen nahestehenden Arbeitsteams eigene Jugendzeitungen herausgegeben. Diese Zeitungen enthalten Berichte ueber Veranstaltungen, Programmankündigungen und thematische Beitraege. Durch diese Medien koennen gemeinsame Arbeitsschwerpunkte in Angriff genommen werden und es koennen gemeinsame Veranstaltungen verlautbart werden.

Etwa 1970 hat die Jugendzentrumsbewegung auch in den oesterreichischen Bundeslaendern Fuss gefasst. Die Landesjugendreferate foer dern Initiativgruppen, vermitteln ihnen Raeumlichkeiten und leisten Beitraege fuer Investitionen, den Personalaufwand und fuer die Eigenaktivitaeten der Jugendzentren.

Raeumlichkeiten
Treffpunkte
Jugendzentren

In Wien werden die Jugendzentren in einem eigens dafuer eingerichteten Verein gefuehrt. Das Landesjugendreferat stellt allerdings den groessten Teil der finanziellen Mittel zur Verfuegung.

Besonders intensiv hat sich Oberoesterreich der Errichtung und dem Ausbau von Jugendherbergen und Jugendheimen gewidmet. Aber auch in anderen Bundeslaendern haben die Landesjugendreferate entweder als eigenstaendige Traeger oder als Foerderer Jugendheime erbaut, um damit fuer das Jugendwandern, verschiedene schulische Aktionen, Ferienlager oder Seminare, geeignete Raeumlichkeiten zur Verfuegung zu stellen. Haeufig werden auch spezielle Jugendcampingplaetze von den Landesjugendreferaten unterstuetzt.

Jugendheime
Jugendherbergen

In Tirol, Wien und anderen Bundeslaendern wurden eigene auf Vereinsbasis beruhende Einrichtungen geschaffen, die in breiter Form sozialpaedagogische Betreuung leisten. Die Mitarbeiter dieser Einrichtungen sind auch Kontaktpersonen in den Jugendtreffs und in den verschiedenen grossen Jugendzentren und stehen als Trainer bei verschiedenen Bildungsveranstaltungen zur Verfuegung.

Jugendservice-
stellen

In Wien gibt es die spezielle Einrichtung der Jugend- Info-Center, die mit mehreren hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt ist. In anderen Staedten gibt es eigene telefonische Jugend-Service-Stellen (Kummernummer). Daneben sind in allen Bundeslaendern Drogenberatungsstellen eingerichtet, die zumeist in enger Zusammenarbeit mit den Landesjugendreferaten gefuehrt werden.

Im Bereich der Medienerziehung werden folgende Schwerpunkte erarbeitet: Mitarbeit in Kommissionen, Seminare fuer Medienerziehung, Mitarbeit in der schulischen Medienerziehung, Internationale Kinder- und Jugendfilmveranstaltungen, Kontakte mit Jungfilmern, Betreuung von Filmclubs, Fuehrung von Medienzentren, Medienverleih, Mitarbeit im ORF, Beratung und finanzielle Hilfe fuer die Herausgabe von Schuelerzeitungen, Foto-kurse.

Medienerziehung

Folgende Schwerpunkte werden bei der musischen Erziehung gesetzt: Veranstaltungen von Jugendsingen, Jugendblasmusik, Sinfoniekonzerte, Wettbewerb: "Jugend musiziert", Pflege von Volksmusik und Volkstanz, Foerderung des Puppenspiels, Laienspiels, Jugendamateurtheaters, Durchfuehrung von Theatertagen, Spielberatung, Konzerte, Foerderung junger Dichter und Liedersaenger, Jugenddiskotheken, Anleitung zum Werken und Basteln, Jugend- Buchausstellungen-, Litaraturwettbewerbe.

Musische Er-
ziehung

In mehreren Bundeslaendern wurden in den letzten Jahren Initiativen zur Propagierung jugendfreundlicher Betriebe gesetzt. So ist beispielsweise im Niederosterreichischen Jugendgesetz die Zuerkennung der Auszeichnung "Jugendfreundlicher Betrieb" vorgesehen. Kärnten hat einen Fuehrer fuer jugendfreundliche Beherbergungs-triebe erstellt. In Oberösterreich, Wien, Vorarlberg und anderen Bundeslaendern sind die Initiativen zur Beguenstigung alkohol-freier Getraenke weit fortgeschritten.

Jugendfreund-
liche Dienst-
leistungsbetriebe

Alle Landesjugendreferate bemuehen sich um den internationalen Jugendaustausch. Dabei werden mit Jugendlichen und Jugendfunktionaeren Fahrten in befreundete Laender unternommen und Kontakte zu Einrichtungen der Jugendarbeit hergestellt. Eine spezielle Form der grenzueberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen verschiedener Laender hat sich durch die Schaffung der ARGE-Alp und der ARGE-Alpe -Adria ergeben. Neben kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit entwickelt sich immer mehr auch ein gemeinsames Jugendprogramm.

Internationale
Kontakte

Besonders wesentlich scheint die Kontaktpflege mit den Minderheiten im eigenen Land. So sind etwa in Kärnten und Burgenland alle Volksgruppen in Jugendforen integriert und es werden spezielle Veranstaltungen zum besseren Kennenlernen und zur besseren Kooperation mit den Minderheiten organisiert.

Ferienaktionen

In Wien und anderen Grosstaedten gibt es fuer die Kinder, die ihre Ferien in der Stadt verbringen müssen, ein umfangreiches Angebot an sportlicher und musisch- kultureller Freizeitgestaltung, Wettbewerbe, Ausfluege, Lernhilfe, Sommerfeste und andere Ferienaktivitaeten. Eigene Ferienpaesse ermoeglichen eine mehr oder minder kostenlose Benuetzung der Angebote. Die Landesjugendreferate unterstuetzen und foerdern auch Ferienhaeuser von privaten Traegern. Einige Bundeslaender unterhalten Ferienheime in Italien und Jugoslawien.

Jugend und
Gemeinde

Da Jugendarbeit konkret in den Gemeinden erfolgt, ist es wichtig, die Gemeinden zur Foerderung dieser Jugendarbeit anzuregen und darauf hin zuarbeiten, dass die Jugendlichen in ihren Gemeinden eine Infrastruktur vorfinden und aufbauen koennen, innerhalb derer Engagement und Teilnahme am Gemeindegeschehen moeglich ist.

Dazu gibt es in verschiedenen Bundeslaendern ehrenamtliche Gemeindejugendreferenten, Bezirksjugendreferenten, Wettbewerbe um die "Jugendfreundlichste Gemeinde", Gemeinde - Jugendtage, Kommunalpolitische Jugendkongresse mit Buergermeistern und Gemeindemandataren, Jugendgespraechs, Jugend- Stammtische und Programmankündigungen durch die Gemeinden.

In groben Zuegen kann die Jugendarbeit der Gemeinden und Staedte zwischen zwei idealtypischen Organisationsmodellen angesiedelt werden;

Jugendarbeit
der Gemeinden

Die eine Möglichkeit ist, dass die Gemeinde selbst als Traeger und Veranstalter von Jugendarbeit auftritt und selbststaendig Stadtfeste, Jugendzentren, Grossveranstaltungen usw. organisiert bzw. den Jugendlichen anbietet. Haeufig wird dies in der Weise administriert, dass von der Gemeinde ein eigener Verein als Traegerorganisation gegründet und finanziell ausgestattet wird, der die praktischen Aufgaben der Jugendarbeit leistet.

Im anderen Modellarbeitet die Gemeinde mit bestehenden Vereinen, Organisationen und sonstigen Einrichtungen zusammen, stellt Raeumlichkeiten oder Grund zu Verfuegung und unterstuetzt die Taetigkeit finanziell, haeufig auch dadurch, dass der jeweiligen Traegergruppe die verschiedenen Einrichtungen der Gemeinde, insbesonders die Bueros, zur Verfuegung gestellt werden oder diese oft auch Steuerermaessigungen bei Veranstaltungen erhalten.

Zusammenfassend kann die grundsätzliche Linie der Landesjugendreferate uebereinstimmend als Foerderung und Initiierung von Basisinitiativen verstanden werden. Nicht das Landesjugendreferat selbst will eine Art staatlicher Jugendbetreuung einrichten, sondern die Jugendreferate unterstuetzen die Initiativen von Vereinen und Jugendorganisationen, aber sie setzen auch selbst Initiativen und sind bemueht in der weiteren Folge einen eigenen Traeger fuer die Weiterfuehrung der Initiativen zu finden. Auf diese Weise kann die Wirksamkeit des finanziellen Mitteleinsatzes erhoeht werden.

P E R S P E K T I V E N

Ein Bericht zur Lage der Jugend im Oesterreich der ausgehenden 80-er Jahre waere nicht abgeschlossen, wenn er nicht am Ende den Blick oeffnete in die Richtung solcher Fragestellungen, die aller Vorraussicht nach in den 90-er Jahren zum unvermeidlichen Bestand der Jugenddebatte gehoeren werden. Ob diese Fragen rechtzeitig und gruendlich genug angepackt werden, ist fuer die Wissenschaft von der Jugend, fuer die Jugendpolitik und fuer die Praxis der Ju-gendarbeit gleichermassen entscheidend.

Die Moeglichkeit eindeutiger Antworten oder klarer Problemloesungen soll bei der ansatzweisen Eroerterung dieser Probleme nicht vorgetaeuscht werden. Kaum ein Zweig der Sozialforschung hat sich in den letzten zehn Jahren so gruendlich blamiert, wie die Jugendforschung. Die "skeptische", apolitische Generation, die fuer die 60-er Jahre prognostiziert worden war, entwickelte zumindest bei einem Teil der Jugendlichen jene antiautoritaeren Protestformen, die das traditionelle Politikverstaendnis bis ins Mark erschuetterten, und die angeblich auf die gescheiterte 68-er Generation folgende angepasste, pragmatisch/phlegmatische Generation macht in der Anti-AKW, in der Friedens- und Oekobewegung lautstark von sich reden. Nirgends sonst stehen wohl uneingestandene Wuensche der Erwachsenen so haeufig Pate bei der Formulierung scheinbar objektiver Prognosen, wie in der Jugendforschung, von der Jugendpolitik, die ja auch noch dem oeffentlichen Durchschnittsbewusstsein vermittelt werden muss, ganz zu schweigen. Und die Jugendarbeit? Ist sie nicht auch auf weite Strecken mit der Erhaltung und Reparatur eingefahrener Konzepte beschaeftigt, seien sie nun eher organisiert oder selbstverwaltet?

Vieles deutet darauf hin, dass einige Fragen sehr grundlegend gestellt und verhandelt werden muessen, wenn die Zukunft die Generation der Jungen nicht hoffnungslos und ahnungslos ueberfallen, sondern eine, vielleicht anstrengende aber gleichwohl anziehende Perspektive fuer sie bleiben oder werden soll.

Wir gehen davon aus, dass fuer die Jugendlichen dann eine attraktive Zukunftsperspektive entsteht, wenn sich fuer sie das Leben in der Gesellschaft jetzt lohnt, d.h. wenn ein angemessener Teil ihrer Wuensche in ihrem unmittelbaren Lebenskreis akzeptiert wird. Akzeptiert, das heisst, um verbreiteten Verweichlichungs-aengsten gleich einen Riegel vorzuschieben, nicht unbedingt erfüllt. Nicht die Erfuellung aller Wuensche, angesichts der bestehenden Verhaeltnisse ohnedies eher eine Angstvorstellung Erwachsener als eine ernsthafte Forderung von Jugendlichen, macht die Qualitaet einer Gesellschaft fuer die nachwachsende Generation aus, sondern das Mass, in dem ihre Wuensche ernstgenommen werden und ernsthaft beruecksichtigt werden. Das freilich heisst, um auch einem ebenso verbreiteten bloss taktischen Verstaendnis von Erziehung und Politik vorzubeugen, in vielen Faellen auch, die be-rechtigten Wuensche der Jungen zu erfuellen.

Dabei scheint uns die generelle Beobachtung zutreffend, dass die

Erfuellung jugendlicher Interessenslagen fast ausschliesslich in institutionalisierter, auf die eine oder andere Weise vorgegebener Form erfolgt. Dies gilt zweifellos fuer die intellektuellen Interessen, die durch ein expandierendes Schulsystem beinahe gaenzlich beansprucht werden, aber ebenso fuer viele andere. So kann etwa Sport in der Praxis nur ueber die Teilnahme an organisierten (Leistungs-)sportvereinen ausgeuebt werden, ebenso wird Freizeit insgesamt immer staerker zur Nutzung vorgegebener kommerzieller Aktivitaetsformen. Diese Entwicklung ist nicht an sich zu kritisieren, sondern aufgrund ihres umfassenden Charakters, die de facto die Verwirklichung wesentlicher Interessen auf eine im Vergleich zur Gesamtheit der Jugendlichen immer geringe Zahl von Partizipanten beschraenkt, und zusaetzlich die Art und Weise, wie diese ihre Interessen verwirklichen koennen, auf das Angebot der jeweiligen Einrichtung festlegt.

Folgerichtig wird in dieser Logik dann den ausgeschlossenen Jugendlichen vorgeworfen, sie wuerden das ja auch fuer sie bereitgestellte Angebot - aus eigener Schuld, Bequemlichkeit oder unverstaendiger Ablehnung - nicht in Anspruch nehmen. Dabei wird uebersehen, dass derartige Angebote von ihrer Struktur her nicht auf die grosse Masse der Jugendlichen ausgerichtet sind, und auch nicht sein koennen. Sie wenden sich notwendigerweise an Minderheiten besonders begabter, leistungsfaehiger oder -williger, kreativer oder begueteter Jugendlicher, und schliessen deshalb die Mehrheit der anderen strukturell aus, weil sie fuer die wenigen das ganze Terrain besetzen: der Fussballplatz steht nur dem Verein offen, das Jugendzentrum nur den Mitgliedern, die Disco nur denen, die sie sich leisten koennen und die Schule nur denen, die die Pruefungen bestehen.

Jugendpolitik und Jugendarbeit wird sich deshalb zunehmend mit dem Problem der realen Demokratisierung der Jugendphase beschaeftigen muessen. Die Frage, ob die besondere Foerderung und Betreuung der wenigen auf Kosten der Vernachlaessigung der vielen auf lange Zeit hinaus tragbar ist, bzw. Ueberlegungen, wie dieses Missverhaeltnis zugunsten der Mehrheit veraendert werden kann, wird zu den unvermeidlichen Fragen der naechsten Jahrzehnte gehoeren. Politikverantwortliche muessten dieser Problematik besonderes Interesse und besonders nachhaltige Aufmerksamkeit entgegenbringen. Sie vor allem sollten wissen, dass die Staerkung und Verbreitung demokratischer Mitwirkung und Beteiligung, auf die die Politik der Zukunft immer staerker angewiesen sein wird, wenn sie nicht bei undemokratischen Mitteln die Durchsetzung ihrer Ziele Zuflucht suchen will, nur auf dem Boden einer Verstaerkung der realen Teilhabemoeglichkeiten der Jugendlichen an den gesellschaftlichen Angeboten gedeihen wird.

Diese reale Demokratisierung der Teilhabechancen Jugendlicher wird nicht bei Lippenbekenntnissen stehen bleiben koennen. Es werden vielmehr Fragen der Oeffnung praktisch aller oeffentlich errichteten, gefoerdernten oder ermoeglichten Einrichtungen diskutiert werden muessen, der Kindergaerten wie der Spielplaetze, der Sportplaetze wie der Theater, der Schulen wie der Universitaeten, letztlich auch der in manchen Gebieten schon gaenz-

lich privaten oder oeffentlichen Zwecken vorbehaltenen Landschaft. Die langsame Rueckeroeberung allzu zweckgebundener Gebiete der Bewegung und Betaetigung erscheint uns eine der Voraussetzungen dafuer zu sein, gesellschaftliche Zukunft fuer die Jungen attraktiv zu machen.

Dabei wird es vermutlich nicht, wie noch die alte Diskussion um die Chancengleichheit voraussetzte, die in Oesterreich vor allem im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die "Gesamtschule" gefuehrt wurde, durch die blosse Erweiterung der Zugaenge, die im uebrigen auch in vieler Hinsicht verhindert wurde, getan sein. Es wird vielmehr darum gehen, neue Qualitaeten von Beduerfnissen und Aktivitaeten in diesen alten Einrichtungen zuzulassen, deren unterschiedliche Nutzung Gruppen unterschiedlicher Menschen ermoeglichen, statt sie wenigen vorzubehalten.

Wer auch nur ueber einige Kenntnis institutioneller Gegebenheiten im Jugendbereich verfuegt, weiss ein wie tiefgreifender Gesinnungswandel einer solchen Oeffnungsbewegung vorausgehen muessste. Umso mehr und umso eher muss die Forderung erhoben werden, mit der oeffentlichen Debatte darueber zu beginnen, Modellversuche einzuleiten, die Macht der Politik und die der Medien fuer die Verbreitung solcher Ideen und die Verwirklichung solcher Ziele zu nutzen.

In spezieller Hinsicht gilt diese Orientierung fuer die eigenstaendige kulturelle Betaetigung der Jugendlichen, die in Gefahr ist, gaenzlich von der kommerziellen Kulturindustrie zerstoert zu werden, wenn man ihr nicht auf die Spruenge hilft. Insbesondere jugendliche Musikgruppen beduerfen einer dezentralen, unbuerokratischen Foerderung ausserhalb etablierter Vereinstrukturen und quasi-professioneller Ansprueche. Allein die Aufgabe, einigermassen schallisolierte Uebungsraeume zur Verfuegung zu stellen, ist ein Politikum von respektabler Groessenordnung. Sie wird jedenfalls von den Gemeinden gegenwaertig nicht geloest, obwohl vermutlich tausende Jugendliche in Oesterreich derartige Wuensche haben. An der Tatsache, dass derselbe Staat, der nicht imstande ist, eine so einfache Aufgabe zu loesen, die oeffentlichen Medien und deren Musikverbreitung mit gigantischen Mitteln direkt und indirekt unterstuetzt, zeigt die Brisanz des Problems. Kann man es wirklich auf die Dauer verstaendlich machen, dass etwa eine Einrichtung wie der ORF keinerlei Anstrengungen unternimmt, seine technischen Ressourcen und sein Know-how Jugendlichen zur Verfuegung zu stellen, die an Tonproduktion interessiert sind? Ist es denkbar, dass die dort versammelte technische und kulturelle Intelligenz nicht imstande sein sollte, tragbare Konzepte fuer eine solche Arbeit zu entwickeln?

In einem noch viel existentielleren und grundlegenderen Sinn werden aehnliche Fragen im Bereich der Beteiligung der nachwachsenden Generation an der gesellschaftlichen Arbeit zu stellen sein. Ueberbrueckungsprogramme, Schulungen und Umschulungen, Arbeitslosenprojekte und selbstverwaltete Betriebe werden, so wichtig sie sind, die sich verschaeerfend Problematik jugendlicher Arbeitsloser nicht loesen koennen. Solange auch angesichts einer drastischen Verringerung des Angebots an Arbeitsplaetzen gesell-

schaftliche Arbeit weiterhin ausschliesslich als Taetigkeit im Rahmen des geltenden Gewerbe- und Arbeitsrechtes definiert wird, Arbeit schlechthin also unzulaessigerweise mit Lohnarbeit gleichgesetzt wird, scheinen strukturelle Loesungen schwer moeglich.

Es erscheint uns also erforderlich, in die Diskussion gerade dieser Problematik, auch die heiligen Kuehe des faktischen Arbeitsverbotes ausserhalb eines rechtsgueltigen Lohnarbeitsverhaeltnisses und die angesichts der gegenwaertigen Privatisierungswelle sicherlich provokante Frage nach der Notwendigkeit neuer staatlicher Betriebe gerade fuer jene dringend notwendigen Aufgaben der sozialen Hilfe und der Umwelterhaltung einzurichten, die von der privaten Wirtschaft nicht oder nur zoegernd in Angriff genommen werden. Der Staat hat sich nicht nur und nicht vor allem um jene Produktionsstaetten zu kuemmern, die Gewinn abwerfen, sondern jedenfalls um die Erfuellung jener Aufgaben, die fuer den Bestand der Gesellschaft notwendig sind und die niemand sonst zu erfüllen bereit ist. Gerade in solchen Bereichen waeren sowohl quantitative als auch qualitative Loesungsansaetze fuer die Arbeitslosenproblematik enthalten. Staatlich errichtete Arbeitsverhaeltnisse einer neuen Art koennten den Jugendlichen mehr persoenliche Beteiligung, bessere Ausbildung, interessantere Be-taetigungsformen anbieten, als dies, wenigstens nach dem Urteil einer Mehrheit der Jugendlichen, unter den Bedingungen privaten Wirtschaftens der Fall ist. Ausbaufaehige Modelle hiezu, oder zumindest nuetzliche Erfahrungen scheinen uns in den verschiedenen Sozialprojekten, die bereits verwirklicht werden, vorzuliegen.

Darueber hinaus wird man sich die Frage stellen muessen, ob die gesetzliche Abqualifizierung jeglicher ausservertraglichen Arbeit auch dann noch mit ihrer Schutzfunktion fuer Gewerbetreibende und Arbeitnehmer gerechtfertigt werden kann, wenn die gewerbliche Arbeit eine immer groessere Anzahl von Menschen aus dem Arbeitsmarkt entlaesst oder in diesen gar nicht aufnimmt, oder ob nicht doch geprueft werden sollte, wie weit selbstbeschaffte bezahlte Arbeit ermoeglicht werden kann, ohne dass dadurch schuetzenswerte Errungenschaften gesellschaftlicher Arbeitsverhaeltnisse zerstoert werden. In dem Masse als der gesetzlich regulierte Arbeitsmarkt seine Aufgabe, allen Arbeitswilligen Arbeit zu verschaffen nicht mehr erfüllt, muesste innerhalb eines Systems freier Marktwirtschaft wohl auch dem Arbeitsmarkt ein Stueck Freiheit zurueckgegeben werden.

Aehnliche Probleme wie bei der Verwirklichung ihrer beruflischen Interessen ergeben sich fuer viele junge Menschen bei der Umsetzung ihrer privaten Lebensplaene. Die Erlangung einer den eigenen Vorstellungen entsprechenden Wohnsituation scheitert in ausserstaedtischen Gebieten immer noch haeufig an der Rigiditaet moralischer Standards, die oekonomisch untermauert werden, sodass fuer unverheiratete Jugendliche die Moeglichkeit, eine Wohnung zu mieten, zu kaufen oder zu bauen, bzw. andere als der Standard-situation des Wohnpaars oder der Wohnfamilie entsprechende Lebenssituation zu verwirklichen, kaum besteht. In den staedtischen Gebieten haben sich die moralischen Standards zwar erheblich gelockert, eine immer ruecksichtslosee Wohnungsbewirtschaftung

macht aber die Mieten bzw. Abloesen fuer die ueberwiegende Mehrzahl der Jugendlichen, hier uebrigens auch der jungen Ehepaare zu teuer. Bisherige staatliche Programme, etwa das Angebot von Startwohnungen, sind selbst an Standardwohnsituationen orientiert.

Der zunehmenden Mobilitaet der Jugendlichen in jeder Beziehung - eben auch in ihren Beziehungen! - haetten aber leicht erreichbare und leicht veraenderbare Wohnverhaeltnisse zu entsprechen. Hiezu waeren, sei es von staatlichen Behoerden oder von privaten Vereinen, eigene Organisationen der Wohnungsvermittlung einzurichten, die speziell auf die Beduerfnisse von Jugendlichen abgestellt sind, das Reservoir an preisguenstigen Wohnungen besser ausschoepfen und vergroessern, unzulaessige Betruegereien bei Mietvertraeegen, Miethoehen und Abloesen verhindern und die gesetzliche wie die faktische Entwicklung im Wohnbereich von den Interessen ihrer jugendlichen Mieter her ueberwachen und beeinflussen. Hier eroeffnen sich sowohl fuer die bestehenden Mietervereinigungen neue Aufgaben, als auch fuer neue Initiativen. So hat etwa die Oesterreichische Hochschuelerschaft in ihrem Bereich bereits aehnliche Aktivitaeten gesetzt, auf deren Erfahrungen man aufbauen koennte.

Massnahmen im Bereich der oeffentlichen Institutionen, des Arbeitsmarkts, der Kulturfoerderung und des Wohnungsmarkts werden nicht verhindern koennen, dass ein bestimmter Teil der Jugendlichen an den Lebensbedingungen dieser industriellen Gesellschaft auf die eine oder andere Weise scheitert, sei es, dass solche Jugendlichen selbst soziales oder psychisches Elend in selbst- bzw. gesellschaftsgefaehrde Handlungsweisen ummuuenzen (Jugendkriminalitaet, Drogenkonsum), oder dass die gesellschaftlichen Gegebenheiten die Partizipation einzelner Gruppen am gesellschaftlichen Leben nicht oder nicht ausreichend gewaehrleisten (Behinderte, Schulversager, Arbeitslose). Gegenueber all diesen Gruppen wird eine erhoehte soziale Betreuung erforderlich sein, die aber streng darauf zu achten hat, dass sie das Ausmass der gesellschaftlichen Isolation dieser Gruppen nicht erhoeht, sondern deren Integration oder Reintegration in das gesellschaftliche Leben foerdert. Integration darf dabei nicht als einseitige Anpassung der Betroffenen an gesellschaftliche Gegebenheiten verstanden werden, sondern muss ebenso als Aufgabe der Veraenderung gesellschaftlicher Bereiche (z.B. in Schule und Arbeitswelt) gesehen werden, die die Teilnahme solcher "Randgruppen" erst moeglich macht.

Diese Art von Betreuung wird vermutlich aber von dezentralen, untereinander und mit den staatlichen Behoerden aber in enger Kommunikation stehenden Traegergruppen, fuer die es in Oesterreich bereits zahlreiche Vorbilder gibt, geleistet werden koennen. Wie sehr die Diskussion auch dieser Fragen an die Fundamente derzeitiger gesellschaftlicher Loesungsformen reicht, wird man ermessen koennen, wenn man bedenkt, dass das einer Verlagerung der Aufgaben von derzeit wohletabilierten staatlichen Einrichtungen gleichkaeme (z.B. der Sozialaemter, der Sonderschulen, der Juggendaemter, der Jugendheime usw.). Die Neuordnung des gesamten Bereichs sozialer Hilfe bzw. psychosozialer Versorgung wuerde

vermutlich nicht zu einer Abschaffung dieser Aemter fuehren, sicherlich aber zu einer Neudefinition ihrer Aufgaben in die Richtung einer staerkeren Betonung des Servicecharakters gegenueber der Kontrollfunktion und der Zusammenarbeit mit dezentralen Formen der Hilfe und Betreuung. Die geplante Novelle des Jugendwohlfahrtsgesetzes weist in diese Richtung. Neue Konzentrationen psychosozialer Betreuungsfunktionen, wie etwa die derzeit von der Aerztekammer bzw. vom Psychologenverband massiv angestrebte Alleinvertretung therapeutischer Betaetigung durch ausgebildete Aerzte bzw. Psychologen, statt durch ausgebildete Therapeuten, wirken im Lichte der hier vorgenommenen Problemsicht anachronistisch.

Der einzige Bereich, in dem die Integration aller Jugendlichen in das gesellschaftliche Leben vorbehaltlos angestrebt wird, ist der Bereich des Konsums industriell erzeugter Waren und Dienstleistungen. In diesem Felde werden die Jugendlichen faktisch als weitgehend gleichberechtigte Konsumenten anerkannt und immer staerker in marktorientierte Strategien einbezogen. Dabei wird sich das Problem ihrer relativen oekonomischen Insuffizienz immer staerker stellen, durch das einerseits die Unzufriedenheit der Jugendlichen ansteigt, andererseits aber auch unerwuenschte Folgen im Bereich der Eigentumsdelinquenz, neuer Armut Jugendlicher, jedenfalls aber einer staerkeren Belastung der Familien durch Konflikte um die Aufteilung der Familienfinanzen auf die steigenden Konsumwuensche aller Familienmitglieder zu befuerchten ist. Eine Einschaetzung dieser Entwicklungen wird auf den Sektoren des Jugendschutzes, der immer mehr in die Richtung eines jugendlichen Konsumentenschutzes zu entwickeln sein wird, des Jugendstrafrechts, aber auch der oekonomisch-finanziellen Ausstattung der Jugendlichen notwendig sein. Eine gleichzeitige Fortsetzung der relativen Verarmung Jugendlicher und einer aggressiven auf Vermehrung der jugendlichen Kaeufer gerichtete Warenvermarktung kann, auf die Dauer gesehen, den Anteil der Jugendlichen, dem fuer die normalen Einstiege in gesellschaftliche Karrieren die Gratifikationen zu gering sind, erhoehen.

Neue politische Inhalte und gesellschaftliche Anliegen in den Bereichen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Friedenssicherung, der Umwelthaltung und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, findet bei keiner gesellschaftlichen Gruppe so viel Verstaendnis, Bereitschaft zur Diskussion und zum Handeln, wie bei der Gruppe der Jugendlichen. Dieses Potential an notwendiger gesellschaftlicher Erneuerung nicht genutzt zu haben, koennte der berechtigte Vorwurf einer unter den Folgen solcher Versaeumnisse immer staerker leidenden Generation junger Erwachsener der naechsten Jahrzehnte werden. Dabei wird es nicht darum gehen, alle Forderungen von heute auf morgen in die Tat umzusetzen, zumal es sich zu einem grossen Teil um Forderungen handelt, die auf der Ebene nationaler Politik gar nicht zielfuehrend angegangen werden koennen. Es wird aber von der gegenwaertigen Politik zu verlangen sein, und immer vehementer auch verlangt werden, dass sie sich offen hinter solche Forderungen stellt, sie in einem immer breiteren offentlichen Bewusstsein verankert und in den Politikbereichen, in denen sie selbst handlungs-

faehig ist, immer staerker umsetzt. Gegenueber dem Ernst dieser Anliegen waere eine Politik des blossen Protestmanagements, wie sie derzeit bisweilen noch betrieben wird, unangemessen. Das alte Argument der "Politikverdrossenheit" der jungen Menschen gilt jedenfalls fuer diese Anliegen nicht.

Im Bezug auf sie ist eine progressive Identifikation der Erwachsenen, Eltern, Lehrer wie Politiker, mit den Anliegen der Jugendlichen moeglich und noetig. Vermutlich hat in der juengeren europaeischen Geschichte schon lange keine Generation von Jugendlichen mehr den Erwachsenen so viele gemeinsame Themen zur offenen Auseinandersetzung und zur solidarischen Handeln angeboten, wie die heutige. Der fatalistische Graffito "Du hast keine Chance, also nutze sie!", der die Hoffnungslosigkeit mancher Jugendlicher unter gesellschaftlichen Bedingungen zum Ausdruck bringt, waere fuer die Erwachsenen umzuformulieren: "Ihr habt eine Chance, also nutzt sie!".

Diese Zusammenstellung neuer, auf die Zukunft orientierter Problemkreise gesellschaftlichen Umgangs mit der Generation junger Menschen ist notwendigerweise unvollstaendig. Auf Vollstaendigkeit kommt es aber auch gar nicht an. Bereits die ernsthafte Auseinandersetzung mit den wenigen hier angedeuteten Aufgaben wuerde einer gewaltigen Anstrengung auf vielen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens beduerfen. Es kommt vielmehr darauf an, dass diese Anstrengung an der einen oder anderen Stelle dieser Problemhorizonte in Angriff genommen wird, oder dort, wo sie bereits in Gang gekommen ist, verstaeckt fortgesetzt wird. Die vielfache wechselseitige Ueberlaegerung der Probleme, sowie die mannigfaltigen Erfahrungen und Interessen aller an diesem Diskussionsprozess Beteiligten sorgen von selbst fuer die Einbeziehung anderer wichtiger Aspekte und Anliegen.

Politik im allgemeinen und Jugendpolitik im besonderen wird in der Zukunft immer weniger die Konzeption und Durchsetzung bestimmter Loesungsstrategien sein koennen, die auf den Funktionaersebenen der unterschiedlichen politischen Vertretungskoerperschaften ausgetauscht wurden. Dies nicht einmal deshalb, weil die "Macht der Funktionaere" von der Bevoelkerung immer mehr als undemokratisch verdachtigt wuerde, sondern deshalb, weil auf dieser Ebene Loesungen fuer die wichtigen gesellschaftlichen Probleme zunehmend nicht mehr gefunden werden koennen. Die Hoffnungen und die Leiden der Vertretenen muessen immer unmittelbarer und immer staerker in die Prozesse politischer Zielfindung einbezogen werden, wenn man nicht riskieren will, an einer immer groesseren Bevoelkerungsschicht vorbeizopolitisieren.

Darueber hinaus wird man sich zunehmend von dem Konzept einer gleichfoermigen Politik fuer alle verabschieden muessen, oder zumindest von einer derartigen Legitimation einer ohnedies bereits differenzierten Politik fuer unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Problemlagen. Zahlreiche gesellschaftliche Probleme, auch im Bereich der Jugendpolitik, sind heute deshalb so schwer loesbar, weil als Loesungsstrategien nur gesamtstaatliche, grosse als gleichfoermig eingeschaetzte gesellschaftliche Gruppen, breite

ideologische Hintergruende zugelassen werden. Stattdessen wird es zukuenftig weniger um Politik sondern um Politiken gehen muessen, die genauer auf die Beduerfnisse einzelner Gruppen abgestimmt sind und enger an deren artikulierten Interessenslagen verlaufen. Es ist notwendig zu betonen, dass eine solche Auffassung von Politik nicht mit einer restlosen Dezentralisierung, Foederalisierung oder Kommunalisierung der Politik verwechselt werden darf. Die juengere Geschichte der Sozialpolitik zeigt gerade in Oesterreich nichts deutlicher, als dass fuer die Durchsetzung sozialer Interessen gerade der oekonomisch und politisch ohnmaechtigeren Bevoelkerungsschichten die Verantwortung und das stellvertretende Handeln der zentralen staatlichen Politik erforderlich ist. Auf andere Weise waere das Zustandekommen so bedeutender Einrichtungen wie der Kranken- und Sozialversicherung oder des Arbeitsrechts, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht denkbar.

Die anspruchsvolle Aufgabe der Zukunft besteht gerade darin, dass neben sicher notwendiger Dezentralisierung in vielen Bereichen, auch das zentralstaatliche politische Handeln statt einheitlicher Regelungen differenzierte Problemloesungen von regionalem, soziokulturell angemessenen Zuschnitt entwickeln muss. Das muessste vor allem von den grossen gesamtstaatlichen Interessensverbaenden zunehmend bedacht werden. Politische Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbaende, aber auch Kirchen, Kammern, Berufsverbaende und viele andere mehr, die derzeit ihren politischen Einfluss vielfach noch gerade auf die Verhinderung differenzierter Problemloesungen mit dem Hinweis auf die moeglicherweise damit fuer andere Bevoelkerungsgruppen verbundenen Folgen aufbauen, koennten immer mehr selbst zu bedeutenden Formen der Ausarbeitung und wechselseitigen In-Bezug-Setzung solcher Politiken werden.

"Die Jugend", von deren monokultureller Begrifflichkeit Sozialwissenschaftler laengst abgegangen sind, koennte auf diese Weise eine neue einheitliche Bedeutung bekommen, die gerade in ihrer Differenziertheit besteht: als Traeger unterschiedlicher Interessen und Probleme, die nicht schon aus vorgefassten Gesamtsichten entwickelt werden koennen, sondern aus der Erkundung spezieller Lebenslagen ermittelt werden muessen.

Berichterstatter:
Univ.Doz. Dr. Herbert Janig

